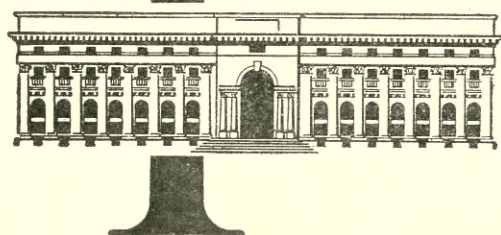


48



Die 48. Leningrader Internationale Pelzauktion

beginnt am 23. Januar 1968 im Leningrader
Pelzpalast.

Die Waren können ab 12. Januar besichtigt
werden. Zur Versteigerung kommen:

I. Sektion

ROHWARE

Feh	400 000
Silberfuchs	10 000
Standardnerz	700 000
Farbiger Nerz	50 000
Bisam	150 000

Blaufuchs	25 000
Zobel	25 000
Murmel und Tarbagan	150 000
Junger Seehund, zugerichtet	18 000

II. Sektion

ROHWARE

Karakul, schwarz	400 000
Karakul, grau	100 000

Karakul, Sur	30 000
Karakul, farbig	10 000
Breitschwanz, schwarz	20 000
Karakul-Metis, schwarz	40 000

GEFÄRBTE FELLE

Karakul, schwarz	260 000
Breitschwanz, schwarz	10 000
Karakul-Metis, schwarz	30 000

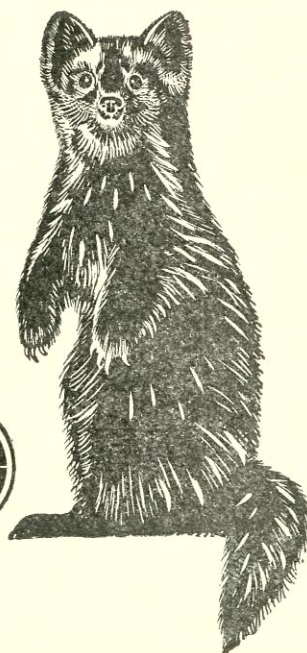
Die Auktionsbedingungen bleiben dieselben, sie werden im Auktionska-
talog veröffentlicht.

Auf Wunsch fertigt V/O „Sojuzpushnina“ die Ware auf dem Seewege,
per Flugzeug, Bahn oder Kraftwagen ab und versichert sie gegen Transport-
und Kriegsrisiko sowie Diebstahl unterwegs.

V/O „Sojuzpushnina“ empfiehlt Vertretern von Auslandsfirmen, sich bei-
zeiten bei Reisegesellschaften für Intourist-Touren anzumelden und die
Dienste der Aeroflot in Anspruch zu nehmen.

Das gewährleistet Unterbringung in erstklassigen Leningrader Hotels.

V/O „SOJUZPUSHNINA“
UdSSR, Moskau



На немецком языке

NEUE ZEIT

Rückblick auf das Jahr

Gesetzmäßigkeiten und Modelle des Sozialismus

Die Diplomatie der neuen Welt

Eine Bilanz des Kapitalismus

Biafra — eine katangesische Krankheit

52

27. DEZEMBER

1967

WOCHENSCHRIFT FÜR WELTPOLITIK



Kiew, Krementschuk

NEUE ZEIT

Nr. 52

27. Dezember 1967

Wochenschrift für Weltpolitik
Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

25. Jahrgang

Erscheint in russischer,
deutscher, englischer, französischer,
spanischer, polnischer und tschechischer
Sprache.

Sämtliche Ausgaben
entsprechen der russischen.
Russisch am 22. Dezember erschienen.

In diesem Heft:

Rückblick auf das Jahr	1
W. Kowal – Das Jubiläum der Sowjetukraine	3
Observer – Die Diplomatie der neuen Welt	5
A. Butenko – Gesetzmäßigkeiten und Modelle des Sozialismus	8
Prof. Dr. Valentin Sorin – An den Fronten des Handelskrieges	12
Zeitgeschehen: In der UNO: Eine Niederlage der Aggressoren • Hintergründe des Königsputsches • Unbelehrbar und unverbesserlich • Die große Show im Hotel „Americana“	14
V. Laptjew – Biafra – eine katan-gesische Krankheit	17
Prof. Dr. W. Tschchikwadse – Das Bergedorfer Gespräch (Interview)	19
Prof. J. Pewsner – Eine Bilanz des Kapitalismus	20
R. Stoikitsch – Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus Rumäniens	24
Internationale Umschau	25
V. Bereshkow – Begegnungen in Übersee	27
M. Widjassowa – Im Süden Tunesiens	31
W. Zapanow – Der Schatten des Hakenkreuzes (Bücherschau)	33
Leserbriefe	7
Chronik	34

Beilage: Inhaltsverzeichnis Neue Zeit Jahrgang 1967 (Nr. 1–52)

Rückblick auf das Jahr

Im Kalender für 1967 sind nur noch die letzten Blätter übrig. Ein paar Tage trennen uns vom neuen Jahr. Wie immer möchte man noch schnell Rückschau halten und feststellen, welchen Platz das zu Ende gehende Jahr in der Geschichte unseres Landes einnimmt.

Es war ungemein ereignisreich, aber in dem bunten Kaleidoskop der Ereignisse war eins, das mit Recht im Mittelpunkt steht und die Aufmerksamkeit der ganzen Menschheit auf sich gelenkt hat: das 50jährige Jubiläum der Sowjetmacht, das Jubiläum der Großen Oktoberrevolution, die eine neue Ära, die Ära des Sozialismus, eröffnete.

Wie oft haben wir während der letzten Monate gesagt, daß das ein ganz besonderes Jahr, ein Jubiläumsjahr, ist! In der Tat nimmt es in der Geschichte unseres sozialistischen Staates und im Gedächtnis unserer Generation einen besonderen Platz ein. Brachte es doch die großartigen Oktoberfestlichkeiten, die mit uns Vertreter von 95 Ländern begangen haben. Zugleich war das ein Jahr großer Arbeitserfolge des Sowjetvolks beim kommunistischen Aufbau, ein Jahr großer Leistungen der sowjetischen Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur.

Hier nur ein paar Details aus dem Gesamtbild des Jahres 1967.

Zum ersten Male überschreitet der Stahlausstoß unseres Landes die 100-Millionen-Tonnen-Marke. Zum ersten Male hat ein von sowjetischen Wissenschaftlern, Ingenieuren, Technikern und Arbeitern entwickelter und gebauter Raumflugapparat die ferne Venus erreicht, ist weich auf ihr gelandet und hat einzigartige wissenschaftliche Angaben auf die Erde gesendet. Zum ersten Male kam zwischen den Sputniks Kosmos 186 und Kosmos 188 automatisch ein Andockmanöver zustande, worauf sie sich wieder trennten. Das scheint erst gestern gewesen zu sein, das Jahr ist noch nicht zu Ende, aber schon hat der Sputnik Kosmos 195 seinen Flug um die Erde angetreten, hat die Familie der sowjetischen künstlichen Erdtrabanten wieder einmal Zuwachs erhalten.

Noch viele Mitteilungen über Ruhmestaten, die die sowjetischen Menschen während des zur Neige gehenden Jahres vollbracht haben, könnten mit den Worten „Zum ersten Male“ beginnen. Es ist ein Gesetz unseres Lebens, ein Merkmal des raschen Fortschritts im Sozialismus, daß jedes neue Jahr der sowjetischen Geschichte in den verschiedensten Bereichen Errungenschaften mit sich bringt, die nicht ihresgleichen haben.

Für das Sowjetvolk ist das Jahr 1967 auch insofern bedeutungsvoll, als die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung wichtige Maßnahmen zur Hebung des Volkswohlstandes getroffen haben. Das Septemberplenum des ZK der KPdSU und dann die Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR haben neue Beschlüsse über die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen gefaßt, die unmittelbar 50 Millionen betreffen. Im nächsten Jahr allein werden für diese Zwecke über 6 Milliarden Rubel – fast soviel, wie im ganzen vorhergehenden Jahrfünft dafür ausgegeben wurde – bereitgestellt. Noch nie in der Geschichte des Sowjetstaates ist für die Hebung des Volkswohlstandes soviel auf einmal zur Verfügung gestellt worden. Die sowjetischen Menschen sehen optimistisch in die Zukunft, sie arbeiten mit Enthusiasmus in den Fabriken, Kol-

chosen, Sowchosen, Laboratorien und Forschungsinstituten.

Es ist eine große Wohltat des Sozialismus, daß er dem Menschen die Angst vor dem morgigen Tag nimmt, jene panische Angst, die den Werktätigen selbst in den reichsten kapitalistischen Ländern nicht losläßt. Der sowjetische Mensch lebt in einer ganz anderen Atmosphäre. Er ist sich seiner selbst und seiner Kräfte sicher, er weiß, daß er, seine Familie und die ganze sozialistische Gesellschaft mit jedem Jahr besser leben und in den Genuß immer größerer materieller und geistiger Güter gelangen werden. Um einen Blick in diese bessere Zukunft zu werfen, braucht der sowjetische Mensch weder einen Zauberspiegel noch eine Zeitmaschine. Unsere Fünfjahrpläne eröffnen dem Land und dem Volk eine klare Perspektive, an deren Realität längst niemand mehr zweifelt.

Leider hängt aber die Zukunft der Völker, auch des Sowjetvolkes, nicht allein von den inneren, sondern auch von den äußeren Verhältnissen ab. Wir leben nicht im luftleeren Raum, sondern in einem Staatensystem. Unter diesen Staaten gibt es bekanntlich nicht nur friedliebende sozialistische Länder und nicht nur junge Staaten, die sich unlängst aus der Kolonialknechtschaft befreit haben und deshalb nichts so sehr wie Frieden wollen, sondern auch kriegslüsterne imperialistische Staaten. Sie sind Schuld daran, wenn am Ausgang des Jahres 1967 auf unserem Planeten noch immer Zonen von Waffenkonflikten und internationalen Spannungen bestehen.

Es ist tragisch, daß in dem von den amerikanischen Aggressoren angezettelten Vietnamkrieg kein Ende abzusehen ist. In seiner ohnmächtigen Wut auf das unbeugsame vietnamesische Volk begeht der Imperialismus der USA immer neue Verbrechen. Vor nicht allzu langer Zeit ist bekannt geworden, daß die Amerikaner auf das kleine Vietnam schon mehr Bomben abgeworfen haben, als im zweiten Weltkrieg auf ganz Europa abgeworfen wurden. Ein unheimlicher Rekord, den Washington aufgestellt hat. Das ist der Grund, warum das internationale Ansehen der USA 1967 den tiefsten Stand in ihrer Geschichte erreicht hat. Zweifelloos werden die Völker der Welt im neuen Jahr noch energischer gegen die verabscheuenswürdigste amerikanische Aggression kämpfen und den tapferen Vietnamesen noch tatkräftiger beistehen.

Es gibt noch andere Weltgegenden, wo das alte Jahr dem neuen ein lastendes Erbe hinterläßt. Unsicher, voll peinlicher Überraschungen und Gefahren ist die Lage im Nahen Osten, wo die israelischen Aggressoren, denen die westlichen Imperialisten den Rücken steifen, verhindern, daß die Folgen des antiarabischen Kriegs vom Juni ausgemerzt werden. Ein Opfer des Putsches vom 21. April, ächzt das griechische Volk noch immer unter der Herrschaft der militärfaschistischen Junta.

In Westdeutschland werden die Neonazis, die revanchistischen Elemente, denen die Behörden

Vorschub leisten, immer unverschämter. Die Imperialisten spinnen weiter Intrigen gegen Kuba und schleusen sich, wo es nur geht, in die dritte Welt ein.

Am Jahresende sind die NATO-Oberen zu einer Geheimsitzung zusammengekommen, und wie immer strömt die Ratstagung des Atlantikblocks den eisigen Hauch des kalten Krieges auf Westeuropa aus. Die jüngste Tagung in Brüssel ist da keineswegs eine Ausnahme, umgekehrt, es fällt besonders auf, daß die dort gehaltenen antisowjetischen Brandreden in krassstem Widerspruch zu dem Bestreben der Öffentlichkeit Westeuropas stehen, mit der sozialistischen Welt zusammenzuarbeiten.

Schon diese flüchtige und daher unvollständige Übersicht läßt erkennen, wie gefährlich das Erbe ist, das das alte Jahr dem neuen hinterläßt. Hinzu kommen die immer vehementeren Rufe nach einem neuen Rüstungsrennen in den USA, das Regerwerden der „Habichte“ im Pentagon, deren Traum es ist, die neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik in den Kriegsdienst zu stellen.

Das Ganze ist paradox. Mit jedem Jahr erlangt der Mensch mehr Macht über die Naturgewalten. Er hat gelernt, das Atom zu spalten, und der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, wo er das Geheimnis der lebendigen Materie lüften wird. Gerade am Ausgang des Jahres 1967 hat die Welt erfahren, daß zum ersten Male „lebende Materie“, DNS, in der Retorte erzielt worden ist. Zur gleichen Zeit aber tragen sich die imperialistischen Kannibalen mit Plänen für immer neue Mittel, mit denen sie massenhaft Leben vernichten könnten.

Die Menschheit hätte sehr düstere Aussichten, wenn es in der modernen Welt nicht Kräfte gäbe, die sich den Plänen der Imperialisten entgegenstellen. Es gibt sie aber, und sie üben auf die internationale Lage einen ständig zunehmenden Einfluß aus. Diese Kräfte sind das sozialistische Weltssystem, die Arbeiterbewegung und die nationale Freiheitsbewegung.

Im Jubiläumsjahr hat die Sowjetunion der Welt ihre unvergleichliche militärische Macht vor Augen geführt, die restlos in den Dienst des Friedens gestellt ist. Gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern richtet das Sowjetland einen unüberwindlichen Wall gegen die Aggressoren auf.

Im Kampf für den Weltfrieden stützen sich die sozialistischen Länder in ihrer Außenpolitik auf die Massenbewegungen der Anhänger des Friedens und der friedlichen Koexistenz und gehen Hand in Hand mit allen anderen friedliebenden Staaten.

In den letzten Jahren haben sich die imperialistischen Kreise ziemlich viel von den Schwierigkeiten versprochen, die die kommunistische Bewegung durchmacht. Sie haben in ihre Pläne zunehmende Differenzen zwischen den Kommunisten einkalkuliert. Sie sehen sich jedoch bitter enttäuscht. Am Jahresende ist bekanntge-

ben worden, daß 18 kommunistische und Arbeiterparteien den Vorschlag gemacht haben, ein Konsultativtreffen über die Einberufung einer internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien zu veranstalten. Das Treffen findet in zwei Monaten, im Februar 1968, in Budapest statt. Das ist für alle Freunde des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus

DAS JUBILÄUM DER SOWJETUKRAINE

W. KOWAL

Am 25. Dezember 1917 wurde die Ukraine vom ersten Allukrainischen Sowjetkongreß in Charkow zur Sowjetrepublik ausgerufen. Für die Ukraine war der Kongreß gleichsam eine Fortsetzung des II. Allrussischen Sowjetkongresses, er vollendete die Aktionseinheit der russischen und ukrainischen Proletarier in ihrem langen gemeinsamen Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit.

Kurz vor der Oktoberrevolution sagte Lenin voraus, daß der Sieg der Revolution in Petrograd und Moskau die Wogen der revolutionären Begeisterung in den nationalen Randgebieten des zaristischen Rußland höher gehen lassen würde. So war es auch.

Der Sieg der sozialistischen Revolution in der Ukraine war aber keine leichte Sache. Während die Kiewer Arbeiter bald nach dem bewaffneten Oktoberaufstand in Petrograd zum Angriff gegen die Weißgardisten übergingen, besetzten ukrainische bürgerliche Nationalisten in Kiew das Post- und Telegrafnamt sowie andere Ämter und riefen die Zentrale Rada als einzige Macht in der Ukraine aus. Die Bourgeoisie versuchte, der Revolution einen Dolchstoß in den Rücken zu versetzen. Später gab der Führer der Zentralen Rada W. Winitschenko zu: „Wir dachten nicht im entferntesten daran, daß der bürgerliche Staat zusammenbrechen könnte.“ Die Rada erlitt jedoch eine Niederlage.

Das Volk der Ukraine entschied sich für den Sozialismus, für die Macht der Sowjets, für Lenin, und die Geschichte hat bestätigt, wie richtig diese Entscheidung war. Tausendmal recht hatte Lenin, als er damals sagte: „Bei einheitlichem Vorgehen der großrussischen und der ukrainischen Proletarier ist eine freie Ukraine möglich, ohne eine solche Einheit kann davon nicht einmal die Rede sein.“

Die sozialistische Völkerfreundschaft, die Leninsche Nationalitätenpolitik liegen allen unseren Erfolgen, allen unseren Siegen zugrunde.

Gewiß, in einem kurzen Beitrag ist es unmöglich, ein umfassendes Bild des großen und ruhmvollen Weges zu ge-

ben, den die Sowjetukraine in den 50 Jahren zurückgelegt hat. Hier zumindest einige Züge, die vielleicht eine Vorstellung vom Ausmaß der Wandlungen vermitteln.

Ich habe viele alte Jahrgänge von Zeitungen zur Hand genommen und möchte hier einige Zeilen aus den Berichten anführen, die zu verschiedenen Jahren, doch am selben Tag, am 25. Dezember, veröffentlicht wurden. Hier diese Zeilen:

25. Dezember 1918: Eine Arbeiterversammlung im Eisenbahndepot von Nikopol hat erklärt, fest entschlossen zu sein, sich mit dem russischen Proletariat zu gemeinsamem Kampf und zur Verankerung der Errungenschaften der Oktoberrevolution zusammenzuschließen;

25. Dezember 1920: Angekündigt wird ein „Monat der Hilfe für das Donezbecken“. Kiew wird den Arbeitern des Kohlenbeckens 100 Pud Sohlenleder, 30 Pud Juchten, 1000 Halbpelze, 1000 Mäntel und Hosen, 2000 Paar Leibwäsche, 500 Paar Schnürstiefel, 600 Paar Filztiefel, 2000 Paar Bastschuhe schicken;

25. Dezember 1921: In der Grube Nr. 21 (Vereinigung Rutschenkowo) ist erstmalig im Donezbecken eine Elektrolok eingeführt worden, die 25 Pferdetreiber ersetzt.

25. Dezember 1923: Im Exekutivkomitee der Stadt Charkow tagt die Abteilung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;

25. Dezember 1924: Es wird beschlossen, daß die Ukraine an der Mustermesse in Lyon sowie an der Prager Messe, einer der größten Europas, teilnehmen soll;

25. Dezember 1927: Zehn Jahre Entwicklung des sowjetischen Bildungswesens. In Kiew allein gibt es 24 Hochschulen und 6 Arbeiterfakultäten mit 24 000 Studenten, anderthalbmal soviel wie vor der Revolution.

25. Dezember 1928: Alle 113 Gehöfte des Dorfes Marianowka beschließen, „zur gemeinschaftlichen Bestellung des Bodens überzugehen“. Im Odessaer Gebiet gibt es bereits 16 solcher Dörfer;

25. Dezember 1932: Der Stator des

eine sehr gute Nachricht. Die Stärkung der Einheit in der kommunistischen Weltbewegung festigt die ganze antiimperialistische Front.

Also hinterläßt das alte Jahr dem neuen auch den glorreichen Kampf für die Einheit der Kräfte des Kommunismus, für die nationale und soziale Befreiung der Völker und für Frieden in der ganzen Welt.

sechsten Generators des Lenin-Kraftwerks am Dnepr wird — ohne Teilnahme fremder Fachleute, ausschließlich von sowjetischen Arbeitern und Ingenieuren — montiert;

25. Dezember 1941: Im Raum von Sewastopol sind erbitterte Kämpfe im Gange. Unsere Truppen wehren überall die Angriffe des Feindes ab und fügen ihm empfindliche Verluste zu;

25. Dezember 1942: Eine Abteilung ukrainischer Partisanen hat die deutsche Garnison einer großen Ortschaft vernichtet. Der Gegner hat 350 Soldaten und Offiziere an Toten verloren;

25. Dezember 1943: Um 17 Uhr 20 ist der Hochofen Nr. 4 im Hüttenbetrieb N. in dem befreiten Donezbecken angeblasen worden;

25. Dezember 1945: An der Schiffbau-Hochschule von Nikolajewsk ist das durch den Krieg unterbrochene Studium wiederaufgenommen worden;

25. Dezember 1948: Der Wiederaufbau des vierten Aggregats des Dnepr-Wasserkraftwerks „W. I. Lenin“ ist vollendet;

25. Dezember 1956: Die Charkower Traktorenwerke haben 130 Traktoren aufs Neuland geliefert;

25. Dezember 1957: Um 18 Uhr 40 leistete die Konverterabteilung der Stahlwerke Kriworoshtal den ersten Ausstoß;

25. Dezember 1958: Im Dorfe Kamenka, Gebiet Tscherkassy, wird anstelle des von den Nazis zerstörten ein neues Tschaikowski-Denkmal enthüllt;

25. Dezember 1959: In der Charkower Transportmaschinenfabrik ist eine neue schnelle Diesellok für D-Züge entwickelt worden;

25. Dezember 1963: Die erste Baufolge von „Gorlowskaja Glubokaja“, dem größten Kohlenbergwerk im Zentralen Donezbecken, ist ihrer Bestimmung übergeben worden.

Ukraine? Ach so, das ist dort, wo es Schwarzerde, Speck und Kosaken gibt! So stellten sich vor gar nicht langer Zeit manche westliche Geographiekundige unsere Republik vor.

Gewiß, zur Ukraine gehören die Schwarzerde und der Speck, und der ungestüme Freiheitsgeist der Kosaken. Etwa 50 Meter vom alten Bessarabischen Markt in Kiew entfernt, wo man köstliche Äpfel, Honig oder armdicken Speck kaufen kann, befindet sich ein Riesengeschäft, das „Almas“ (Diamant) heißt. Dort kann man künstliche Dia-

manten kaufen, die fast billiger als die auf dem Markt feilgebotenen Pilze sind. Niemand wundert sich mehr, daß dieses Geschäft, von dem man vor zehn Jahren nur träumen konnte, wirklich existiert und daß seine „exotischen“ Waren nicht aus Afrika, Indien oder Brasilien, sondern vom Kiewer Stadtviertel Podol (30 Minuten mit Obus, Autobus oder Straßenbahn) kommen.

Dort wurde im Ukrainischen Forschungsinstitut für überharte Stoffe in Gemeinschaft mit Moskauer Wissenschaftlern zum XXI. Parteitag der KPdSU die erste industrielle Partie sowjetischer technischer Diamanten erzeugt. In wenigen Jahren sind die Diamanten ebenso wie der Weizen zu einem traditionellen ukrainischen Handelsartikel geworden.

„Zur Zeit gibt es bei uns bereits genug Diamanten, um den Bedarf zu decken“, sagte der Direktor des Instituts Bakul.

Erblickt man heute irgendwo fern von der Ukraine ein schwarzes matt glänzendes Etui mit der Inschrift „Diamanten-Kreis“, so muß man an die Ukraine denken, genau so wie wenn man ihr schmackhaftes Brot ißt, ihr Lied „Der breite Dnepr tost und stöhnt“ hört, die schlanken Pappeln, die Filme von Alexander Dowshenko, einem der größten Filmregisseure der Welt, oder die Schatullen sieht, die vor kurzem von einem Meister aus dem Volk aus Petrikiwka auf eine Extrabestellung aus Chicago hin bemalt wurden.

Halten wir Rückschau auf unsere Vergangenheit, so überkommen uns zwei starke Gefühle: Verwunderung und Stolz.

Die ersten ukrainischen Kolchase besaßen ein paar Ochsen und etwa ein Dutzend Pferde. Das winzige Luxemburg erzeugte mehr Stahl als die ganze Republik. Im Wirtschaftsniveau rangierte die Sowjetukraine irgendwo am Ende der langen Liste der Weltstaaten. Aber schon damals, 1917, stand die Ukraine ebenso wie das ganze Sowjetland an erster Stelle in der Welt, was die soziale Einrichtung betraf. Das war ausschlaggebend.

Das Gebiet der Sowjetukraine macht weniger als einen halben Prozent des Festlands der Erde aus. Ihre Bevölkerung beträgt weniger als anderthalb Prozent der Menschheit. Die Sowjetukraine liefert aber heute bereits 7–10 Prozent dessen, was in der Welt an Eisen, Stahl, Kohle, Eisenerz, Traktoren und Zucker erzeugt wird.

In den 50 Jahren seit der Oktoberrevolution hat die Ukraine ihre Industrieproduktion auf das 47fache, die Produktion des Maschinenbaus und der Metallbearbeitung auf das 400fache, die Stromerzeugung auf das 198fache und die Erzeugung von Mineraldünger auf das 232fache erhöht.

Im Umfang der Produktion steht die Ukraine in der UdSSR an zweiter Stelle

nach der RSFSR. Der Anteil unserer Republik an der Bilanz der Sowjetunion beträgt: bei Kohle und Gas ein Drittel, bei Eisenerz und Roheisen mehr als die Hälfte, bei Traktoren ein Drittel, bei großen Dieselloks 96 Prozent, bei Stahl und Walzgut 42 Prozent, bei Zucker 61 Prozent.

In der Industrie sind neue moderne Branchen entstanden: Flugzeug- und Automobil-, Traktoren- und Gerätebau, Radioelektronik und chemische Industrie. Zur Zeit hat die Ukraine die USA in der Kopfquote der Eisen- und Stahlherzeugung eingeholt. Wir haben den mächtigsten Hochofen der Welt mit 2700 Kubikmetern Umfang (es gibt nur 19 Hochofen, deren Umfang mehr als 2000 Kubikmeter mißt; 12 von ihnen befinden sich in der UdSSR). In der Ukraine ist auch das größte Passagierflugzeug der Welt gebaut worden: Antäus.

Manche Zahlen sind beredter als lange Reden. In der Ukraine kommen heute auf je 10 000 Einwohner 162 Studenten (vergleichshalber: in Frankreich sind es 71, in England 58, in Westdeutschland 45). Auf je 100 Beschäftigte kommen 54 Menschen mit Hoch- bzw. Mittelschulbildung; auf je 10 000 Einwohner kommen 26 Ärzte (1913 waren es nur 2).

In der Republik gibt es 900 wissenschaftliche Institutionen und 100 000 Wissenschaftler. Hier erscheinen 2685 Zeitungen und Zeitschriften, darunter 2200 in ukrainischer Sprache (vor der Oktoberrevolution erschien in der Ukraine nur eine ukrainische Zeitung). Im Jahre 1967 kommen auf je 1000 Einwohner der Republik durchschnittlich 1039 Zeitungen und Zeitschriften (nur die abonnierten gerechnet); mehr als in einem „Presseland“ wie England (vor der Revolution waren drei Viertel der Bevölkerung der Ukraine Analphabeten).

Heute braucht man nicht unbedingt in die Ukraine zu reisen, um sie kennenzulernen. Das kann man wohl auch im Ausland tun. Ukrainische Künstler, Schriftsteller, Forscher, Sportler, Arbeiter und Bauern haben durch ihre Forschungen und Entdeckungen, durch ihrer Hände Arbeit der Sowjetukraine Weltruf gebracht. Hier einige Beispiele.

„Viele Gynäkologen kommen aus aller Herren Ländern, um die psychophysiologische Methode der schmerzlosen Entbindung zu studieren, die aus der Sowjetunion stammt.“ Das ist ein Zitat aus der französischen Zeitschrift *Heures Claires*. Der Urheber dieser Methode ist aber der Charkower Professor Ilja Welwowski.

Seit Jahrzehnten zerbrechen sich Sprachforscher und Historiker der ganzen Welt den Kopf, um die Schriftzeichen der Etrusker zu entziffern. 1963 erschien ein in Format und Ausstattung bescheidenes Buch „Fragen der Interpretation etruskischer Schriften“. Es

ließ die Fachkreise der Welt aufmerken. Der Autor, Alexej Charsekin, der einen Schlüssel zum Geheimnis der Etrusker gefunden hat, wirkt in der kleinen Stadt Kremenez bei Ternopol.

Der stärkste Mann der Welt lebt in der Ukraine: der Schwergewichtler Leonid Shabotinski.

85 Länder der Erde beziehen jährlich Bücher und 88 Länder Erzeugnisse der Ukraine. 112 Länder unterhalten kulturelle Beziehungen zu ihr. Die Ukraine ist in der Welt von heute ein solider Partner und guter Freund für alle, die in Frieden und Eintracht leben wollen.

Man kann ohne weiteres sagen, daß der Nationalfeiertag der Sowjetukraine von jeder Nation und jeder Völkerschaft unseres Riesenlandes wie ihr eigenes begangen wird. Kein Wunder auch, denn die Große Oktoberrevolution hat die Völker zusammengeschweißt. Ihre im Kampf um das neue Leben entstandene und erstarkte Freundschaft ist ihrerseits ein Faktor des historischen Fortschritts geworden.

Das ganze Land feiert den 50. Jahrestag der Sowjetukraine, ebenso wie das ganze Land an den Fronten des Bürgerkrieges, an den Fronten der Fünfjahrpläne, an den Fronten des Großen Vaterländischen Krieges, an den Fronten des kommunistischen Aufbaus gesiegt hat. Die wirtschaftliche und politische Konsolidierung der UdSSR hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Ukraine die Träume von Millionen ihrer Söhne und Töchter erfüllt hat. In der industriellen, wissenschaftlichen und kulturellen Macht der Ukraine sehen wir eine Widerspiegelung der Macht des ganzen Sowjetlandes.

Von Jahr zu Jahr wird der Beitrag der Ukraine zum Weltgeschehen immer gewichtiger. Die Ukraine gehört zu den Gründern der UNO. Sie beteiligt sich an der Tätigkeit von 68 internationalen Organisationen und deren Körperschaften. Ihre Stimme klingt zuversichtlich von der UNO-Tribüne. Ihre Unterschrift steht auf vielen höchst wichtigen internationalen Dokumenten.

Die Souveränität und Selbständigkeit unserer Republik werden in der Gesetzgebung der UdSSR und der Ukrainischen SSR garantiert. Die Souveränität der Ukraine äußert sich in der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Tätigkeit der Staatsorgane der Republik, in der aktiven Teilnahme der Ukrainischen SSR an der Entscheidung von Fragen, die für die ganze Union von Bedeutung sind. Sie unterhält unmittelbare Kontakte mit dem Ausland. Sie ist in den obersten Körperschaften unseres Sowjetstaates würdig vertreten.

Die in der Revolution, beim Aufbau des Sozialismus geschmiedete Einheit der sozialistischen Nationen hat der Ukraine ein glückliches Heute und ein zuversichtliches und noch glücklicheres Morgen gesichert.

Kiew

Die Diplomatie der neuen Welt

OBSERVATOR

Der diplomatische Dienst der Sowjetunion blickt auf eine 50jährige Tätigkeit zurück. Angesichts der Tatsache, daß der Ausdruck „Diplomatie“ offiziell bereits im 18. Jahrhundert aufkam und daß die Worte „ein geschickter Botschafter bedeutet mehr als ein geschickter Feldherr“ von Aischinos bereits vor Beginn unserer Zeitrechnung ausgesprochen wurden, sind 50 Jahre recht wenig. Dennoch wird kaum jemand leugnen, daß die Sowjetdiplomatie in dieser relativ kurzen Zeitspanne auf einem so wichtigen Gebiet der gesellschaftlichen Beziehungen epochenmachend gewirkt hat.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die eine einschneidende Umwälzung in der Geschichte der Menschheit bedeutete, mußte sich selbstverständlich auch auf die Diplomatie erstrecken. Am Palastplatz 6, wo sich das zaristische Außenministerium befand, erschienen Vertreter des Revolutionären Kriegskomitees. Es schien, als seien selbst die Mauern dieses Hauses den Beauftragten der neuen Macht feindlich gesinnt. Von allen russischen Diplomaten im Ausland waren nur zwei der Oktoberrevolution gegenüber loyal. Wer in den Erinnerungen eines von ihnen, Juri Solowjows, des damaligen Geschäftsträgers in Spanien, blättert, wird sehen, daß ihn seine Kollegen wie einen Aussätzigen behandelten.

Aber die Revolution konnte nicht warten. Sie hatte nicht nur die Befreiung der Werktätigen des Zarenreiches auf ihre Fahnen geschrieben, sondern auch Frieden für die gemarterten Völker Europas und neue Prinzipien der internationalen Beziehungen. Jahrhunderte werden vergehen, doch das Leninsche Dekret über den Frieden wird in der Geschichte fortleben als die Charta einer neuen Welt, einer Welt ohne Kriege, ohne soziale und nationale Unterdrückung. Das Dekret über den Frieden war das erste Programm der sozialistischen Diplomatie. Es ist kein Zufall, daß zwei Ereignisse chronologisch zusammenfielen: Das Dekret über den Frieden wurde vom II. Sowjetkongreß am 26. Oktober 1917 (alten Stils) angenommen; im Anschluß daran bildete der Kongreß den Rat der Volkskommissare, in welchem jene Kommission für Auswärtige Angelegenheiten geschaffen wurde, aus der das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten hervorging. W. Bontsch-Brujewitsch, ein Mitstreiter Lenins, schrieb in seinen Erinnerungen:

„Das erste Kommissariat, das wir hier organisierten, war das Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, das Leben selbst erforderte das.“

Das Leben erforderte von der jungen Sowjetrepublik die Schaffung einer neuen, volksverbundenen Diplomatie, und das geschah. Lenin sagte:

„Seit den ersten Tagen der Oktoberrevolution sind die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen für uns die wichtigste Frage geworden...“

Die Geschichte der Formierung, des Wachstums und der Erfolge des diplomatischen Dienstes sind ein unerschöpflicher Stoff nicht nur für Historiker, sondern auch für einen Romancier. Man braucht sich nur vorzustellen, welchen Schwierigkeiten sich die Männer und Frauen gegenübersehen, die an Stelle eines der reaktionärsten, im Kastenwesen erstarrten Dienstes des Zarismus eine Volksdiplomatie, eine friedliebende, gerechte Diplomatie aufzubauen hatten. Die Schwierigkeiten schienen unüberwindlich, Sowjetrußland war in diplomatischer Hinsicht isoliert, Kräfte mit diplomatischer Erfahrung standen nicht zur Verfügung. Aber gibt es denn Aufgaben, die die Revolution nicht lösen könnte?

Heute erinnern wir uns dankbar jener Männer, die unter Lenins Führung zu den ersten sowjetischen Diplomaten wurden. Mit ihnen verknüpft sind die ersten außenpolitischen Erfolge der Sowjetmacht, die es allen Prognosen zum Trotz vermochte, die internationale Isolation zu überwinden und das weite Feld der Weltpolitik zu beschreiten. Das war keineswegs ein unblutiger Kampf: Worowski, Woikow, Kolomijzew und Nette mußten auf diplomatischem Posten ihr Leben lassen.

Die ersten Jahre einer beliebigen neuen Ordnung werden als eine Zeit des Sturms und Drangs betrachtet. Für die Sowjetdiplomatie ebenso wie für den gesamten Sowjetstaat war diese Periode mit den 20er Jahren jedoch keineswegs beendet. Unsere Diplomatie stand und steht von jeher in der ersten Linie des Kampfes, den der Sowjetstaat für den Frieden, die friedliche Koexistenz, die Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker führt. Von der Genua-Konferenz an bis zu den heutigen UNO-Sitzungen betrachten die sowjetischen Diplomaten es als ihre Pflicht, sich unbeugsam für die neuen Prinzipien der internationalen Beziehungen einzusetzen, die der Oktober hervorgebracht hat.

Andrej Gromyko sprach auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU über die komplizierte Lage, in der die sowjetischen Diplomaten zu wirken haben, über den erbitterten Kampf der Kräfte, in dem die Fragen von Krieg und Frieden gelöst werden müssen. Er sagte dabei:

„Wie soll man nun bei einem so unverkennbaren Unterschied, bei einem solchen Zwiestreit

zwischen den Hauptrichtungen der Weltpolitik die außenpolitischen Angelegenheiten handhaben? Vielleicht sollte man einfach aufbrausen, wie man sagt, die Tür zuschlagen und nicht Zeit und Kraft für Verhandlungen mit den Westmächten aufwenden, die für die Spannungen in der Welt verantwortlich sind? Oder sollte man nicht trotzdem die spruchreifen Probleme zur Diskussion stellen und, gestützt auf die Völker, auf alle friedliebenden Kräfte, in Zusammenarbeit mit den Kräften im bürgerlichen Lager, die sich der Notwendigkeit einer Gesundung der internationalen Beziehungen bewußt sind, nach ihrer Lösung streben? Die zweite Methode ist die einzig richtige, und gerade an sie halten sich das Zentralkomitee unserer Partei und die Sowjetregierung mit aller Konsequenz.“

Die Sowjetdiplomatie gebietet über wichtige Mittel zur Lösung dieser Aufgabe. Vor allem löst sie sie nicht durch heimliche Absprachen oder nach persönlichen Launen. Lenin sagte, daß „die Politik eine Wissenschaft und Kunst ist“. Die sowjetische Außenpolitik beruht auf wissenschaftlichen Grundlagen, auf einer marxistischen Analyse des Geschehens, auf der Theorie des Marxismus-Leninismus. Das ermöglichte es ihr, der internationalen Isolation des Sowjetstaates in den 20er Jahren ein Ende zu machen; das inspirierte sie in dem heftigen diplomatischen Kampf der 30er Jahre, das machte sie nach dem zweiten Weltkrieg zur führenden Kraft in der internationalen Arena.

Die sowjetischen Diplomaten werden nicht von ungefähr Diplomaten der Leninschen Schule genannt. Lenin leitete die ersten Schritte unserer Diplomatie; er arbeitete die Prinzipien und Methoden ihrer Tätigkeit aus. Georgi Tschitscherin schrieb in seinen Erinnerungen:

„In jener Periode, in der Wladimir Iljitsch aktivsten Anteil an allen Einzelheiten des staatlichen Lebens nahm, unterhielt ich in meiner Praxis fast ständigen Kontakt mit ihm. In den ersten Jahren des Bestehens unserer Republik rief ich ihn täglich mehrmals an, hatte mit ihm manchmal sehr lange Telefongespräche, ganz abgesehen von unmittelbaren Privatgesprächen, und nicht selten erörterte ich mit ihm alle Einzelheiten laufender diplomatischer Angelegenheiten von einiger Wichtigkeit. Wladimir Iljitsch, der sofort den Kern jeder Frage erfaßte und sie unverzüglich politisch von allen Seiten beleuchtete, lieferte in seinen Gesprächen stets die glänzendste Analyse der diplomatischen Lage, und seine Ratschläge (mitunter schlug er sofort den Text der Antwort an eine andere Regierung vor) konnten als Muster diplomatischer Kunst und Elastizität dienen.“

Die sowjetische Diplomatie schöpft ihre Ideen aus den Schriften Lenins, aus den Dokumenten der Kommunistischen Partei. Auf sie stützt sie sich in ihrer ganzen Tätigkeit. Hat sich die Lage den 20er Jahren gegenüber auch verändert, so hat sich die Verantwortung, die die neue Diplo-

matie trägt, keineswegs vermindert. Eher im Gegenteil! Bei jedem auch nur halbwegs wichtigen Ereignis in der Welt richten sich alle Blicke auf Moskau. Die Rolle der Sowjetunion in den internationalen Angelegenheiten ist jetzt unvergleichlich größer als früher.

In dieser Situation bewährt sich die Sowjetdiplomatie als Diplomatie des Friedens und der Zusammenarbeit unter den Völkern, als Schutz und Hort der nationalen Unabhängigkeit der Völker. So leistete sie am Ende des zweiten Weltkriegs einen entscheidenden Beitrag zur Ausarbeitung der Hauptgrundlagen des Nachkriegsfriedens: bei der Annahme der Potsdamer Beschlüsse, bei der Schaffung der UNO, bei der Ausarbeitung der Friedensverträge. Es wäre schwer, alle internationalen Konferenzen aufzuzählen, auf denen sowjetische Diplomaten konstruktive Vorschläge zur Festigung des Friedens einbrachten und einbringen.

Oft wird versucht, das Geheimnis des Erfolgs der Sowjetdiplomatie zu lüften. Lenin sagte in solchen Fällen ironisch, die bürgerlichen Politiker könnten sich eben nicht vorstellen, „daß es möglich ist, offen und ehrlich zu sprechen“. Von altersher hieß es, den Diplomaten sei die Sprache gegeben, um ihre Gedanken zu verheimlichen. Die sowjetische Außenpolitik hat mit dieser schlechten Tradition gebrochen. Seit dem II. Sowjetkongreß, der sich über die Köpfe der europäischen Regierungen hinweg an ihre Völker wandte, hat der Sowjetstaat seine Ziele und Ideen nie verborgen. So war es in den Jahren des Oktobers, so ist es auch heute.

Es bedarf nicht der Dienste obskurer „Sowjetologen“, um die Ziele der sowjetischen Diplomatie festzustellen. In den Beschlüssen des XXIII. Parteitags der KPdSU heißt es:

„In ihrer außenpolitischen Tätigkeit geht die Kommunistische Partei der Sowjetunion von den Lebensinteressen des Sowjetvolkes, von ihrer internationalen revolutionären Pflicht gegenüber den sozialistischen Bruderländern und den Werktätigen aller Länder aus. Die Außenpolitik des Sowjetstaates verfolgt das Ziel, gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern günstige internationale Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu gewährleisten; die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Länder, ihre Freundschaft und Brüderlichkeit zu festigen; die nationalen Befreiungsbewegungen zu unterstützen und allseitig mit den jungen Entwicklungsstaaten zusammenzuarbeiten; konsequent für das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung einzutreten, die aggressiven Kräfte des Imperialismus entschieden abzuwehren, die Menschheit vor einem neuen Weltkrieg zu bewahren.“

Diese Aufgaben sucht die sowjetische Diplomatie zu lösen. Sie tut es in enger Verbundenheit mit den Diplomaten des gesamten sozialistischen Lagers. Vorbei sind die Zeiten, da sich

auf internationalen Konferenzen der sowjetische Delegierte allein für die Interessen des Friedens einsetzte, da er allein die Ränke der imperialistischen Aggressoren, die Vorhaben der Kolonisatoren enthüllte. Heute stehen an der Seite der sowjetischen Diplomaten die Diplomaten der anderen sozialistischen Länder, die die Schatzkammer der sozialistischen Außenpolitik bereichern.

Nach der Ansicht mancher verliert die Diplomatie in unserem Zeitalter wesentlich an Bedeutung; die Beziehungen zwischen den Ländern, zwischen den Regierungen hätten einen so unmittelbaren Charakter angenommen, daß viele Funktionen der Diplomatie fortfielen. Gewiß, die internationalen Verbindungen haben sich stark entwickelt, aber gerade deshalb spielt die Diplomatie eine immer größere Rolle, vor allem dank dem neuen Charakter, den sie in der sozialistischen Gesellschaft angenommen hat. Die sozialistische Diplomatie vertritt nicht nur die Regierung, sondern auch das ganze Volk ihres Landes. Daraus aber ergibt sich eine außergewöhnliche Ausdehnung ihres Umfangs und ihrer Funktionen.

Die sowjetischen diplomatischen Vertreter im Ausland üben heute nicht nur die „klassischen“ Funktionen der Vertretung ihrer Regierung und

des Schutzes ihrer Bürger, nicht nur konsularische Funktionen u. dgl. m. aus. Die sowjetischen Diplomaten im Ausland sind Vertreter ihres Volkes. Sie helfen, die kulturellen, technischen, wissenschaftlichen, ökonomischen und sonstigen Beziehungen auszubauen. Dazu trägt auch das hohe berufliche Niveau bei, das für die sowjetische diplomatische Schule kennzeichnend ist. An die Stelle des ersten Aufgebots sind Männer und Frauen mit Fachbildung, Absolventen diplomatischer Hochschulen, getreten, die zugleich große praktische Erfahrung haben. Unter den heute im Ausland tätigen diplomatischen Vertretern der Sowjetunion sind Wissenschaftler und namhafte Fachleute auf den verschiedensten Gebieten. Das hilft unserer Diplomatie, ihre Aufgaben erfolgreich zu lösen.

Der große Dichter der Revolution Wladimir Majakowski schrieb einst von Theodor Nette, es sei sein Traum gewesen, daß alle Völker einst „in einheitlicher menschlicher Gemeinschaft leben“. In den verflossenen fünfzig Jahren galt die Tätigkeit der sowjetischen Diplomatie dem Ziel, der Aggression und der kolonialen Unterdrückung ein Ende zu machen und den Grundsätzen des Friedens und der Zusammenarbeit im Rahmen einer „einheitlichen menschlichen Gemeinschaft“ Geltung zu verschaffen. Darin liegt ihre Stärke, darin ihre Perspektive.

Leserbriefe

HEUCHLER

In einem Septemberheft Ihrer Zeitschrift habe ich den Beitrag von Monika Warneńska „Vom Himmel auf die Erde“ gelesen. Schon früher hatte ich Gelegenheit, Beiträge von Monika Warneńska zu lesen, und muß gestehen, daß mich ihre Wahrheitsliebe, Menschlichkeit und echte Sympathie mit unserem Volk sehr beeindruckt haben.

Dieser ist recht interessant, aber was mir besonders auffiel, war, wie der amerikanische Pilot jammert, wenn er über seine Familie spricht. Die amerikanischen Kriegsgelungenen haben es sich überhaupt, so scheint mir, angewöhnt, sich über ihre Familien zu verbreiten. Sobald sie bei uns in Gefangenschaft geraten, beginnen sie, ohne daß man sie danach fragt, zu jammern: „Ich bin verheiratet, habe kleine Kinder, ein Söhnchen und ein Töchterchen...“

Gewiß, Familie, das ist etwas sehr Gutes, Liebes, Zartes und Friedliches. Wir haben aber die in Trümmer gelegten Schulen, Kindergärten, Bewässerungsanlagen und Krankenhäuser vor Augen! Und wenn die Amerikaner über unser Land fliegen, ihre Bomben und Raketen auf unsere Städte und Dörfer abwerfen, denken sie dann auch an das Familienglück? Wie stellen sie sich in diesen Augenblicken die Begriffe Familie und Kinder vor?

Unsere Feinde wollen die Eltern

schrecken, indem sie deren Kinder morden. Ja, in diesem brutalen Luftkrieg, den sie gegen mein Land führen, finden viele Kinder den Tod, werden viele Kinder zu Krüppeln. Das aber können die Feinde nicht begreifen, daß sie ungeachtet der unmenschlichen Fliegerangriffe nicht einmal die Kinder einzuschüchtern vermögen. Wenn die amerikanischen Flugzeuge am Himmel erscheinen, verstecken sich die Kinder in Unterständen. Und dort — ich habe es selbst gesehen — kümmern sie sich nicht um das Gedröhn der Bomben: Sie machen dort ihre Hausaufgaben. Die tagtäglichen Fliegerangriffe der Amerikaner hindern sie keineswegs, gute Noten in der Schule zu bekommen.

Man kann, finde ich, durchaus sagen, daß sich unsere Kinder durch Hilfsbereitschaft und Tapferkeit auszeichnen, die amerikanischen Aggressoren aber durch Barbarei und Feigheit...

Pham Hai
Haiphong, DRV

Seit Jahren lese ich die Neue Zeit. Sie ist mir eine wertvolle Hilfe für die eigene politische Information wie für die Erziehungsarbeit in der Schule geworden. Von dem hohen Niveau der Neuen Zeit konnte ich mich immer wieder überzeugen, wenn ich Aufsätze über deutsche Fragen las.

Die Beiträge von Albert Grigo-

rianz, Jelisaweta Chmelnizkaja, A. Leonidow oder Lew Besymenski ... zeigen sehr klar die grundlegenden Tendenzen der bundesdeutschen Entwicklung und die Gefahren, die von dem imperialistischen deutschen Staat ausgehen.

Ähnlich instruktiv fand ich die Ausführungen über Wirtschaftsprobleme unserer Republik.

Heinz Rothe,
Lehrer
Luckau, DDR

Den in Heft 49 veröffentlichten Artikel von A. Wedistschew „Die Erfolge der sozialistischen Nationen“ fand ich höchst interessant. In dem Abschnitt „Transkaukasien“ stutzte ich jedoch über eine Behauptung: „In den ersten zwei Jahren seines Bestehens allein bekam Sowjetarmenien mehrere Milliarden Goldrubel für den Wiederaufbau seiner Volkswirtschaft.“ Rußland verfügte aber damals über keine Milliarden Goldrubel. Gemeint waren wahrscheinlich nicht „Milliarden“, sondern „Millionen“.

G. Sinanian
Jerewan, UdSSR

Unser Leser hat recht. In A. Wedistschews Artikel ist ein Druckfehler unterlaufen. Es handelt sich um mehrere Millionen Rubel.

Die Red.

Gesetzmäßigkeiten und Modelle des Sozialismus

Die fünf Jahrzehnte, in denen die neue Gesellschaftsformation entstand und sich entwickelte, gehören zu jenen Wendezeiten der Geschichte, die ein immer größeres öffentliches Interesse erwecken, da die in ihnen bei der Errichtung des Sozialismus gesammelten Erfahrungen früher oder später für jedes Land Bedeutung gewinnen. Ist die sozialistische Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens doch ein Universalgesetz unserer Epoche. Unter welchen Bedingungen sich diese oder jene Völker heute auch entwickeln, welche soziale Stufe sie auch erreicht haben mögen – ihnen allen steht in dieser oder jener Form der Übergang zum Sozialismus bevor.

1

Sprach Lenin von den sowjetischen Erfahrungen beim Aufbau der neuen Gesellschaft, so wies er immer wieder darauf hin, daß ihre internationale Bedeutung nicht etwa darauf beruht, daß diese Erfahrungen unfehlbar und fehlerfrei gewesen wären, sondern auf der Tatsache, daß die Geschichte dem Sowjetvolk die Mission auferlegt hatte, als erstes die neue Formation zu schaffen, Bahnbrecher auf dem Weg zu sein, der mit Notwendigkeit zur Heerstraße der gesamten Menschheit werden wird.

Die besondere internationale Bedeutung der sowjetischen Erfahrungen ist auch auf zwei weitere Umstände zurückzuführen.

Erstens war Rußland am Vorabend der Revolution der Schnittpunkt der verschiedensten Widersprüche. Es gab kein anderes Land, in dem die kapitalistischen Ausbeutungsformen dermaßen mit feudalen verquickt gewesen wären; Rußland war Imperium und zugleich fast Halbkolonie, war eine Zwingburg sozialer und nationaler Unterdrückung. In den stürmischen Geschehnissen von 1917, in denen sich die Probleme von Krieg und Frieden, die Probleme von zwei verschiedenartigen Revolutionen, die Probleme des bewaffneten Aufstands und der sozialen Erneuerung Rußlands konzentrierten, trat eine beispiellose Mannigfaltigkeit von Klassenbündnissen und -blöcken, von politischen Konzeptionen und politischen Linien in Erscheinung, in ihnen lösten einander in verschiedensten Verflechtungen legale und illegale, friedliche und nichtfriedliche Kampfmittel ab. Beim sozialistischen Aufbau wurden später die mannigfachsten und verschiedenartigsten politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Aufgaben gelöst, die sich in seinem Verlauf ergaben. Hier äußerten sich im Zuge der revolutionären Umbildungen,

teils in entfalteter, teils in embryonaler Form, die wichtigsten sozialen Tendenzen unseres Zeitalters, träten fast alle Probleme in Erscheinung, vor die sich später viele andere Länder gestellt sahen.

Zweitens wurde dieser komplizierte Prozeß des revolutionären Kampfes der Massen und der Anfangsphasen des sozialistischen Aufbaus mit genialem Scharfblick und wissenschaftlicher Gründlichkeit von Lenin analysiert. Lenin zeigte die Ausgangspunkte dieses Prozesses auf, legte seinen Inhalt und seine Tendenzen dar und rüstete so die Revolutionäre nicht nur mit der allgemeinen Methodologie der Analyse und mit der strategischen Konzeption des Kampfes aus, sondern auch mit einer Vielzahl konkreter Ratschläge und Empfehlungen, die unter den jeweiligen Bedingungen des Kampfes für den Sozialismus außerordentlich wichtig sind.

Damit ist es zu erklären, daß jetzt, da in Rußland völlig unähnlichen Ländern, in einer anderen weltpolitischen Situation und unter anderen spezifischen inneren Verhältnissen der Übergang zum Sozialismus vollzogen oder bereits die entwickelte sozialistische Gesellschaft aufgebaut wird, das revolutionäre Denken der betreffenden Länder in den Erfahrungen, die die Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus gesammelt hat, immer neue Aspekte entdeckt, die, früher ungreifbar, im Lichte der besonderen Verhältnisse dieser Länder deutlich erkennbar geworden sind. Das revolutionäre Denken sucht und findet bei Lenin, der die damalige internationale Lage und das Fortschreiten der sozialistischen Umbildungen in Rußland analysierte, Möglichkeiten zur Lösung der Probleme, die sich im heutigen Kampf für den Sieg des Sozialismus ergeben.

Wägen die Marxisten die Bedeutung der Oktoberrevolution und des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR, so erkennen sie einerseits die internationale Wichtigkeit dieser Umbildungen im Sinne ihrer Einwirkung auf den Ablauf der Geschichte an, andererseits ihre internationale Wichtigkeit im Sinne ihrer universalen, weltweiten Anwendbarkeit. Schon in den ersten Jahren der Sowjetmacht stellte Lenin, von den revolutionären Umbildungen in Rußland sprechend, fest: „Im Sinne der Einwirkung unserer Revolution auf alle Länder sind nicht einige, sondern alle ihre Grundzüge und viele ihrer sekundären Züge von internationaler Bedeutung.“ Und weiter schrieb er: „Versteht man unter internationaler Bedeutung, daß das, was bei uns geschehen ist, internationale Geltung hat

oder sich mit historischer Unvermeidlichkeit im internationalen Maßstab wiederholen wird, so muß man einigen Grundzügen unserer Revolution eine solche Bedeutung zuerkennen.“ Dabei machte Lenin auf folgendes aufmerksam: „Natürlich wäre es ein großer Fehler, diese Wahrheit zu übertreiben und sie auf mehr als einige Grundzüge unserer Revolution auszudehnen.“

Mit anderen Worten: Ist von der internationalen Bedeutung die Rede, die die ersten historischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus angenommen haben, so gilt es, genau zwischen dem **Allgemeinen** und dem **Spezifischen** zu unterscheiden, d. h. zwischen dem allgemein Anwendbaren und dem national Einmaligen. Die sowjetischen Erfahrungen bei der Durchsetzung des Sozialismus bewahren ihren unvergänglichen internationalen Wert eben deswegen, weil sich in ihnen die vom wissenschaftlichen Kommunismus entdeckten und in unserem Lande zum erstenmal in Erscheinung getretenen wichtigsten Gesetzmäßigkeiten, die Grundsätze des sozialistischen Aufbaus offenbaren, die später in der revolutionären Praxis vieler Völker ihre Wiederholung und Bestätigung gefunden haben.

2

Bereits vor dem ersten revolutionären Übergang zum Sozialismus war den Marxisten klar, daß diesen Weg früher oder später alle Völker betreten würden. Zugleich verstanden sie, daß keine Nation, die diese Heerstraße der gesellschaftlichen Entwicklung betritt, sie genau so durchlaufen kann wie eine andere Nation, wie ein anderes Volk, da die spezifischen Verhältnisse ihres früheren und ihres gegenwärtigen Lebens dem ganzen Lauf der revolutionären Umbildungen unvermeidlich ihren Stempel aufdrücken.

Lange Zeit war die Sowjetunion das einzige Land, in dem der Sozialismus aufgebaut wurde. (Die Mongolische Volksrepublik ging erst 1940 daran, das Fundament des Sozialismus zu legen.) Daß es keine anderen sozialistischen Staaten gab, bedingte nicht nur einen außerordentlich starken Druck des Imperialismus auf die UdSSR, sondern machte es damals auch unmöglich, die sowjetischen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau mit anderen sozialistischen Erfahrungen zu vergleichen und mit der erforderlichen Exaktheit alles Allgemeingültige, Internationale vom spezifisch Sowjetischen an diesen Erfahrungen abzugrenzen. Zweifellos wurde der sozialistische Aufbau dadurch erschwert, daß keine Möglichkeit bestand, die eigene Praxis mit der Praxis anderer Völker zu vergleichen. Jeder Schritt war für das Sowjetvolk ein Sich-Vorwärts-Tasten, bei dem Fehlentscheidungen und Fehlplanungen nicht ausgeschlossen waren.

Die Lage änderte sich, als die sozialistischen Revolutionen in anderen Ländern gesiegt hatten. In den 50 Jahren, die seit der Oktoberrevolution vergangen sind, wurde die revolutionäre Weltbewegung durch umfangreiche und mannigfaltige Erfahrungen, darunter auch auf dem Gebiet

der sozialistischen Umbildungen, bereichert. Nun, da es möglich geworden war, einen realen Vergleich zwischen den historischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in verschiedenen Ländern zu ziehen, da diese Erfahrungen einander gegenübergestellt werden konnten, wurde es auch möglich, die Hauptgesetzmäßigkeiten des Übergangs zum Sozialismus exakter zu formulieren und aus ihnen das auszusondern, was sich in Wirklichkeit als nur einem oder einigen Ländern zugehörig erwiesen hatte. Das Studium der positiven Erfahrungen trug und trägt dazu bei, sie besser in anderen Ländern auszuwerten; die Analyse der negativen Erfahrungen ist nicht minder wichtig, da durch sie Fehlentscheidungen und Fehlplanungen vermieden werden können.

War also den sowjetischen Menschen die historische Mission zugefallen, als erste die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus der neuen Gesellschaftsordnung zu ermitteln, ihnen als erste konkrete Formen zu verleihen, so fiel anderen Völkern, die den sozialistischen Entwicklungsweg später betraten, die Mission zu, zu prüfen, ob die ersten Erfahrungen richtig verallgemeinert worden waren, und neue konkrete Formen des Aufbaus des Sozialismus auszuarbeiten, d. h. die historischen Erfahrungen, die beim Aufbau des Sozialismus gemacht wurden, zu präzisieren und zu bereichern.

Wie diese Erfahrungen zeigen, ist es die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Organisation des sozialistischen Aufbaus, daß **in dieser oder jener Form die Diktatur des Proletariats errichtet wird**. Gerade weil der Große Oktober die Diktatur des Proletariats errichtet und in Gestalt der Sowjetmacht einen neuen Staatstypus geschaffen hat, konnte der Sozialismus in Rußland siegen. In allen anderen Ländern, die an den Aufbau einer neuen Gesellschaft gingen, war der Sieg der sozialistischen Revolution gleichfalls dank der Errichtung der Diktatur des Proletariats endgültig. Diese Diktatur konstituierte sich in einer Reihe von Ländern in der Form der Volksdemokratie, in welcher sich die Eigenart der Entwicklung der sozialistischen Revolution unter den Verhältnissen der Schwächung des Imperialismus und der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus wie auch die historischen und nationalen Besonderheiten der einzelnen Länder widerspiegeln.

Beachtenswert sind auch die unterschiedlichen Entwicklungsformen der Revolution. Wurde die Oktoberumwälzung von bewaffneten Arbeitern und Bauern vollzogen, worauf der Bürgerkrieg und die ausländische Intervention begannen, so erfolgte die Errichtung der Diktatur des Proletariats in einer Reihe von Ländern der Volksdemokratie auf friedlichem Wege, ohne Bürgerkrieg. Zum Unterschied von der Sowjetunion, wo das Einparteiensystem festen Fuß faßte, vollzog sich in einigen Ländern (Bulgarien, DDR, Polen, Tschechoslowakei) der Übergang zum Sozialismus beim Vorhandensein eines Zwei- oder Mehrparteiensystems, und dort wir-

ken jetzt verschiedene Parteien auf der gemeinsamen Grundlage des sozialistischen Aufbaus zusammen.

Zu den Hauptbedingungen der Errichtung des Sozialismus gehört die **Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel**. Diese allgemeingültige Gesetzmäßigkeit äußerte sich in verschiedenen Ländern gleichfalls unterschiedlich. In der Sowjetunion erfolgte der Übergang zum Gemeineigentum durch die sozialistische Nationalisierung der Industrie, des Verkehrswesens, des Großhandels und der Banken, durch die Expropriation der Expropriateure. In den Ländern der Volksdemokratie fanden neben der Expropriation von Betrieben ohne Vergütung und ihrer Übereignung an das Volk auch gemischte, halbstaatliche Betriebe Verbreitung.

Wie die Erfahrung zeigt, werden auch die Probleme der Entwicklung der sozialistischen Industrie in verschiedenen Ländern auf verschiedene Weise gelöst. Die sozialistische Industrialisierung, die in der Sowjetunion gewaltige Mittel erforderte und in kürzester Zeit ausgeführt werden mußte, ist in Ländern mit hohem industriellem Entwicklungsniveau, wo es genügt, die Produktion nach sozialistischen Prinzipien zu reorganisieren, nicht erforderlich, und in wirtschaftlich rückständigen Ländern kann man sich mit ihr mehr Zeit lassen und sie mit Hilfe der hochentwickelten sozialistischen Länder bewerkstelligen.

Zu den schwierigsten Aufgaben beim Aufbau der neuen Gesellschaft gehört die sozialistische Umstellung der Landwirtschaft. In Ländern, in denen die Bauernschaft einen mehr oder minder bedeutenden Bevölkerungsteil bildet, setzt das voraus, daß in diesem oder jenem Umfang der Leninsche Genossenschaftsplan verwirklicht wird. Verließ der genossenschaftliche Zusammenschluß der bäuerlichen Betriebe in der Sowjetunion angesichts der Nationalisierung von Grund und Boden, in der Situation eines scharfen Klassenkampfes, so ging er in den volksdemokratischen Ländern beim Fortbestand des Privateigentums an Grund und Boden vor sich; das bedingte die Vielstufigkeit in der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung wie auch die Duldung der Grundrente innerhalb bestimmter Grenzen, der genossenschaftliche Zusammenschluß selbst aber war von einem weniger heftigen Klassenkampf begleitet.

Die Erfahrungen, die die Sowjetunion und alle anderen Länder des Sozialismus beim Aufbau der neuen Gesellschaft gesammelt haben, bereichern die Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie haben es ermöglicht, die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus in der Deklaration der Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien vollständiger zu formulieren. Zu diesen Gesetzmäßigkeiten gehören unter anderen die Führung der werktätigen Massen durch die Arbeiterklasse, deren Vorhut die marxistisch-leninistische Partei ist; die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur

des Proletariats in dieser oder jener Form; das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Hauptmasse der Bauernschaft und den anderen Schichten der Werktätigen; die Abschaffung des kapitalistischen Eigentums und die Herstellung des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln; die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft; die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft zwecks Errichtung des Sozialismus und Kommunismus, zwecks Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen.

3

Die Oktoberrevolution war der Beginn des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im internationalen Maßstab. In der Sowjetunion ist eine entwickelte sozialistische Gesellschaft geschaffen worden, in der das Prinzip herrscht: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Der Eintritt der Sowjetunion in die Periode des Aufbaus des Kommunismus, die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in anderen Ländern und die Festigung der Positionen des Sozialismus in der ganzen Welt lassen neue Probleme aufkommen, die gegenwärtig in den sozialistischen Ländern gründlich diskutiert werden. Zu ihnen gehören namentlich die Frage nach der Beschaffenheit der vollerrichteten und entwickelten sozialistischen Gesellschaft, nach den Kriterien, nach denen zu beurteilen ist, ob dieser Prozeß vollendet ist, die Frage nach den Formen und Modellen des Sozialismus. Daß über diese Fragen diskutiert wird, ist kein Zufall. In der jetzigen Etappe der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems wird der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in einer Reihe von Ländern vollendet, die einander keineswegs gleich sind. So wird in den Beschlüssen des VII. Parteitags der SED festgestellt, daß die Aufgabe der DDR darin besteht, **das entwickelte Gesellschaftssystem des Sozialismus** zu schaffen. Es muß sich auf ein entwickeltes ökonomisches System als auf seine Basis stützen und eine Reihe von Elementen umschließen, darunter die sozialistische Demokratie und die sozialistische Ideologie. Zur Zeit bemühen sich die Theoretiker der DDR aktiv um die Definierung des Begriffs entwickeltes Gesellschaftssystem des Sozialismus. Dabei gehen sie von den Erfahrungen sowohl der DDR als auch der anderen sozialistischen Länder aus.

Es ist heute besonders wichtig geworden, das Wesen des entwickelten Sozialismus wissenschaftlich zu definieren, da immer noch der Standpunkt verbreitet ist, der Aufbau des Sozialismus laufe auf die Schaffung einer sozialistischen Produktion hinaus, wobei diese Aufgabe häufig darauf reduziert wird, die Produktionsmittel zu vergesellschaften und den sozialistischen Produktionsverhältnissen Geltung zu verschaffen. Bei einer solchen Einstellung fällt der Entwicklungsstand der Produktivkräfte wie auch der Demokratie unter den Tisch, entstehen Voraussetzungen für ein willkürliches Überspringen notwendiger Entwicklungsstufen.

In Wirklichkeit ist der Sozialismus nicht bloß

eine Wirtschaftsordnung, sondern eine Gesellschaftsordnung, die die ganze Skala der gesellschaftlichen Beziehungen umfaßt: der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, sozialpolitischen wie auch ideologischen, die in ihrer Gesamtheit die neue Stellung des Menschen in der Gesellschaft bestimmen. Bei den gegenwärtigen Diskussionen werden verschiedene Meinungen darüber geäußert, welche Kriterien für eine Analyse der Abschlußphasen des sozialistischen Aufbaus in verschiedenen Ländern gültig seien. Meiner Ansicht nach bedarf es hier eines komplexen Herangehens. Auf dem Gebiet der Produktion sind als Kriterien des entwickelten Sozialismus offenbar zu betrachten: der Vergesellschaftungsgrad der Produktionsmittel, der Stand der ökonomischen Beziehungen und der Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Im sozialpolitischen Bereich muß der entwickelte Sozialismus wahrscheinlich durch das Nichtvorhandensein sozialer Antagonismen, eine hochentwickelte Demokratie und eine wissenschaftlich begründete Verwaltung der gesellschaftlichen Angelegenheiten gekennzeichnet sein; er ist eine Einrichtung der Gesellschaft, die einen bestimmten Wohlstand der Massen, das Vorhandensein der materiellen und geistigen Voraussetzungen für die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, die lebenswichtigen Rechte und Freiheiten des einzelnen sowie Gesetzlichkeit und Rechtsordnung garantiert. In der Bewußtseinsphäre stelle ich mir den entwickelten Sozialismus so vor, daß in der Gesellschaft eine wirklich wissenschaftliche Ideologie herrscht, daß der Einfluß der Religion, der spießbürgerlichen Vorurteile und der Mentalität des Privateigentümers beträchtlich abgeschwächt ist.

Selbstverständlich weist jedes Land bei der Lösung der allgemeingültigen Aufgaben seine Spezifik auf. Die Marxisten lehnen die nationalistische Auffassung vom Sozialismus ab, die die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien des Sozialismus mißachtet. Sie sind jedoch der Auffassung, daß kraft der wesentlichen Unterschiede in den inneren und den internationalen Bedingungen des sozialistischen Aufbaus nicht nur die Formen des Übergangs zum Sozialismus, nicht nur die Formen des im Aufbau begriffenen Sozialismus, sondern auch die erzielten Resultate, d. h. die Formen des entwickelten Sozialismus, in den verschiedenen Ländern nicht ein und dieselben sein können. So stellte der Erste Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladyslaw Gomulka, fest: „Der Sozialismus, der sich auf immer neue Länder und Kontinente ausdehnt und dabei ein und denselben Inhalt als Gesellschaftsordnung bewahrt, nimmt jedesmal eine konkrete nationale Gestalt an, die mit den historischen Besonderheiten des betreffenden Landes zusammenhängt und durch das Verhältnis unter den gesellschaftlich-politischen Kräften bedingt ist.“

Die Form des Sozialismus ist die innere Organisation der sozialistischen Gesellschaft in diesem oder jenem Lande. Sie umschließt die Merk-

male seiner materiellen Produktion und seiner Volkswirtschaft als Komplex, die Spezifik der Struktur seiner gesellschaftlichen, vor allem seiner ökonomischen und sozialpolitischen Beziehungen, die Besonderheiten des Systems der Leitung der Volkswirtschaft, die Methoden des Wirtschaftsaufbaus, die Formen der politischen Organisation und den Grad ihrer demokratischen Entwicklung, die Züge der Gesellschafts-ideologie und -psychologie, der Lebensweise, der Kultur u. dgl. m.

Die Mannigfaltigkeit der Formen des siegreichen Sozialismus hat sowohl objektive als auch subjektive Ursachen. Zu den objektiven gehören vor allem die sozialökonomischen Voraussetzungen, die natürlich-geographischen Bedingungen, die spezifischen Besonderheiten des sozialistischen Aufbaus in dem betreffenden Lande. Unter den subjektiven Ursachen sind wichtig: der Grad der Erkenntnis und das Niveau der Anwendung der objektiven Gesetzmäßigkeiten des Übergangs zum Sozialismus; die Auswahl unter den Entwicklungsvarianten, die Auswirkungen der beim sozialistischen Aufbau unterlaufenden Fehlplanungen und -entscheidungen.

Der Sozialismus ist eine Gesellschaftsordnung, die sich nicht spontan, aufs Geratewohl, formiert, sondern als Ergebnis der Erreichung bestimmter, bewußt angestrebter Ziele. In diesem Zusammenhang wird in letzter Zeit in der marxistischen Literatur das Problem der Modelle des Sozialismus erörtert.

Im vorigen Jahr wurde in der Tschechoslowakei beim Institut für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften ein Forschungskollektiv gebildet, das sich aus Staatsrechtlern, Juristen, Soziologen, Ökonomen, Historikern und Philosophen zusammensetzt und sich mit den Problemen der Entwicklung des politischen Systems und der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft befaßt. Dem **Rudé Právo** zufolge „besteht sein nächstes Ziel darin, bis Ende 1968 die wissenschaftlich begründete Hypothese der bestgeeigneten Konzeption eines Modells zu erarbeiten, nach dem sich das politische System der ČSSR in den nächsten Jahren entwickeln soll“.

Im marxistischen Sinne ist zwischen dem allgemeinen und dem konkreten Modell des Sozialismus zu unterscheiden.

Das **allgemeine Modell des Sozialismus** ist eine logische Konzeption der sozialistischen Gesellschaft, erarbeitet auf Grund der Erkenntnis der objektiven Gesetzmäßigkeiten, die für die revolutionäre Umbildung des Kapitalismus in den Sozialismus maßgebend sind. Ein solches Modell muß die wichtigsten strukturellen Merkmale der neuen Gesellschaft erfassen. Das allgemeine Modell des Sozialismus, wie es erstmalig von Marx und Engels geschaffen wurde, ist die logische Schlußfolgerung aus der Gesamtheorie des Sozialismus und hat die Ausgangspunkte für die konkreten revolutionären Aktionsprogramme geliefert.

Das **konkrete Modell des Sozialismus** ist

gleichfalls eine logische Konzeption der sozialistischen Gesellschaft, doch beruht diese auf dem allgemeinen Modell des Sozialismus, das unter Berücksichtigung der realen Bedingungen und Möglichkeiten des betreffenden Landes (bzw. der betreffenden Ländergruppe) konkretisiert wird. Seine Hauptelemente bilden einen wesentlichen Teil der Programme der kommunistischen und Arbeiterparteien. Elemente des konkreten Modells des Sozialismus sind so oder anders in den laufenden Dokumenten von Parteien enthalten, die den sozialistischen Aufbau leiten, ebenso in den Perspektiv- und den Fünfjahresplänen.

Eine richtige Analyse der Formen und Modelle des Sozialismus und seiner Entwicklungsperspektiven in diesem oder jenem Lande ist eine unerläßliche Voraussetzung wissenschaftlicher

Prognostik der Innen- und Außenpolitik der einzelnen sozialistischen Staaten. Die Behandlung dieser Problematik liefert nicht nur die Ausgangspunkte für ein systematisches Studium der Besonderheiten der Wirtschaft, der Politik und des ideologischen Lebens in den einzelnen Ländern, sondern führt dieses Studium auch aus dem Bereich des Beschreibens und Erkennens hinaus auf die Bahn der gezielten Untersuchung, die in praktischen Schlußfolgerungen und Empfehlungen gipfelt.

So wird unter den heutigen Umständen das Leninsche Herangehen konkretisiert, das das Allgemeine und das Spezifische beim sozialistischen Aufbau voneinander trennt und in der siegreichen Verwirklichung der Ideen des Oktober die sozialistische Erneuerung des Lebens auf unserem Planeten kündigt.

An den Fronten des Handelskrieges

Prof. Dr. Valentin SORIN

In der Weltpolitik kommen Geschehnisse vor, die keineswegs brennig oder krisenhaft wirken: Es wird nicht scharf geschossen, und auch nicht an runden, halbrunden oder eckigen Tischen international verhandelt. Diese Begebnisse sind aber mitunter ebenso folgenschwer wie jene im Rampenlicht. Hier ein Beispiel.

Vor einiger Zeit wurde im USA-Präsidentenhaus von einer Gruppe seiner Mitglieder ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Heraussetzung der Zolltarife und mengenmäßige Importrestriktionen für viele Waren vorsieht. Der Gesetzentwurf ist noch nicht angenommen, vorläufig wird er im Finanzausschuß des Senats erörtert. Sobald er aber in der Presse erwähnt wurde, setzte in den westeuropäischen Hauptstädten eine Panik ein. Die einflußreiche englische Zeitung *Guardian* erklärte, daß, falls der Gesetzentwurf nicht in den Papierkorb wandert, die britische Regierung die europäischen Länder zu Gegenmaßnahmen zu veranlassen gedenkt, um die Importe mehrerer Güter aus den USA zu verbieten. Ein solches Verbot würde laut *Guardian* der bisher schärfste antiamerikanische Schritt der britischen Regierung sein.

Beim Geschützfeuer der Presse hatte es nicht sein Bewenden, aufgefahren wurden noch die schweren Geschütze der Diplomatie. Die Botschafter Englands, Schwedens, Dänemarks, Norwegens und Finnlands überreichten im State Department Protestnoten. Solche vorbeugenden Demarchen sind in der diplomatischen Praxis ziemlich rar. Das zeigt um so deutlicher, daß hier ein neuralgischer Punkt getroffen worden ist.

Was steckt dahinter?

In letzter Zeit setzt sich die Weltpresse intensiv mit der Krise der NATO und ihren Perspektiven im Zusammenhang damit auseinander, daß 1969 der 20jährige Vertrag über den Nordatlantikblock abläuft. Um die Zerfahrenheit in der NATO zu vertuschen, glauben zu machen, daß sie sich nicht überlebt habe, behauptet die westliche Propaganda häufig, es handle sich nachgerade um zufällige, jedenfalls um nebensächliche Umstände, persönliche Prestigefragen oder Intrigen.

In Wirklichkeit aber sind das nicht „Intrigen“, sondern objektive Prozesse sowohl in der Weltpolitik wie auch in der Wirtschaftssphäre. Letzteres wird gewöhnlich von der bürgerlichen Propaganda wohlweislich verschwiegen. Dabei stecken viele Ursachen dessen, daß so viele tiefe Risse im Fundament der von der westlichen Diplomatie nach dem zweiten Weltkrieg aufgebauten militärischen und politischen Bündnisse klaffen, gerade im Wirtschaftlichen.

Die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus hat eine neue Situation in der kapitalistischen Welt bewirkt, die sich von der aus den ersten Nachkriegsjahren unterscheidet. Die Wirtschaftsmacht der westeuropäischen Länder ist merklich gewachsen, während Rolle und Bedeutung der USA relativ gesunken sind und die Konkurrenz sich verschärft, die Situation auf dem Weltmarkt sich radikal verändert hat.

Der im USA-Kongreß eingebrachte Gesetzentwurf ist keine Laune eines einzigen oder einiger Politiker. Er hängt damit zusammen, daß einflußreiche Gruppen amerikanischer Industrieller in

vielen Fällen außerstande sind, mit westeuropäischen wie auch mit japanischen Firmen zu konkurrieren. Daher das Streben, den amerikanischen Markt gegen die unerwünschte Konkurrenz durch eine hohe Zollbarriere abzusichern.

Daß man in Washington allen Ernstes hohe Schutzzölle erwägt, ist schon an sich ungewöhnlich und deutet auf einen Alarmzustand hin. Jahrzehntlang befließigten sich die USA in diesem Bereich, so scheint mir, vor allem einer antiprotektionistischen Politik. Das kam daher, daß die amerikanische Industriemaschine den Rivalen der USA überlegen und höchst konkurrenzfähig war. Eine Zeitlang war allerdings ein protektionistisches Gesetz in Kraft: seit 1930, der großen Krise. Bald danach sah man in Washington jedoch ein, daß dieses Gesetz nicht im Interesse des Big business lag und in vieler Hinsicht uneffektiv war. Die Gegenmaßnahmen der Handelspartner der USA fügten der amerikanischen Wirtschaft einen unverkennbaren Schaden zu. Die meisten Bestimmungen des Gesetzes von 1930 wurden daraufhin aufgehoben.

1934 verabschiedete der Kongreß ein Gesetz, das die etwaige Senkung der amerikanischen Zölle bei Entgegenkommen der Handelspartner vorsieht. Diese Politik entsprach den Interessen der meisten amerikanischen Gesellschaften. Das Gesetz wurde mehr als zehnmal prolongiert, und jedesmal stieß es im Kongreß auf keine besonderen Schwierigkeiten.

In den letzten Jahren ändert sich die Lage jedoch. In den einflußreichsten Kreisen der USA ist selten eine solche Meinungsverschiedenheit, ein so krasser Zusammenprall der Interessen zu beobachten wie heute wegen des Dilemmas: auch fortan die Herabsetzung der Zölle und enge Beziehungen zur westeuropäischen EWG anstreben oder die amerikanische Wirtschaft durch hohe Zollschränken abschirmen. Die Kollision der Interessen widerspiegelt den

erbitterten Konkurrenzkampf zwischen den führenden Korporationen des amerikanischen Monopolkapitals.

Für enge Zusammenarbeit mit der EWG treten die ältesten und mächtigsten Gruppierungen ein, die als die Monopolvereinigung der Wall Street bekannt sind. Diese Gruppierungen sind schon lange mit dem kapitalistischen Europa liiert und in der Industrie der EWG-Länder engagiert. In den USA selbst haben sie die mächtigsten, vertrautesten und konkurrenzfähigen Industriezweige fest in der Hand.

Die Wall-Street-Gewaltigen möchten die europäische Integration zu einer „atlantischen Einheit“ ausbauen, um mit dieser Klappe einige Fliegen zu schlagen. Erstens möchten sie auf Kosten der breiten Volksmassen Europas und Amerikas sowie auf Kosten ihrer Konkurrenten in der Alten wie auch in der Neuen Welt neue Profitquellen erschließen. Zweitens wollen sie nicht zulassen, daß die EWG zu einer gegen die USA wirkenden Kraft wird. Drittens möchten sie eine einheitliche Wirtschaftsbasis für die politischen und militärischen Blöcke der Imperialisten schaffen, die gegen die sozialistischen Länder gerichtet sind, zumal die USA es nicht riskieren wollen, mit ihnen allein in wirtschaftlichen Wettbewerb zu treten. Schließlich sollen die Ressourcen der imperialistischen Mächte aufgeboden werden, um eine neokolonialistische Politik zu fördern und die wirtschaftliche Abhängigkeit der politisch unabhängig gewordenen Exkolonien zu verewigen.

Die Vorteile, die sich diese Monopolgruppe von erweiterten Handelskontakten mit Westeuropa und der Eroberung der Märkte erhofft, überwiegen bei weitem die Verluste, mit denen eine freiere Zulassung ausländischer Waren auf den amerikanischen Markt einhergeht.

In den letzten Jahren haben aber die sogenannten jungen Gruppierungen des amerikanischen Kapitals an Kräften gewonnen. Zum Unterschied von den alten Gruppen betätigen sie sich hauptsächlich in einer Branche, was ihre Manövrierfähigkeit herabsetzt. Zudem steckt die Industrie der neuen Wirtschaftsbezirke des Landes, in denen diese „jungen Gruppen“ wirken, noch in den Kinderschuhen. Deshalb kann die Auslandskonkurrenz sie schwer treffen. Andererseits haben die neuen Gruppen keine nennenswerten Positionen außerhalb der USA und keine festen Geschäftsverbindungen in den Kreisen des internationalen Big business und spielen im Außenhandel des Landes keine wesentliche Rolle.

Deshalb ist dieser Teil der Monopolherren kategorisch gegen jede Herabsetzung der Zolltarife. Die gleiche Haltung nehmen auch die Vertreter einer Anzahl alter, wenig konkurrenzfähiger Industriezweige wie Textil, Kohle u. a. ein.

Die aktivste Kampagne für hohe Tarife und qualitative Importrestriktionen betreibt im Kongreß eine höchst einflußreiche Gruppe von Südstaatlern. Bis vor kurzem waren die Südstaaten hauptsächlich Agrargebiete. Im zweiten Weltkrieg und besonders in der Nachkriegszeit wird dort aus einer ganzen Reihe von Gründen die Industrie rapid entwickelt. Vorläufig sind die Unternehmer aus den Südstaaten jedoch für die Auslandskonkurrenz noch sehr empfindlich. Ein Gleiches gilt auch für einige andere Gebiete.

Da die Interessen der alten und der jungen Monopolgruppierung auseinandergehen, beeinflusst das fühlbar den Zick-Zack-Kurs Washingtons (was nicht immer von der Presse nach Gebühr eingeschätzt wird). In dieser Hinsicht ist das Beispiel der Zwistigkeiten um das Tarifproblem besonders aufschlußreich.

In dem Artikel „Die große Tarifschlacht“ schreibt Eric Johnston, ein prominenter amerikanischer Industrieller und führender Vertreter der kalifornischen Unternehmergruppe, folgendes: „In den USA gibt es Gruppen, die man aus politischen Gründen schwerlich mißachten kann und die nachdrücklich gegen eine Liberalisierung des Handels auftreten. Solange der Süden stark von der Baumwolle abhing, für die er auswärtige Märkte brauchte, befürwortete er ausdrücklich den freien Handel. Jetzt haben die Südstaaten aber die ersten großen Schritte zur Industrialisierung getan. Sie neigen zu einem Protektionismus, wie er für alle Länder und Gebiete charakteristisch ist, die ihre junge Industrie gegen die heftige Konkurrenz hochentwickelter Länder abschirmen wollen.“

Ferner stellt Johnston fest, daß auch große Gesellschaften einiger Schwerindustrien protektionistische Positionen einnehmen. So fordern die amerikanischen Erdölindustriellen, besonders die von Texas, quantitative Importquoten für nahestliches und venezolanisches Petroleum. Die chemische Industrie strebt Importrestriktionen für synthetische Stoffe an. Die Besitzer von Blei-Zink- und Kupferminen, vor allem aus den Montan-Bundesstaaten, sind über den Zustrom billiger Erze aus Lateinamerika, Kanada und Australien besorgt. Einige Lieferanten von elektrotechnischen Ausrüstungen, namentlich die neuen Konzerne des Fernen Westens, befürchten die westeuropäische und die japanische Konkurrenz. Alle diese Kräfte setzen ihre Kongreßmänner unter Druck.

Gegen den Protektionismus treten aber, wie der Autor hervorhebt, „die Industriegesellschaften auf, die große internationale Operationen tätigen und deshalb genau wissen, wie wichtig eine Liberalisierung des Welt Handels ist“. Johnston sympathisiert unverkennbar mit diesen Kreisen. Die kalifornische Gruppe, die er vertritt, ist

wohl die einzige der „jungen“, die in dieser Frage mehr oder weniger geneigt ist, ihre Konkurrenz von der Wall Street zu unterstützen. Sie ist, wenn auch in geringerem Grade als die Wall-Street-Gewaltigen, mit Westeuropa liiert.

Was die Wall-Street-Vereinigung bezweckt, die gegen die hohen Zölle und für aktive Verbindungen mit der EWG eintritt, kann man nach einer Erklärung von Henry Ford II. urteilen:

„Im Grunde müssen wir entscheiden, ob wir unsere Handelsbeziehungen zu Europa energisch festigen oder auf unserem Status quo beharren und mit ansehen werden, wie die übrige Welt uns überholen wird. Faktisch haben wir keine Wahl... Damit die USA in Europa wirtschaftlich, politisch und militärisch mitentscheiden können, müssen sie in den europäischen Angelegenheiten vertraute Partner, nicht entfernte Vetter sein. Das Programm zur Liberalisierung des Handels muß einen effektiven, ehrlichen und einfachen Mechanismus einbeschließen, der die amerikanischen Institute vor dem harten Einfluß des Imports vernünftig schützen, jedoch nicht so umfassend oder frei sein würde, um die ernsteren Ziele des Programms zu beeinträchtigen oder die amerikanische Wirtschaft vom Einwirken der Konkurrenz zu isolieren.“

Zugleich kämpfen die Führer der neuen Monopolistengruppen, vor allem im Mittleren Westen und im Süden, erbittert gegen die Herabsetzung der Zölle, da sie mit gutem Grund der Ansicht sind, daß dies ausschließlich ihren mächtigeren Rivalen aus den alten Gruppen nutzen, ihnen selbst aber nur Unannehmlichkeiten und Verluste bringen könnte. Es wäre falsch, Stärke und Einfluß der neuen Monopolistengruppen zu unterschätzen, zumal wenn man bedenkt, daß sie in dieser Frage die Unterstützung der Nichtmonopolkreise der Großbourgeoisie sowie die Mittel- und Kleinbourgeoisie, die Farmer, kurz alle Gesellschaftsschichten, die sich vor einem Ausbau der Zusammenarbeit mit der EWG fürchten, hinter sich haben.

Jetzt kann man schwer sagen, wie die Schlacht hinter den geschlossenen Türen des amerikanischen Senats enden wird. Eins ist jedoch klar: Das ist eine ernste Angelegenheit, die sowohl innenpolitisch als auch für die Beziehungen zwischen Washington und seinen westeuropäischen Partnern schwere Folgen haben kann.

Bisher gehörten Beschwörungen, pathetische Aufrufe, Versuche, subjektive Wünsche objektiven Prozessen entgegenzustellen, zu den Hauptmitteln für die Erhaltung der sogenannten Einheit des Westens. Auf diese Weise läßt sich aber der immer akutere Handelskrieg zwischen den führenden kapitalistischen Mächten kaum aufhalten. Dieser Prozeß hat objektive Ursachen, die man nicht leicht hin abtun kann.

In der UNO: Eine Niederlage der Aggressoren

Die UNO-Vollversammlung hat beschlossen, einen Sonderausschuß zu bilden, der sich allseitig mit einer Definition des Aggressionsbegriffes befassen und dann in der nächsten, 23. Vollversammlung Bericht erstatten soll. Der nach langwierigem, hartnäckigem Kampf gefaßte Beschluß ist unzweifelhaft ein Erfolg der Friedenskräfte.

Wir möchten daran erinnern, daß die Sowjetunion seit Kriegsende mehrmals auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, diesen Begriff genau zu definieren. Im Jahre 1957 aber, in der 12. Vollversammlung, setzten die Westmächte durch, daß die Sache auf die lange Bank geschoben wurde.

Das ist zehn Jahre her. Inzwischen hat die Welt mehrmals eine bewaffnete Aggression der Westmächte gegen souveräne Staaten beider Halbkugeln erlebt. Opfer einer Aggression waren zu verschiedenen Zeiten der Libanon, die VAR, Syrien, Jordanien, die Republik Kongo, Kuba, die Dominikanische Republik, die Demokratische Republik Vietnam und einige andere afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Länder. In diesen Jahren räumten die Kolonialisten grausam unter den Völkern auf, die um ihre Befreiung kämpfen; auch zahlreiche indirekte Aggressionsakte wurden verübt, die den Zweck hatten, von den Volksmassen gestürzte reaktionäre Regimes wiederaufzurichten.

In der diesjährigen Vollversammlung hat die Sowjetunion abermals betont, daß die Definition des Aggressionsbegriffes beschleunigt werden muß. Der stellvertretende Außenminister Wassili Kusnezow hat erläutert, daß die Sache besonders dringend erledigt werden muß, weil die Aggressionsakte der imperialistischen Mächte zunehmen.

„Natürlich kann man als Ursache der jetzigen Spannungen in der Welt nicht allein den Umstand bezeichnen, daß die UNO noch immer nicht mit ihren Vorbereitungen zur Definition des Aggressionsbegriffes zu Ende gekommen ist“, sagte er. „Die Ursache der Spannungen in der Welt ist die aggressive Politik der imperialistischen Mächte, die es darauf anlegen, mit beliebigen Mitteln, auch mit Waffengewalt, den Kampf der Völker für Freiheit und Unabhängigkeit abzuwürgen. Daß die UNO aber noch immer keine Definition des Aggressionsbegriffes beschlossen hat, erleichtert den imperiali-

Boris RAISKI

stischen, reaktionären Kräften ihre Versuche, die Öffentlichkeit zu täuschen und ihr Vorgehen zu bemänteln.“

Ein anschaulicher Beweis dafür sind die Geschehnisse in Südostasien und im Nahen Osten. Die USA führen einen verbrecherischen Krieg gegen das vietnamesische Volk. Die amerikanische Luftwaffe zerstört barbarisch Städte und Dörfer der Demokratischen Republik Vietnam, und die mit neuesten Massenvernichtungsmitteln ausgerüstete, eine halbe Million Mann starke USA-Armee streut über Südvietnam Tod und Verderben aus. Das hindert die Washingtoner Politiker aber keineswegs daran, zynisch zu behaupten, daß nicht die viele Tausend Kilometer weit nach Vietnam gekommenen Amerikaner, sondern die Opfer des Überfalles, die Vietnamesen, die Aggressoren seien.

Ebenso halten es die israelischen Militaristen. Die ganze Welt weiß, daß Israel, unterstützt von den Westmächten, die arabischen Nachbarländer

angefallen hat und noch immer einen Teil ihrer Landesgebiete besetzt hält. Die israelischen Besatzer, die das Geraubte nicht wieder hergeben wollen, denken gar nicht daran, einzugestehen, daß sie gegen die VAR, gegen Syrien und Jordanien eine Aggression verübt haben.

Die akute Lage, die infolge der Aggressionsakte der Westmächte entstanden ist, war auch für die Heftigkeit der Debatte in der Vollversammlung bestimmend. Fast alle Delegationen, deren Vertreter das Wort ergriffen, haben den Antrag der Sowjetunion befürwortet, die Definition des Aggressionsbegriffes zu beschleunigen und dafür einen Sonderausschuß zu bilden. Was die USA und ihre nächsten Verbündeten betrifft, so haben sie keine Mühe gescheut, die Sache wieder auf Eis zu legen.

Dieses Mal hat den Westmächten ihre Obstruktion aber nichts genützt. Die Aggressoren haben eine schwere Niederlage erlitten. Nach einer Debatte im Rechtsausschuß hat die Vollversammlung den Antrag der Sowjetunion mit 90 Stimmen angenommen. 18 Delegationen, größtenteils die der Westmächte, haben sich der Stimme enthalten. Es hat sich nochmals gezeigt, daß dank den Wandlungen, die während der letzten Jahre in der UNO eingetreten sind, die Aggressoren eine Stellung nach der anderen räumen müssen.

Hintergründe

des Königsputsches

Viele Politiker und Kommentatoren im Westen wollen die Handlungsweise des Königs von Griechenland und seines Anhangs vom 13. und 14. Dezember als Versuch hinstellen, der Demokratie und der Rechtsordnung wieder Geltung zu verschaffen. Das hält keiner Kritik stand. Wäre der Putsch des Königs erfolgreich ausgegangen, dann hätte heute über das Geschick des vielgeprüften Griechenlands nur eine andere Gruppe von Militaristen und extrem rechten Politikern zu bestimmen.

Untersucht man, was sich in Athen, Saloniki, Larissa und Kavalla abgespielt hat, so kommt man zu dem Schluß, daß der Königsputsch keineswegs eine interne Angelegenheit Griechenlands ist, die vom Streit des Königs mit der Militärjunta herrührt. Vielmehr war das ein Schauspiel in fremdländischer Regie,

Vitali TSCHERNJAWSKI

bei dem die Spielleiter die Gegensätze in der regierenden Spitzenschicht Griechenlands für ihre eigenen Zwecke ausnutzen wollten.

Wer wußte nicht, daß Griechenland wie kein anderes zur NATO gehörendes Land unter schärfster Kontrolle Washingtons steht? Aus der Presse geht hervor, daß dort 1200 offiziell bekannte Agenten der amerikanischen Erkundungsstellen eingesetzt sind. In Wirklichkeit sind es bestimmt viel mehr, denn außer der CIA, deren Tätigkeit weit und breit bekannt ist, betätigt sich in Griechenland eifrig ein viel stillerer, aber nicht minder einflußreicher amerikanischer Geheimdienst: das Erkundungsamt des Verteidigungsministe-

riums. Dieses geheime Heer hat bei den Dezembergeschehnissen die entscheidende Rolle gespielt.

Man hat Anlaß zu vermuten, daß Washington damit, daß es im April 1967 das Regime der Militärjunta einsetzte, nicht das erwartete Ergebnis erzielt hat. Gewiß, die „schwarzen Obersten“ haben skrupellos unter den demokratischen und patriotischen Kräften gehaust, und sie konnten Wahlen verhindern, die bestimmt zur Bildung einer Regierung des linken Zentrums geführt hätten. Die Schandtaten der Junta werden aber von der Weltöffentlichkeit aufs schärfste verurteilt, sie haben das Regime der „schwarzen Obersten“ international isoliert. Außenpolitisch steht die Junta in letzter Zeit wegen der inneren Zwistigkeiten und des Scheiterns des Planes, die Selbständigkeit der Republik Zypern mit Gewaltmitteln aufzuheben und sie Griechenland einzuverleiben, noch schlechter da.

Unter diesen Umständen sahen sich die Gönner der Junta dringend genötigt, die Rechten in Griechenland zu stärken und den Differenzen unter den Reaktionären ein Ende zu machen, die ihren Ursprung im persönlichen Ehrgeiz verschiedener Leute haben. Nur so könnte Griechenland — so meinen die Amerikaner — eine verlässliche Stütze der aggressiven Politik werden, die die USA im Osten des Mittelmeerraums betreiben. Washington stand vor dem Dilemma, entweder die Junta aufzugeben, die „schwarzen Obersten“ in die Kasernen zurückzuschicken und sich auf die rechtsstehenden Politiker sowie den König zu orientieren oder aber die Positionen der Junta zu untermauern, damit sie ihre Gegner unter den Anhängern des Monarchen und den gekränkten Reaktionären kaltstellen könne. Wie die weiteren Ereignisse gezeigt haben, hat sich Washington für das letzte entschieden.

Es ist nur logisch anzunehmen, daß der König irgendeine Zusicherung von denen bekommen hat, die jetzt faktisch über die reaktionäre Spitzenschicht gebieten: von den Amerikanern, etwa die, daß der Erfolg des Königsputsches gesichert sei. Nicht von ungefähr hat ja die France Presse folgendes betont: „Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß Washington den König und Herrn Karamanlis in ihrem Vorhaben bestärkt hat.“ Mit anderen Worten: Es sieht ganz danach aus, daß sich die Amerikaner anfangs auf die Monarchisten orientieren wollten, dann aber den von ihnen selbst aufgeputschten König im Stich ließen, weil sie fanden, daß die Rädelführer der Junta — Papadopoulos, Patakos und Makarezos, die schon lange mit den Washingtoner Sonderdiensten

in Verbindung stehen — gehorsamere Marionetten sein werden.

Man darf dabei auch die englische Diplomatie und den Secret Intelligence Service nicht außer acht lassen, die bei der herrschenden Spitzenschicht Griechenlands, insbesondere in der Umgebung des Königs, noch immer gewissen Einfluß haben. Es mag durchaus sein, daß die britischen Agenten ihre schwankenden Positionen in Griechenland dadurch stärken wollten, daß sie den König im Kampf gegen die proamerikanische Militärjunta unterstützten.

Welche Schlüsse lassen sich aus den jüngsten Geschehnissen in Griechenland ziehen?

Erstens wird die Militärjunta, nachdem sie ihre Konkurrenten aus dem monarchistischen Teil der reaktionären Kreise kaltgestellt hat, versuchen, ihre Stellung im Land zu verstärken, die nach der Zypernkrise erschüttert ist.

Zweitens ist zu erwarten, daß die faschistischen Methoden des Regimes der „schwarzen Obersten“ noch nachdrücklicher zur Anwendung kommen werden. Nach dem Königsputsch haben

sich die Repressalien nur gegen einen unwesentlichen Teil der Rechtsopposition gerichtet; der Hauptschlag der „schwarzen Obersten“ hat die demokratischen und patriotischen Kräfte des Landes getroffen.

Washington hat sich aber zweifellos schwer verrechnet. Die Provokation der amerikanischen Erkundungsdienste hat der internationalen Isolierung der Militärjunta kein Ende gemacht. Vielmehr hat sie bei der Weltöffentlichkeit eine berechtigte Entrüstung ausgelöst, u. zw. im Zusammenhang damit, daß die aggressiven Kräfte der USA ihre Kontrolle über Griechenland immer rigorosere ausüben.

Durch die Provokationen der amerikanischen Geheimdienste wird die politische Krise in Athen sehr verschlimmert. Herauskommen kann das Land aus dieser Krise nur durch einen energischen gemeinsamen Kampf der griechischen Patrioten und sämtlicher demokratischer Kräfte unseres Kontinents für eine Wiederherstellung der Demokratie und des Friedens in Griechenland.

Unbelehrbar und unverbesserlich

Anatoli ANTONOW

Der NATO-Rat hat seine turnusmäßige Tagung am 13. und 14. Dezember in Brüssel, im neuen Hauptquartier abgehalten, in das die Atlantikstrategen nach Frankreichs Austritt aus der Militärorganisation der NATO übersiedeln mußten. Übrigens war nicht nur der Tagungsort neu. Die Minister, die 15 NATO-Länder vertraten, mußten sich damit befassen, den militärisch-politischen Block auf die neue Situation „abzustimmen“, die grundsätzlich anders als zur Zeit seiner Bildung ist.

Wurden früher die Falschen der Atlantikpropaganda von einer angeblichen sowjetischen Gefahr in gewissen Kreisen Westeuropas ernst genommen und als Rechtfertigung für das Bestehen der NATO benutzt, so sind sie jetzt auf den Müllhaufen der Geschichte gewandert. In Europa ist eine gewisse Entspannung im Gange, es herrscht weitgehend das Bestreben, das Verhältnis zwischen Ost und West zu verbessern. Unter diesen Umständen wirkt die NATO, die den Schwerpunkt auf die militärische Konfrontation und die Kriegsvorbereitungen legt, ausgesprochen veraltet. Eine nicht unwesentliche Rolle beim Heranreifen der Krise in der NATO hat auch die zunehmende Unzufriedenheit ihrer Mitglieder mit der amerikanischen Vorherrschaft und mit

den unaufhörlichen Versuchen Washingtons gespielt, sie bei Kriegsabenteuern der USA in verschiedenen Weltteilen zu deren Helfershelfern zu machen.

Der NATO-Rat hat jedoch auf die Erfordernisse der Zeit in der üblichen Weise reagiert: Die Militärmacht der NATO soll beibehalten, ja verstärkt werden. Das steht im Schlußkommunique und in dem vom Rat bestätigten Bericht „Die künftigen Aufgaben der Union“ an erster Stelle. Wie es im Kommuniqué heißt, müsse die beständige Militärmacht der NATO eine der Grundlagen für die Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses sein. Im Bericht werden die NATO-Mitglieder aufgefordert, ihr Militärpotential auch weiterhin zu steigern.

Also orientiert sich die NATO nach wie vor darauf, bei Verhandlungen mit dem Osten die „Position der Stärke“ einzunehmen, was zu nichts führen kann. Indessen kann die im Bericht enthaltene Empfehlung an die Blockmitglieder, die Konsultationen auszudehnen, um eine „politische Solidarität“ zu erzielen, von Washington, das in der NATO die erste Geige spielt, leicht

dazu benutzt werden, die Entwicklung in Europa unter seine Kontrolle zu nehmen und eine Ausdehnung der Kontakte mit den sozialistischen Ländern zu verhindern.

In den Brüsseler militärischen Beschlüssen ist von einem neuen strategischen Konzept die Rede, das die Verteidigungsminister von 14 Ländern (Frankreich ausgenommen) bestätigt haben. An die Stelle der seinerzeit von John Foster Dulles formulierten Doktrin einer „massierten Vergeltung“ tritt jetzt die Doktrin eines „flexiblen Reagierens“. Nach dieser neuen Doktrin sollen Kernwaffen nicht vom ersten Tag eines Waffenkonfliktes an, sondern erst in dessen späteren Stadien, nach dem Einsatz der konventionellen Streitkräfte, eingesetzt werden.

Die NATO-Generale behaupten, die neue Strategie sei eine vorbildliche Einstellung des Blocks auf die heutigen Verhältnisse und eine Sicherheitsmaßnahme für Westeuropa. In Wirklichkeit kommt sie den USA entgegen, die die Länder Westeuropas für den Fall eines Konflikts als Zielscheiben ansehen, die den Stoß auffangen und so von den USA selbst ablenken sollen.

Mit dem Übergang zur neuen Strategie hängt eng die — wie im Kommuniqué der Ratstagung betont ist — „erstmalige“ Annahme eines Fünfjahrplans für die Entwicklung der NATO-Streitkräfte im Laufe der Jahre 1968—1972 zusammen. Von den Blockteilnehmern wird verlangt, daß sie ihre Armeen weiter verstärken, forciert aufrüsten und höhere Militärkredite bewilligen. Die Annahme des „Fünfjahrplans“ läßt ganz deutlich erkennen, daß man den „konventionellen“ Streitkräften, in erster Linie der westdeutschen Bundeswehr, bei den Atlantikstößen zunehmende Bedeutung beimißt. Kein Wunder, daß Bonn diese NATO-Pläne angelegentlich befürwortet hat. Im Namen der Bundesregierung hat Außenminister Brandt die Verstärkung der Militärmacht der NATO direkt damit in Verbindung gebracht, wie Bonn sich die Lösung des deutschen Problems vorstellt. Westdeutschland hat die günstige Lage, die sich für die Erhöhung seines Gewichts in der NATO ergibt, weidlich genutzt und in der Ratstagung eine neue nukleare Demarche unternommen. Verteidigungsminister Schröder hat verlangt, daß der Bundesrepublik „Mitspracherecht“ bei Beschlüssen über den Einsatz von Kernwaffen gegeben wird.

Man sieht ohne weiteres, daß der atlantische „Fünfjahrplan“ dazu da ist, die beteiligten Länder für die Zukunft bindend zu verpflichten und ihnen die

Entscheidung über einen eventuellen Austritt im Jahre 1969 zu erschweren, wenn der Nordatlantikvertrag abläuft.

Die Beschlüsse der Brüsseler Tagung zeugen davon, daß die NATO trotz des Geredes von Reformen, die sie aus einem militärischen fast in einen politischen Block verwandeln sollen, auch weiter ein Kriegsinstrument bleibt. Im Bericht über die Aufgaben für die Zu-

kunft heißt es u. a. unmißverständlich, daß der Atlantikblock nicht die Absicht habe, den Wortlaut des Vertrags oder „die Methoden und Verfahren“ zu ändern, „die sich in all den Jahren als wertvoll erwiesen haben“. Nach der Brüsseler Tagung ist die NATO ebenso wie früher das größte Hindernis für eine Entspannung in Europa und für ein besseres Ost-West-Verhältnis.

Die große Show im Hotel „Americana“

Aron BYCHOWSKI

In einem Vorort von Miami, in Bal Harbour, kam am 12. Dezember eine sechstägige Tagung des Gewerkschaftsbundes AFL/CIO zum Abschluß. Offiziell galt sie als die siebente seit der 1955 erfolgten Fusion der AFL (Amerikanische Gewerkschaftsföderation) und des CIO (Kongreß der Industrieverbände). Man hat jedoch allen Anlaß, dem amerikanischen Arbeitsminister, Willard Wirtz, zuzustimmen, der auf der Tagung diese „die erste gemeinsame Tagung des AFL/CIO und der USA-Regierung“ genannt hat. Sie fand in dem Luxushotel „Americana“ statt. Am Rednerpult haben einander abgelöst: Staatssekretär Rusk, Verkehrsminister Boyd, Justizminister Clark, Arbeitsminister Wirtz, Gesundheitsminister Gardner, und am letzten Tag ergriff Präsident Johnson das Wort. Wie die Presse feststellte, war das Gewerkschaftsforum eigentlich eine Wahlkundgebung der Demokratischen Partei.

Die AFL/CIO-Tagung fand in einer sehr heiklen Situation statt. Die beiden Jahre seit der vorhergehenden Tagung waren von einer massierten Offensive der Monopole ausgefüllt, die den Vietnamkrieg als Vorwand dazu benutzten, die Rechte der Werktätigen zu schmälern und ihren Lebensstandard zu senken. Aber trotz der Repressalien seitens der Regierung dehnte sich die Streikbewegung immer weiter aus. Im ersten Halbjahr 1967 allein haben in den USA mehr Streiks mit mehr Teilnehmern — Arbeitern wie Angestellten — als in der entsprechenden Zeitspanne jedes der letzten 15 Jahre stattgefunden.

Besonders heftig ist der Kampf des am meisten entrechteten und notleidenden Bevölkerungsteils, der Neger, entbrannt. Nach amtlichen Angaben hat sich das „schwarze Amerika“ von 1965

bis 1967 101mal erhoben. In diesem Kampf für ihre nationalen und sozialen Rechte hatten die Negermassen bei Gefechten mit Polizei und Nationalgarde 130 Tote und 3623 Verwundete zu beklagen. 28 932 Personen wurden festgenommen.

Immer eindrucksvoller wird die Bewegung gegen den verbrecherischen Vietnamkrieg der USA. Kongresse vieler Gewerkschaften, darunter derjenigen des Automobilbaus, der Bekleidungsindustrie, der Handelsangestellten und der elektro- und radiotechnischen Industrie, die alle dem AFL/CIO angehören, nahmen Entschlüsse an, in denen sie von der Regierung Johnson verlangten, daß sie eine friedliche Lösung für das Vietnamproblem finde.

Die Tagung des größten amerikanischen Gewerkschaftsbundes hätte doch eigentlich die akutesten Fragen beantworten müssen, die die weite Kreise der Werktätigen Amerikas beschäftigen. Das ist nicht geschehen. Die AFL/CIO-Führung unter ihrem Präsidenten George Meany tat alles, um die Stimmung der meisten Werktätigen in ein falsches Licht zu setzen.

Jüngste Meinungsforschungen haben ergeben, daß die meisten Amerikaner mit der Vietnampolitik Präsident Johnsons nicht einverstanden sind. Trotzdem hat der Leiter des AFL/CIO-Ausschusses für politische Schulung, Alexander Barkan, nachzuweisen versucht, daß sich das Gros der Gewerkschaftsmitglieder „hinter Johnson und die Vietnampolitik der Regierung stellt“. Die Tagungsdelegierten, unter denen kein einziger Stamarbeiter war,

stimmten nach einer Diskussion von 40 Minuten für die von Meany's Gruppe aufgesetzte Entschlüsse. Darin heißt es wie vor zwei Jahren, daß der AFL-CIO die Vietnampolitik Präsident Johnsons unterstütze. Allem Anschein nach mißt aber die Öffentlichkeit der USA solchen Entschlüssen nicht allzuviel Bedeutung bei.

Bezeichnend ist, daß die AFL/CIO-Tagung eigentlich über alle Erscheinungen der heutigen amerikanischen Wirklichkeit hinweggegangen ist, die die Werktätigen in Atem halten: über die Teuerung, über die Erhöhung der Bundessteuern, über die Inflation, die Rassendiskriminierung und die Gefahr, daß neue Gesetze gegen die Gewerkschaften angenommen werden können. Es genügt zu sagen, daß beim USA-Kongreß schon fast 50 Gesetzesvorlagen eingegangen sind, laut denen die Rechte der Werktätigen noch mehr geschmälert werden sollen. Meany und Konsorten haben ihre völlige Unfähigkeit bewiesen, diese Gefahr abzuwehren. Infolgedessen macht der AFL/CIO (wie auch seine 7. Tagung gezeigt hat) eine tiefe innere Krise durch. Das zeigte sich u. a. darin, daß Vertreter des Einheitsverbandes Kraftwagen- und Flugzeugbau, der 1,6 Millionen Mitglieder hat, nicht im Hotel „Americana“ anwesend waren. Die Verbandsleitung hatte beschlossen, die AFL/CIO-Tagung zu boykottieren, weil Meany und seine Gruppe den Forderungen der Werktätigen kein Gehör schenken wollen.

Durch die kürzlichen Enthüllungen, laut denen die internationale Tätigkeit der AFL/CIO-Führung vom CIA gesteuert wird, steht dieser Gewerkschaftsbund sogar im IBFG isoliert da, bei dessen Gründung Meany und sein Anhang tüchtig mitgemischt haben. Die 7. AFL/CIO-Tagung hat gezeigt, daß sich die Führung dieses Bundes auch in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung immer mehr isoliert. Die Politik Meany's und seiner Gesinnungsgenossen, die sich in den Dienst der Regierung und der Monopole gestellt haben, wird von den Gewerkschaftern immer energischer abgelehnt. Die New York Times hatte guten Grund, am letzten Tag der AFL/CIO-Tagung zu schreiben, daß sich die Kluft in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung „vertiefen wird“.

Biafra —

eine katangesische

Krankheit

Viktor LAPTEW

Seit mehr als fünf Monaten sind in Nigeria die Feindseligkeiten zwischen den Truppen der Föderalregierung und den Separatisten im Gange, die im Mai 1967 die Ostregion Nigerias zu einer „selbständigen Republik Biafra“ ausgerufen haben. Obwohl dieser Konflikt an sich eine innere Angelegenheit ist, zieht er immer weitere Kreise. Wie der Chef der Föderalregierung, Yakubu Gowon, vor kurzem erklärt hat, droht jedem Afrikaland eine solche Gefahr.

„Gestern waren es Kongo und Tshombe“, erklärte General Gowon, „heute sind es Nigeria und Ojukwu, und wer weiß, welches Afrikaland das nächste Opfer der Spalter sein wird.“

In der Tat, der „Montanstaat“ Katanga und das sogenannte Biafra haben formal und substantiell viel gemeinsam. Übrigens wurden die Ereignisse im kongolesischen Katanga von vielen schon immer gerade im Hinblick auf die Gefahr eingeschätzt, die Afrika seitens des von den imperialistischen Kräften geschürten Separatismus droht.

Ebenso wie in Katanga treten die Separatisten in Ostnigeria unter nationalistischen Devisen eines „unabhängigen Staates“ auf. Schwer zu sagen, was in diesen Devisen vorherrscht: das wirkliche Bestreben der Führer, einen „eigenen“ Staat zu schaffen, oder ihr Spekulieren auf die durchaus verständlichen Stimmungen der Afrikaner, für die Unabhängigkeit ein heiliger Begriff ist. Die von den Separatisten vorgebrachte Idee eines „unabhängigen Staates eines Stammes“ erweist sich, näher besehen, als durch und durch verlogen.

Die Anzahl der größeren und kleineren Stämme der Völkerschaften in Afrika geht in die Hunderte. Gesetzt den Fall, daß auch nur ein Teil von ihnen den den Neokolonisatoren hörigen Separatistenführern von Katanga oder Ostnigeria Gefolgschaft leistet, dann

stünden viele Afrikastaaten vor der Gefahr einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Katastrophe, dann würden die alten ökonomischen und kulturellen Bindungen der Völker zerreißen, und militärische Kollisionen und Zwistigkeiten würden diese Länder um Jahrhunderte zurückwerfen. Darin steckt eine Gefahr, die den Separatismus von der fortschrittlichen Bewegung der Afrikaner zur Unabhängigkeit, zu politischer und ökonomischer Festigung der souveränen Staaten unterscheidet.

Die nationalen und stammesbedingten Gegensätze haben die afrikanischen Regierungen meistens vom Kolonialismus geerbt, von jener Zeit, da die europäischen Regierer Stämme gegen Stämme hetzten. Die nationalen Differenzen in Afrika sind auch teilweise auf die schweren Lebensverhältnisse der dortigen Bevölkerung, auf die schwierigen Probleme der jungen Staaten zurückzuführen. Solche Differenzen bestehen auch in Nigeria. Sie sind aber durchaus überbrückbar. Die Völkerschaften Nigerias können ebenso wie die anderen afrikanischen Völkerschaften in Frieden und Eintracht leben, gemeinsam sozial-ökonomischen und kulturellen Fortschritt für ihr Land anstreben.

Dieser Ansicht ist die Föderalregierung von Nigeria. Der Regierungschef hat wiederholt erklärt, daß die Zentralbehörden bereit seien, „über Frieden mit jedem zu verhandeln, der sich aufrichtig um die Interessen des Volkes bemüht und mit dem Rest des Landes in Frieden leben will“. Dieses Angebot wurde von den Separatistenführern abgelehnt. Mehr noch, die Spalter aus Ostnigeria gaben noch ihren Senf dazu, den nationalen Hader zu verstärken. Selbst jetzt, da ihre militärische Lage aussichtslos wird, rufen sie die Bevöl-

kerung immer noch zum Widerstand auf. Man kann sich denken, wozu das führt: zu neuen sinnlosen Menschenopfern, dazu, daß die Wirtschaft daniederliegt und die Volksmassen Ostnigerias noch mehr verarmen.

Dabei entsprechen die Bedingungen einer friedlichen Regelung, wie sie die Föderalregierung vorschlägt, nicht nur den Interessen Nigerias als Ganzes, sondern auch denen der Bevölkerung Ostnigerias. Diese Bedingungen sehen eine föderale Struktur des Staates vor, in dem die Ibo, der größte Teil der Bevölkerung der Ostregion, den „ihnen gebührenden Platz einnehmen“ sollen. Die Föderalregierung hat noch ein wichtiges Zugeständnis gemacht: Sie hat zugestimmt, daß die Mitglieder der Beratungsmission der Organisation der Afrikanischen Einheit, die im November das Land besuchten, mit den Führern des abtrünnigen Ostnigerias in Kontakt treten. Sind zur Zeit Mittel und Wege zu einer Aussöhnung immer noch nicht gefunden, so sind die Ursachen dafür nicht in Nigeria zu suchen.

Der Separatistenputsch in Nigeria ist ebenso wie seinerzeit die Ausrufung eines „unabhängigen“ Katangas nur der Form nach eine nationale Bewegung. Die hauptsächliche, wenn auch sorgfältig getarnte Ursache des Konflikts besteht in der Einmischung der imperialistischen, neokolonialistischen Kräfte. Diese provozieren Zusammenstöße in den Afrikaländern und verleihen ihnen den gefährlichen Charakter, der die Existenz der Afrikastaaten selbst bedroht. Dabei bezwecken die Imperialisten zweierlei: Die nationalen Reichtümer der Afrikaländer, ob nun das Kupfer von Katanga oder das Erdöl von Nigeria, an sich zu bringen und die Einheit der Afrikaländer, ihre Solidarität im Kampf gegen den Imperialismus zu zersetzen. Die Geschichte des Putsches in Ostnigeria ist ein schlagendes Beispiel dieser Politik.

Mag sein, daß gar kein politisches Problem entstanden wäre, wenn die Führung dieser Region nicht fest davon überzeugt gewesen wäre, daß die mächtigen Kreise der USA und ihre NATO-Verbündeten offen und heimlich finanziellen, militärischen und politischen Beistand leisten würden.

Das Ojukwu-Regime wird nicht einmal de facto anerkannt, das stört die Westmächte jedoch nicht, die Separatisten mit allen erdenklichen Waffen zu versorgen. Amerikanische und andere westliche Politiker behaupten ausdrücklich, die militärischen Lieferungen nach der Ostregion zu verurteilen, in Wirklichkeit aber fördern sie auf jede Weise diese Lieferungen über Portugal, Holland und „private“ Kanäle. Wie ein Agent der Spalter in London unverblümt erklärte, hat Biafra nach wie vor „viele offene Wege zur Außenwelt“.

Einer dieser Wege ist, wie die nigerianische Zeitung *Morning Post* schreibt, die Abteilung des amerikanischen „Friedenskorps“ in Nigeria. Wie die Zeitung berichtet, enthielten Kisten, die für das Korps bestimmt und dem USA-Konsulat in Enugu übergeben wurden, Munition für die Putschisten. Bezeichnend ist auch der Zwischenfall mit dem holländischen Schiff „Jozina“, das am 23. Oktober vor der Küste Nigerias mit Waffen und Munition für die Separatisten festgehalten wurde. Es heißt, daß zwischen Lissabon und der „portugiesischen“ Insel São Tomé eine Luftbrücke besteht, auf der Waffen für Biafra befördert werden. Es ist kaum anzunehmen, daß Washington und andere westliche Regierungen über dieses dunkle Geschäft nicht unterrichtet sind. Mehr noch, hätte Washington nur gewollt, dann hätte es diese Kanäle schon längst abstellen können, es zeigt aber nicht den geringsten Wunsch, dies zu tun. So lugt unter der „Neutralität“ Washingtons der neokolonialistische Pferdefuß hervor.

Aus mehreren Gründen wurde die Katangafrage bekanntlich „internationalisiert“, was der kongolesischen Regierung viele Schwierigkeiten bei ihrer Lösung bereitete. Die Föderalregierung Nigerias berücksichtigt dies und tritt energisch für die Nichteinmischung fremder Staaten in ihre internen Angelegenheiten ein. Die imperialistischen Kreise wühlen aber weiter. Washington und einige andere Westmächte wirken auf eine „friedliche Regelung“ in Nigeria hin, bei der die „Unabhängigkeit“ Biafras anerkannt werden sollte, was bekanntlich von der Föderalregierung abgelehnt wird. Eine Zeitlang hoffte man in Washington sogar, zu diesem Zweck die Mission der Organisation der Afrikanischen Einheit zu benutzen, die nach Nigeria auf einen Beschluß der Septembertagung der Organisation entsandt wurde. Diese Hoffnungen waren

aber auf Sand gebaut. In Nigeria bezeugte die Mission, daß der nigerianische Konflikt ein innerer ist.

Jetzt suchen die amerikanischen Politiker nach anderen Umwegen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die USA-Diplomatie versuchen wird, eine UNO-Ventilierung dieser Frage in die Wege zu leiten. Dafür spricht so manches. Wie um die zwiespältige Nigeriapolitik der USA zu unterstützen, hat eine Gruppe von Repräsentantenhausmitgliedern im Kongreß einen Resolutionsentwurf eingebracht, in der UNO den Aufruf zu erlassen, „der Ausrottung der Ibo ein Ende zu setzen“. Es liegt auf der Hand, daß die amerikanischen Kongreßmänner auf einen Wink von Anhängern der Spaltung Nigerias handelten.

Es ist zu begrüßen, daß unter diesen für das nigerianische Volk schwierigen Verhältnissen die Organisation der Afrikanischen Einheit unentwegt zur Föderalregierung Nigerias hält. Der Konsultativausschuß der Organisation, der in Lagos tagte, ist zur Einsicht gelangt, daß die Führer Ostnigerias darauf verzichten sollen, aus der Föderation auszutreten, und die „jetzige Verwaltungsstruktur“ anerkennen sollen. Der Ausschuß hat ferner bestätigt, daß „jede Regelung der Nigeriakrise im Rahmen der Einträchtigkeit und der territorialen Integrität Nigerias erfolgen soll“. Diese Haltung der Organisation der Afrikanischen Einheit zeigt, wie reif und fest entschlossen sie ist, den Spaltungsversuchen der kolonialistischen Kräfte entgegenzutreten.

Die Truppen der Föderalregierung entfalten zur Zeit ihre Offensive gegen die Stützpunkte der Putschisten, um die Kanäle abzuriegeln, durch die Waffen aus den westlichen Ländern in die Ostregion gelangen. Im Grunde ist der Sturz des Ojukwu-Regimes unaufhaltsam. Der Putschistenführer und einige seiner Helfershelfer halten, wie es heißt, ein Flugzeug bereit, um sich „im Ernstfall“ nach Westdeutschland oder nach der Schweiz abzusetzen.

Es ist zu hoffen, daß die Beilegung der nigerianischen Krise nicht mehr fern ist und daß sie den Afrikavölkern ein übriges Mal vor Augen führt, wie gefährlich die Spaltung ist und daß gleichberechtigte Zusammenarbeit und die Einheit aller Völkerschaften und Stämme Afrikas geboten sind.

Das Bergedorfer Gespräch

Vom 24. bis zum 30. November trafen sich in Bergedorf bei Hamburg Vertreter der sowjetischen und der westdeutschen Öffentlichkeit. Mitglieder der Delegation, die vom Friedenskomitee der UdSSR entsandt war und von dessen stellvertretendem Vorsitzendem, dem Direktor des Instituts für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Korrespondierendem Mitglied der Akademie, Prof. Tschchikwadse geleitet wurde, waren der Nowosibirsker Chirurg Prof. Jewgeni Meschalkin, die Vorsitzende des Friedenskomitees der Kasachischen SSR und Direktorin des Instituts für Physiologie, Prof. Naila Basanowa (Alma-Ata), der stellvertretende Chefredakteur der *Neuen Zeit* Valentin Bereshkow, der stellvertretende Leiter der Abteilung Europa in der *Prawda* Jewgeni Grigorjew sowie der Journalist Juri Gawrikow (Presseagentur Nowosti).

Prof. Tschchikwadse gewährte unserem Mitarbeiter folgendes Interview:

Frage: Was können Sie von den Bergedorfer Gesprächen überhaupt sagen?

Antwort: Der Bergedorfer Gesprächskreis besteht schon mehrere Jahre. Sein Gründer und Leiter ist der Ingenieur und Erfinder Dr. Kurt Körber, der Besitzer mehrerer Fabriken für Zigarettenfertigungsmaschinen. Der Gesprächskreis will die wirtschaftlichen, technischen, sozialen und pädagogischen Probleme der modernen Gesellschaft in ihrem internationalen Aspekt studieren. Zu den Gesprächen werden Fachleute und namhafte Vertreter des öffentlichen Lebens nicht nur Westdeutschlands, sondern auch vieler anderer europäischer und amerikanischer Länder eingeladen, ebenso Sprecher aus der Sowjetunion.

Zum ersten Mal nahm eine Delegation des Sowjetischen Friedenskomitees im Sommer 1966 an einem Bergedorfer Gespräch teil. Jene Aussprache galt den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion wie auch dem Problem der europäischen Sicherheit. Dem Gespräch im Herbst v. J. zu der Frage „Ist der Frieden in der Welt unvermeidlich?“ wohnte gleichfalls ein Vertreter des Sowjetischen Friedenskomitees bei.

Frage: Und die Ergebnisse der letzten Zusammenkunft in Bergedorf?

Antwort: Unsere Gesprächspartner waren dort Dr. Kurt Körber und andere bedeutende westdeutsche Persönlichkeiten, unter ihnen der Träger des Internationalen Lenin-Friedenspreises Pastor Dr. Martin Niemöller, der Chefredakteur der in Frankfurt erscheinenden *Stimme*, Pastor Herbert Mochalski, Prof. Dr. Eugen Kogon, der Chefredakteur von Radio Bremen Dr. Harry Proß, der Publizist Gösta von Uexküll, Prof. Dr. Boris Rajewski, Gräfin Dönnhoff, die stellvertretende Chefredakteurin der Wochenschrift *Die Zeit*, Prof. Dr. Werner Hofmann, Dr. Gerd Bucerius, ein führender Verleger, und andere.

Die westdeutschen Veranstalter des Gesprächs, vor allem Dr. Körber, nahmen unsere Delegation sehr gastfreundlich auf. Dankbar gedachten sie des Empfangs, der ihnen im vorigen Früh-

jahr in der Sowjetunion bereitet wurde, wo sie Gäste des Sowjetischen Friedenskomitees waren. Unser Treffen in Bergedorf brachte also gleichsam die Fortsetzung der Diskussion, die im April 1967 in Moskau zwischen sowjetischen und westdeutschen Persönlichkeiten begonnen hatte.

Zugleich bot uns die Reise einen Einblick in die innenpolitischen Verhältnisse Westdeutschlands.

Wir finden, daß solche Begegnungen und Aussprachen in einer ruhigen, sachlichen Atmosphäre große Bedeutung haben.

Die Mitglieder unserer Delegation äußerten in offener Gesprächsform die Sorge, die die sowjetischen Menschen angesichts der Entwicklung in Westdeutschland, der Aktivierung der militaristischen, revanchistischen und neonazistischen Kräfte empfinden, und betonten, wie gefährlich der jetzige Bonner Kurs für die Sache des europäischen Friedens, vor allem für das Volk von Westdeutschland selbst ist. All das muß um so mehr aufmerken lassen, als die herrschenden Kreise der Bundesrepublik dem Wachstum des Nazismus und Militarismus nicht etwa entgegengetreten, sondern ihm Vorschub leisten.

Wir hielten uns für verpflichtet, zu betonen, daß uns die Einpeitschung der Notstandsgesetzgebung beunruhigt, da sie unmittelbar mit der Militarisierung und der Kriegsvorbereitung, mit der Offensive auf die demokratischen Frei-

heiten und Institute zusammenhängt. Wir alle wissen ja gut, unter welchen Umständen eine Staatsgewalt zum Erlaß von Ermächtigungsgesetzen greift. Wir haben nicht vergessen, womit Hitler anfang... Wenn die Bundesregierung tatsächlich Frieden und gutnachbarliche Beziehungen zu den anderen Staaten wünscht, wozu trifft sie dann mitten im Frieden außerordentliche Maßnahmen?

Die offizielle westdeutsche Propaganda macht viel Aufhebens vom „neuen Kurs“, von der „neuen Ostpolitik“ der Regierung der großen Koalition. In Westdeutschland wurde uns wiederholt gesagt, die amtlichen Kreise der Bundesrepublik beabsichtigten, gute Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern herzustellen. Aber wie ist das mit den Versuchen ebendieser Kreise zu vereinbaren, die DDR zu isolieren, wie paßt das zu der Bonner Alleinvertretungsanmaßung, wie zu dem Streben nach Kernausrüstung der Bundeswehr, zu den Verstößen gegen die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz und gegen andere für die Bundesrepublik bindende internationale Abkommen? Man hat es also in Wirklichkeit nur mit Versuchen zu tun, die alte Politik der Weigerung, die Gegebenheiten in Europa anzuerkennen, neu zu verpacken.

Beim Bergedorfer Gespräch und auch in privaten Aussprachen sagten die Mitglieder unserer Delegation unumwunden, daß von einer Verbesserung der Beziehungen der Sowjetunion zur Bundesrepublik auf Kosten der DDR, mit der wir in einem brüderlichen Verhältnis stehen, keine Rede sein kann.

Zahlreiche Tatsachen des politischen Lebens in Westdeutschland zeigen, wie sich dort die reaktionären Kräfte wieder regen. Aber nicht minder überzeugend sind die Tatsachen, die beweisen, daß die fortschrittlichen, friedliebenden Kräfte ihre Tätigkeit verstärken. Selbst bei dem kurzen Aufenthalt in Hamburg konnten wir uns davon überzeugen, daß es in Westdeutschland bedeutende Kräfte gibt, die sich dem Militarismus und Revanchismus nicht beugen und tapfer kämpfen für Demo-



Prof. Dr. E. Kogon, Dr. K. Körber und Prof. Dr. V. Tschchikwadse während des Bergedorfer Gesprächs.

kratie, für eine wirklich neue Außenpolitik, für die Normalisierung der Beziehungen zu dem anderen deutschen Staat, der sozialistischen DDR, für Sicherheit und dauerhaften Frieden in Europa. Die Bewegung für die Anerkennung der DDR entwickelt sich sehr erfolgreich. Die Öffentlichkeit übt in dieser Hinsicht jetzt einen viel stärkeren Druck auf die Bundesregierung aus. Das äußert sich in Diskussionen, in immer neuen Stellungnahmen der Presse.

In den verschiedensten Kreisen macht sich das Bestreben bemerkbar, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern. Auch die Bewegung gegen die Notstandsgesetze hat einen großen Umfang angenommen. Besonders eifrig nehmen die Gewerkschaften, viele Geisteswissenschaftler und die Jugend an ihr teil. Stärker geworden ist die Studentenbewegung für eine Hochschulreform und für die Lösung der anderen spruchreifen sozialen Probleme Westdeutschlands.

Wir haben die Überzeugung gewonnen, daß keine Notstandsgesetze oder anderen drakonischen Maßnahmen das Wachstum der demokratischen, fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland unterbinden können. Zu diesen friedliebenden, fortschrittlichen Kräften gehören die Westdeutschen, die uns während des Bergedorfer Novembergesprächs so lebenswürdige Gastfreundschaft gewährten. Wir wünschen ihnen neue Erfolge bei dem edlen Werk der Verteidigung des Friedens und der Festigung der Völkerfreundschaft.

Frage: Und die Aussichten der Bergedorfer Gespräche?

Antwort: Während des Aufenthalts unserer Delegation in Hamburg lud Dr. Körber als Leiter des Bergedorfer Gesprächskreises Vertreter des Sowjetischen Friedenskomitees zur nächsten Aussprache ein, die im März 1968 stattfinden und das Thema „Tragen die Militärblocke zur Sicherheit Europas

bei?“ behandeln soll. Dr. Körber hat die Absicht, den Kreis der Teilnehmer dieses Treffens zu erweitern. Es sollen Vertreter von England, Frankreich, Italien, den skandinavischen Ländern wie auch solche aus Polen, der DDR, der Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien eingeladen werden. Wir glauben, ein solches Treffen kann sehr nützlich sein und einen Beitrag zur Verständigung, zur Festigung des Vertrauens und zur Erhaltung des Friedens in Europa leisten.

Abschließend möchte ich nochmals im Namen aller Mitglieder unserer Delegation durch die Neue Zeit den Veranstaltern des jüngsten Bergedorfer Gesprächs für den herzlichen Empfang danken, der der sowjetischen Delegation erwiesen wurde, für die aufrichtige Sympathie, die sie dem Sowjetvolk entgegenbringen, für ihr Streben nach Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der ganzen übrigen Welt.

Dr. habil. der Wirtschaftswissenschaften
Jakow PEWSNER

Eine Bilanz des Kapitalismus

Im Jahre 1925 schrieb John Keynes, Theoretiker Nr. 1 des Monopolkapitalismus: „Wie könnte ich einer Lehre zustimmen, die die Spreu dem Weizen vorzieht und das ungeschliffene Proletariat höher stellt als das Bürgertum und die Intelligenz, welche doch trotz all ihrer Mängel das Salz der Erde sind?“ Die Rede war dabei vom Verhältnis zum jungen Sowjetstaat.

Heute wird sich selbst der zynischste bürgerliche Journalist hüten, seinen Haß auf die Welt der Arbeit so drastisch zu äußern. Das ist unmöglich geworden, weil der Sozialismus Hunderte Millionen für sich gewonnen hat. Ezra Benson, ein ehemaliger Landwirtschaftsminister der USA, schrieb in einem vor einigen Jahren erschienenen Buch: „Nie in der Geschichte hat eine Bewegung ihren Einfluß so weit und so rasch ausgedehnt wie der sozialistische Kommunismus in den letzten drei Jahrzehnten... Das Christentum ist fast 2000 Jahre alt, doch gibt es heute in der Welt weniger Christen als Einwohner kommunistischer Länder, obwohl der Kommunismus erst vor wenig mehr als 40 Jahren entstanden ist.“

Aber seit Frontalangriffe auf den Sozialismus unmöglich geworden sind, versuchen es die Ideologen der Bourgeoisie auf andere Weise. Eine ganze Richtung, die „Sowjetologie“, ist heute bemüht, die Errungenschaften der sozialistischen Ordnung zu bagatellisieren, wenn sie sie schon nicht leugnen kann. Andererseits suchen die bürgerlichen Ideologen zu beweisen, daß die

Erfolge des Sozialismus keineswegs ein Fiasko des kapitalistischen Systems bedeuten, daß dieses dem Sozialismus gegenüber auf einen zunehmenden Reichtum hinweisen könne, von dem sie sagen, er sei ein Beweis für die Stabilität ihres Systems, ein Vorbote des kommenden „Wohlfahrtsstaates“, der künftigen „Gesellschaft des Überflusses“ oder „großen Gesellschaft“.

Es ist kein Zufall, daß solche Behauptungen in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren aufgestellt werden, denn in ihrem Verlauf haben sich die wirtschaftlichen Zuwachsraten der monopolkapitalistischen Länder erhöht. Die industrielle Produktion der kapitalistischen Welt insgesamt stieg von 1950 bis 1965 um etwa fünf Prozent jährlich, während die Wachstumsrate von 1889 bis 1913 vier und von 1913 bis 1937 zwei Prozent betragen hatte.

Berechtigt das aber zu Schlußfolgerungen, wie sie die Apologeten des Kapitalismus ziehen? Im Vorwort zur französischen und zur deutschen Ausgabe seines Buches „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ schrieb Lenin: Um die objektive Lage darstellen zu können, „darf man nicht Einzelbeispiele und einzelne Daten herausgreifen (bei der ungeheuren Kompliziertheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens kann man immer eine beliebige Zahl von Beispielen oder Einzeldaten ausfindig machen, um jede beliebige These zu erhärten), sondern man muß unbedingt die Gesamtheit der Daten über die Grundlagen des Wirtschaftslebens... der ganzen Welt nehmen.“

Was besagt nun die Gesamtheit der Daten? Das verflossene halbe Jahrhundert um-

schließt zwei Phasen der wissenschaftlich-technischen Umwälzung. In der ersten, die in die Zeit vor dem zweiten Weltkrieg fiel, wurde die Mechanisierung der Produktionsprozesse vollendet und das Laufband eingeführt. In der zweiten, nach dem Kriege, erfolgte der Übergang zur Automation im weiteren Sinne, d. h. nicht nur zu automatischen Werkzeugmaschinen und zu Taktstraßen, sondern zu prinzipiell neuen Produktionsmitteln, wobei der Mensch in wachsendem Maße ausschließlich als deren Schöpfer, Einrichter, Kontrolleur und immer weniger als unmittelbarer Teilnehmer des Produktionsprozesses auftritt.

Wir sind Zeugen einer krassen Umgliederung der Produktionsstruktur: Sowohl in den einzelnen Ländern als auch im internationalen Maßstab entwickeln sich Spezialisierung und Kooperation weiter, vollziehen sich revolutionäre Wandlungen in den Produktionsverfahren, die in wachsendem Maße chemisiert werden, auch entstehen neue Wirtschaftszweige. Erdöl und Gas verdrängen die Steinkohle, Chemiefasern die von natürlicher Beschaffenheit, die Fertigungsliste des Maschinen- und Gerätebaus ändert sich von Grund aus. Was das letztere angeht, so spielt die Produktion von automatischen Werkzeugmaschinen, Computern und kybernetischen Vorrichtungen, Haushaltsgeräten und Ausrüstungen aller Art eine viel größere Rolle.

Durchgreifende Strukturwandlungen sind nicht nur in Industrie und Landwirtschaft, sondern auch in anderen Zweigen im Gange. Wissenschaft, experimentelle Technik, Bildung, „Infrastruktur“ (Verkehr, Fernmeldewesen, Energiewirtschaft) und schließlich das Dienstleistungswesen nehmen im ganzen Leben der modernen Gesellschaft einen weit größeren Raum als bisher ein.

Zum Unterschied von den bürgerlichen Sowjetologen, die die Erfolge des Sozialismus schon von Amts wegen bagatellisieren, wird kein Marxist das wirtschaftliche Wachstum der kapitalistischen Länder leugnen. Aber im Gegensatz zu den Behauptungen der Verteidiger der bürgerlichen Gesellschaftsordnung hat das Wachstum der Produktion die ökonomischen Widersprüche und sozialen Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft keineswegs gemildert.

Vor allem ist in Betracht zu ziehen, daß die Stellung des Kapitalismus in der modernen Epoche nicht nur durch seine inneren Gesetze bestimmt wird, sondern auch durch die Stellung des Sozialismus, durch seine Entwicklung und seinen Einfluß in der Welt, durch seine Einwirkung auf den Kapitalismus. Vor dem zweiten Weltkrieg war die Sowjetunion, nach ihm sind die Länder des Sozialismus in ihrer Gesamtheit den wirtschaftlichen Zuwachsraten nach der Welt des Kapitalismus weit überlegen. Im Jahre 1966 erzeugten die sozialistischen Länder am Industriesektor etwa zehnmal soviel wie im Jahre 1937 auf dem gleichen Territorium. Die

kapitalistische Welt hat in der gleichen Zeit das Volumen ihrer Industrieproduktion auf das 3,6fache erweitert.

Der Sozialismus hat diese Überlegenheit im Wachstumstempo bezeugt, obwohl er, verglichen mit dem Kapitalismus, in den 50 Jahren, die wir hier betrachten, vom internationalen Standpunkt aus weit weniger günstige Bedingungen für ein wirtschaftliches Wachstum, für die Verwertung der Erkenntnisse und Leistungen von Wissenschaft und Technik in der Praxis hatte. Der Sozialismus mußte ja von Anfang an und viele Jahre lang größte Opfer bringen und sich Entbehrungen auferlegen, um sich durchzusetzen. Etwa die Hälfte der halbhundertjährigen Periode, die das erste Land des Sozialismus besteht, waren Jahre von Kriegen, die ihm der Imperialismus aufgezwungen hatte, oder Jahre des Wiederaufbaus der Wirtschaft nach diesen Kriegen.

Ferner: Die Erfolge, die der Kapitalismus in der Entwicklung seiner Wirtschaft erzielt hat, sind auf Länder konzentriert, in denen nicht einmal ein Drittel der Bevölkerung der gesamten kapitalistischen Welt lebt. Nachdem sich viele Länder vom Kolonialjoch befreit hatten, zeigte sich erst, welchen Abgrund zwischen den ehemaligen Kolonialländern und den „Mutterländern“ die Epoche der imperialistischen Herrschaft in bezug auf die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung hinterlassen hat.

Im Jahre 1948 begann der Zerfall des Kolonialsystems. Damals entfielen auf alle schwachentwickelten Länder, obwohl ihre Bevölkerung fast zwei Drittel der der gesamten kapitalistischen Welt ausmachte, kaum ein Dreizehntel der Gesamtproduktion der verarbeitenden Industrie dieser Welt, ein Sechzehntel ihrer Gewinnung der Hauptmetalle und ein Zwanzigstel des Ausstosses ihrer Schwerindustrie.

Mit dem fortschreitenden Zerfall des Kolonialsystems setzte ein Umschwung ein. Von 1955 bis 1964 belief sich die durchschnittliche Jahreszuwachsrate der industriellen Produktion in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern auf 4,8, in den Entwicklungsstaaten auf 7,9 Prozent. Aber da die Bevölkerung in den Entwicklungsländern rascher wächst, wird der Effekt der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstumstempos in ihnen stark herabgemindert. Zudem wächst die ohnehin sehr niedrige Arbeitsproduktivität dort langsamer als in den Industrieländern.

Der Kapitalismus zeigt sich unfähig, die ehemaligen Kolonien und abhängigen Länder auf die Bahn eines raschen wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts zu führen. So ist es denn nur natürlich und historisch unvermeidlich, daß sich in vielen von diesen Ländern die Bewegung für einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg entfaltet. Es gibt keine imperialistische Aggression und keine zeitweiligen Mißerfolge, die dieser fortschrittlichen Bewegung Einhalt gebieten könnten.

Schließlich ist es trotz dem Zunehmen der

absoluten durchschnittlichen Pro-Kopf-Quote von Produktion und Konsumtion *dem Kapitalismus nicht gelungen, seinen ältesten und tiefsten Widerspruch zu mildern: den zwischen Arbeit und Kapital.*

Gewiß, mit der wachsenden Arbeitsproduktivität und den Erfolgen der Werktätigen im Klassenkampf sind auch die Reallöhne gestiegen: in den USA von 1953 bis 1963 um etwa 18,5 Prozent, in England um 29,7, in Italien um 23,8 Prozent, in Japan um 48,8 und in Frankreich um 13,2 Prozent.

Aber erstens steigen die Löhne und Gehälter in den kapitalistischen Industrieländern langsamer als die Arbeitsproduktivität. Das bedeutet eine noch größere Ausbeutungsrate, bedeutet, daß die Arbeiter und Angestellten immer mehr Stunden für die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat und immer weniger Stunden für sich selbst arbeiten.

Zweitens wachsen zwar in den USA und in mehreren anderen Ländern des Monopolkapitalismus die absoluten Durchschnittslöhne und -gehälter, doch bleibt die Massenarbeitslosigkeit dort ebenso bestehen wie die Armut, das Elend, der niedrige Bildungsstand und die längst nicht ausreichende Sozialversicherung von Millionen Menschen.

Drittens erhöhen sich die Einkünfte der Monopolherren und der oberen Bevölkerungsschichten viel rascher als die Löhne und Gehälter. Die Folge ist, daß der Anteil der Werktätigen am Bruttoprodukt der kapitalistischen Gesellschaft weiterhin sinkt. Betrachtet man den Gesamtumfang des Vermögens der Privaten in den USA, so ist der Anteil der Spitzenschicht, die nur ein Hundertstel der gesamten erwachsenen Bevölkerung umfaßt, von 20,8 Prozent im Jahre 1949 auf 28 Prozent im Jahre 1961 gestiegen.

Einschlägige Forschungen zeigen, daß sich der Reichtum des alten Kerns der amerikanischen Plutokratie, der sich aus 35 Milliardärs- und Multimillionärsfamilien zusammensetzt, von der Mitte der 20er bis Anfang der 60er Jahre stark vergrößert hat. Außerdem sind in dieser Zeit über 30 weitere Familien in den Multimillionärsrang aufgerückt. Die Vereinigten Staaten sind da keine Ausnahme: In jedem Land des Monopolkapitalismus konzentriert sich ein beträchtlicher, ständig wachsender Teil des Nationalreichtums in der Hand der Finanzoligarchie, jener kleinen Gruppe von Reichen, deren Privatvermögen das Hundert-, wenn nicht gar Tausendfache des Vermögens selbst der Kleinkapitalisten ausmacht, von den Werktätigen ganz zu schweigen.

In diesem Zusammenhang ist nach wie vor aktuell, was Marx in seiner Schrift „Lohnarbeit und Kapital“ über die Lage der Arbeiterklasse schrieb: „Ein Haus mag groß oder klein sein, solange die es umgebenden Häuser ebenfalls klein sind, befriedigt es alle gesellschaftlichen Ansprüche an eine Wohnung. Erhebt sich aber neben dem kleinen Haus ein Palast, und das

kleine Haus schrumpft zur Hütte zusammen ... und es mag im Laufe der Zivilisation in die Höhe schießen noch so sehr, wenn der benachbarte Palast in gleichem oder gar in höherem Maß in die Höhe schießt, wird der Bewohner des verhältnismäßig kleinen Hauses sich immer unbehaglicher, unbefriedigter, gedrückter in seinen vier Pfählen finden.“

Wie Lenin in dem gleichen Zusammenhang feststellte, „wächst das Elend nicht im physischen, sondern im sozialen Sinne, d. h. in dem Sinne, daß das steigende Niveau der Bedürfnisse der Bourgeoisie und der Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft im Mißverhältnis steht zum Lebensniveau der werktätigen Massen“.

Vom Standpunkt der „Gesamtheit der Daten“ über den Kapitalismus entscheiden gerade diese sozialen Ergebnisse und nicht die absoluten durchschnittlichen Wachstumszahlen der Konsumtion. Gerade wegen ihrer sozialen Widersprüche war die kapitalistische Welt im letzten halben Jahrhundert starken wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen ausgesetzt, zu denen die beispiellose Krise 1929–1933 gehörte.

Im Zusammenhang mit Weltkrieg II, mit der Bildung des sozialistischen Weltsystems und der Zuspitzung der inneren Gegensätze sah sich der Kapitalismus im Kampf um seine Selbsterhaltung genötigt, zu einer so außerordentlichen Maßnahme zu greifen wie der krassen Verstärkung der Rolle des bürgerlichen Staates in der Wirtschaft.

Man darf nicht vergessen, daß die Umstellung auf den staatsmonopolistischen Kapitalismus weittragende sozialpolitische Folgen für das bürgerliche System hat. Über 150 Jahre erlebte die bürgerliche Welt die verschiedensten Strömungen des ökonomischen Denkens, aber sie alle erkannten die Notwendigkeit der freien Konkurrenz und der Nichteinmischung des Staates ins Wirtschaftsleben an. Selbst während der Krise 1929–1933 und erst recht nach ihrer Überwindung protestierte die Monopolbourgeoisie gegen staatliche Eingriffe ins Wirtschaftsleben.

Heute noch trauern manche Ideologen der Bourgeoisie dem verlorenen Paradies der „wirtschaftlichen Freiheit“ nach. Als Ludwig Erhard noch Wirtschaftsminister der westdeutschen Bundesrepublik war, schrieb er, daß „derjenige, der es fertig bringt, die Devisenzwangswirtschaft abzuschaffen, für Europa mehr getan hat, als alle Politiker, Staatsmänner, Parlamentsmitglieder, Unternehmer und Beamte zusammen“. Und Paul Samuelson, einer der bedeutendsten USA-Wirtschaftswissenschaftler von heute, behauptet, jeder äußere Eingriff in die Konkurrenz sei „eher von Übel“.

Die Ideologen der Bourgeoisie wissen, daß der staatlichen Einmischung ein tiefer Widerspruch innewohnt. Ihr Zweck ist zwar die Erhaltung des Kapitalismus, doch läßt sie zugleich erkennen, daß die Bourgeoisie in der modernen Gesellschaft nur Spreu und Unkraut ist, daß die

„Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt“ (Marx) und daß *nur der Sozialismus die Bahn freimacht zu einer wirklich wirksamen Leitung der gesamten Wirtschaft.*

Aber die Priester der freien Konkurrenz mögen die Schemen der Vergangenheit beschwören, soviel sie wollen – sie kommen doch nicht darum herum, daß die Prinzipien jener Zeit für immer ins Geschichtsmuseum gewandert sind und daß der Reproduktionsprozeß angesichts der heutigen Konzentration der Produktion und des Kapitals, angesichts des heutigen Grades der gesellschaftlichen Arbeitsteilung unmöglich geworden ist ohne Leitung der gesamten Wirtschaft des Landes aus einem Zentrum. Zugleich kann die Menschheit nicht dulden, daß diese Leitung ausgeübt wird unter der Kontrolle einer Handvoll Finanzmagnaten, die die Wirtschaft ausschließlich zu ihrem eigenen Vorteil monopolisiert haben.

Heutzutage hat der kapitalistische Staat die Verfügungsgewalt über einen großen Teil des Nationaleinkommens übernommen. Dieser Teil schwankt in den einzelnen Ländern zwischen 20 und 30 Prozent, während er vor dem Krieg 15, höchstens 20 Prozent ausmachte. Besonders wichtig ist, daß ein großer Teil der Investitionen in den Händen des Staates liegt. Im Jahre 1963 belief sich der Anteil der staatlichen Investitionen an der gesamten Kapitalsakkumulation in den Vereinigten Staaten auf etwa 18, in England auf 44, in der westdeutschen Bundesrepublik auf 17, in Frankreich auf 37, in Japan auf 34 und in Italien auf 32 Prozent. Hebel der staatlichen Wirtschaftsregulierung in Gestalt von Programmierung und Prognostik sowie staatlicher Kontrolle über das Kreditwesen sind entstanden oder haben eine viel größere Bedeutung als früher gewonnen.

Nur dem tiefen Eingreifen des Staates in die Wirtschaft hat die Bourgeoisie die obengenannten Erfolge bei der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums zu verdanken. Aber auch dieser Faktor verliert allmählich an Wirkung.

In der Tat, heute, wo das westdeutsche oder das japanische „Wirtschaftswunder“ längst passé ist, sieht jeder, daß die relativ hohen Zuwachsraten in mehreren kapitalistischen Industrieländern während der 50er und der beginnenden 60er Jahre hauptsächlich konjunkturbedingt waren. Trotz aller staatlichen Regulierungsmaßnahmen konnte der Kapitalismus Konjunkturschwankungen nicht abwenden, durch die die Wirtschaft in einigen Ländern ernstlich geschädigt wurde. Die Zeit von 1945 bis 1966 brachte z. B. in den Vereinigten Staaten eine viermalige, insgesamt über 40 Monate währende Konjunkturverschlechterung, in deren Verlauf die Produktion sank oder stagnierte.

Zudem darf nicht vergessen werden, daß die staatliche Beteiligung an der Wirtschaft in Ländern wie den USA, England und seit einigen Jahren auch Westdeutschland mit dem gewaltigen Umfang der Rüstungsproduktion zusam-

menhängt, mit jener Atmosphäre der ständigen Kriegspsychose, die durch die Aggressionspolitik des amerikanischen Imperialismus und seiner Komplizen hervorgerufen wird.

Und schließlich: Je höher der Entwicklungsstand der Wirtschaft, desto krasser wirken sich Gebrechen des Kapitalismus aus wie Arbeitslosigkeit, Diskriminierung von Rassen und Nationalitäten, rechtliche Benachteiligung der Frauen, Diskriminierung vieler Berufsgruppen, Armut, Elend und Bildungsnotstand eines beträchtlichen Bevölkerungsteils, die Ungelöstheit vieler volkswirtschaftlicher Probleme („Notstandsgebiete“, Wasserversorgung, Reinigung der Luft, Ortsverkehr). Kurz, je höher das wirtschaftliche Entwicklungsniveau, desto notwendiger wird eine gesamtstaatliche Planung der Wirtschaft, ihre Leitung aus einem Zentrum, die Umverteilung des nationalen Reichtums im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Wird sich das Monopolkapital mit einer weiteren Verstärkung der Rolle des Staates im Wirtschaftsleben abfinden, wird es eine weitere Verschärfung der staatlichen Kontrolle über die Investitionen, die materiellen Ressourcen und die Kreditmittel hinnehmen? Die ganze bisherige Erfahrung zeigt: Je weiter sich die kapitalistische Wirtschaftspraxis in dieser Richtung entwickelt, desto beharrlicher widersetzen sich ihr die Monopole. Und deren Widerstand zu brechen, ist dem bürgerlichen Staat nicht gegeben, ist er doch durch Tausende untrennbare Fäden ans Business gefesselt.

Andererseits beweist die historische Erfahrung, daß ein nennenswerter Fortschritt in der Konsumtion der Massen nicht unmittelbar als Ergebnis eines Wachstums der Arbeitsproduktivität zu erzielen ist, sondern vor allem durch die Verstärkung des Klassenkampfes der Werktätigen. Die Hoffnungen der Bourgeoisie, mit dem Wachstum der Produktion und der Konsumtion die Klassenantagonismen entschärfen zu können, sind gescheitert. Die tägliche Praxis führt immer größere Massen an die Erkenntnis heran, daß der Staat ohne grundlegende politische Wandlungen nicht dazu zu bringen ist, nicht mehr den Sachwalter des Monopolkapitals zu machen, sondern einen Weg zu beschreiten, auf dem die volkswirtschaftlichen Aufgaben im Interesse der gesamten Bevölkerung gelöst werden könnten.

Jede Etappe des internationalen revolutionären Prozesses hat ihre Gesetze und Besonderheiten. Die fünfzig Jahre nach dem Oktober waren Jahre nicht nur des Entstehens und Wachstums des sozialistischen Systems, sondern auch der Umwandlung des Sozialismus in den entscheidenden Faktor der weltweiten Entwicklung. Das sozialistische System beeinflusst den Lauf der Dinge auf der ganzen Erde in immer größerem Maße, und unter diesem Einfluß entwickeln sich in der Welt des Kapitalismus Prozesse, die ihren Untergang vorbereiten und den Sieg des Sozialismus beschleunigen.

Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus Rumäniens

Am 30. Dezember begeht das rumänische Volk die 20. Wiederkehr des Tages, an dem seine Republik ausgerufen wurde. In dieser Zeit hat Rumänien große Erfolge im Aufbau des Sozialismus erzielt. Die Sozialistische Republik Rumänien ist ein Land mit moderner Industrie und genossenschaftlicher Landwirtschaft, entwickelter Wissenschaft und Kultur. Das Jubiläum der Republik ist in diesem Jahr mit einem wichtigen Ereignis ihres Lebens zusammengefallen: Rumänien hat Kurs auf die komplexe Vervollkommenheit der Formen und Methoden der sozialistischen Wirtschaftsführung genommen. Darüber berichtet der nachstehende Beitrag.

Zu den sozialistischen Ländern, die den Weg von Wirtschaftsreformen eingeschlagen haben, gehört nun auch die Sozialistische Republik Rumänien. Das Plenum des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei vom Oktober 1967 bestätigte den Entwurf der Richtlinien zur Vervollkommenheit der Volkswirtschaftsleitung und -planung. Das Plenum beschloß ferner, das System der Löhne zu vervollkommen. Am 6. Dezember bestätigte eine Landeskongress der KP diese Entwürfe.

Worin bestehen die Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus Rumäniens?

Erstens wird der Einheitsplan der Volkswirtschaft aufgewertet. Die Funktionen zwischen Zentrum und untergeordneten Sparten werden zweckmäßiger verteilt. Die Zentralorgane setzen die grundlegenden Proportionen und Entwicklungstempi der Produktion fest, bestimmen, welcher Teil des Nationaleinkommens der Akkumulation bzw. der Konsumtion dient, erarbeiten und verwirklichen Maßnahmen zur Hebung des Lebensniveaus des Volkes, bestimmen Umfang und Struktur der Investitionen, die Standortverteilung der Produktivkräfte, die Außenhandelspolitik. In ihrem Ressort verbleiben Finanzierung, Kreditwesen und Preisbildung.

Die Betriebe und die neu zu gründenden Industrieunternehmen werden mit allen wichtigsten operativen Funktionen betraut. Dank der Aufwertung der

Betriebe vereinfachen sich die Beziehungen zwischen ihnen, was namentlich die Möglichkeit bietet, ihre materialtechnische Versorgung sowie ihren Absatz elastischer zu machen. Im Zusammenhang damit nimmt der Umfang der vom Ministerrat und von den Zentralorganen verteilten Materialien ab. Der Ministerrat teilt nun lediglich die für die Volkswirtschaft besonders wichtige Produktion, z. B. Metalle und Treibstoffe, zu. Um die übrigen Materialien zu beziehen, schließen die Industrieunternehmen sowie in gewissen Fällen auch die Betriebe selbst Verträge miteinander.

Eine zweite wichtige Änderung im Wirtschaftsmechanismus Rumäniens ist die Gründung von Industrieunternehmen, die den Ministerien untergeordnet werden. Den Kern dieser Organisationen werden teilweise Großbetriebe bilden, die einige kleinere verwandte Betriebe zusammenschließen. In anderen Fällen werden die Industrieunternehmen aus Betrieben bestehen, die zusammenarbeiten werden, um komplizierte Güter, z. B. Traktoren oder Kraftwagen, zu erzeugen.

Die Industrieunternehmen verfügen über materielle und finanzielle Mittel, darunter auch über Investitionsmittel. Auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung leitet die Vereinigung die zu ihr gehörigen Betriebe und organisiert ihre Zusammenarbeit.

Ein Teil der Befugnisse der Ministerien und anderen Zentralstellen geht an die Vereinigungen über, die ihre Erzeugnisse im In- wie auch im Ausland selbst absetzen werden. Die Vereinigungen dürfen ferner mit ausländischen Produktionsfirmen kooperieren.

Die Hauptaufgabe der Ministerien besteht darin, den Entwicklungsplan des entsprechenden Zweigs zu entwerfen und seine Erfüllung zu kontrollieren sowie die Tätigkeit der Industrieunternehmen zu koordinieren. Die Zentralstellen werden sich somit vorwiegend nicht mit operativen, sondern mit perspektivischen Problemen befassen, die die Betriebe nicht lösen können.

Der dritte Fragenkreis der Reform ist die Vervollkommenheit der Preisbildung. Für bestimmte Erzeugnisse und Dienstleistungen sollen die Preise von den Industrieunternehmen in Grenzen be-

Rimma STOIKITSCH

stimmt werden, die vom Ministerrat und den zentralen Koordinierungsstellen festgesetzt würden. Somit dehnt sich der Kompetenzbereich der Betriebe und der Handelsorganisationen aus. Die Einzelhandelspreise für die Grunderzeugnisse werden zentral festgelegt und für einige Güter nur Limite gegeben, in deren Grenzen die Wirtschaftsstellen die Preise selbst festsetzen können.

Die Reform des Wirtschaftsmechanismus in Rumänien sieht ferner vor, daß die in der Industrie Beschäftigten materiell mehr interessiert sein werden. Die Entlohnung soll differenzierter sein. Etwas verändert wird das Prämiensystem. Prämien werden am Jahresende ausgezahlt, wenn die Planziffern des jeweiligen Zweiges erfüllt bzw. übererfüllt sind. Der Prämienfonds soll auf Grund der Überplangewinne geschaffen werden. Die Höhe der Prämie wird nicht beschränkt und hängt ausschließlich vom Arbeitsaufwand des Arbeiters oder Angestellten ab. Für Einsparung importierter Rohstoffe und Materialien, für Einsparung von Mangelmateriale, für Erhöhung der Arbeitsproduktivität können die Prämien auf Initiative des Betriebsleiters auch während des Jahres ausgezahlt werden.

Schließlich sind Veränderungen in der Organisation des Außenhandels vorgesehen. Die Industrieunternehmen werden, wie gesagt, einen großen Teil ihrer Erzeugnisse nunmehr selbst exportieren. Rumänien beabsichtigt, in einigen Ländern Handelsbüros aus Vertretern der interessierten Industrieunternehmen einzurichten. Die derzeitigen Handelsvertretungen werden in Wirtschaftsabteilungen der diplomatischen Vertretungen umgewandelt.

Das Außenhandelsministerium wird eines größeren Teils seiner administrativen und operativen Funktionen entbunden. Es wird sich auf die Planung auf weite Sicht, die Ausarbeitung der Außenhandelspolitik und ihre Kontrolle konzentrieren.

Wie in den Richtlinien zur Vervollkommenheit der Volkswirtschaftsleitung und -planung festgestellt ist, wird die Rumänische Kommunistische Partei „die Formen und Methoden der wirtschaftlichen Planungsleitung den Erfordernissen unterordnen, eine machtvolle Entwicklung der Produktivkräfte zu sichern, die materielle Produktion rasch zu heben, was entscheidend ist für die Steigerung des nationalen Reichtums, die Hebung des Volkswohls und den allseitigen Fortschritt der ganzen Gesellschaft“.

INTERNATIONALE UMSCHAU

USA

Edisöne

Einst wurden Demonstrationen auseinanderkartätscht. Mitunter wurde auch mit gefüllten Bajonetten oder Polizeiknüppeln ein Gleiches erzielt; oder ist es auch mit Gewehrköben getan? Manche Militärs, z. B. der Chef der 3. US-Armee, Generalleutnant Throckmorton, den Präsident Johnson vor kurzem damit beauftragte, die Demonstranten vom Pentagon zu verjagen, tun, was sie können, es bleibt aber bei den unschönen herkömmlichen Methoden. Lange konnten Tausende Soldaten und Polizisten gegen die unbewaffneten Friedenskämpfer nichts ausrichten, bis schließlich Knüppel und Kolben ins Treffen geführt wurden. Welche Schande, immerhin lebt man ja im 20. Jahrhundert!

Aber nicht umsonst ist Amerika das gelobte Land der Erfinder. Schon haben sich einige Vertreter dieser Gilde erbötig gemacht, moderne Methoden zur Bekämpfung von Demonstrationen zu entwickeln, und das sieht so aus.

Nehmen wir an, daß Gegner des Vietnamkrieges wiederum aus Protest vor dem Pentagon aufmarschiert sind. Bitte schön, in Amerika herrscht Demokratie. Tausende Menschen ziehen mit Tafeln zum Pentagon. Sie nähern sich dem Fünfeck. Plötzlich ist der Fahrdamm davor mit Konfetti übersät, die aber nicht aus Papier, sondern aus Plaste sind, und die Demonstranten rutschen aus.

Im selben Augenblick krepieren in der Luft Knallfrösche. Es können aber auch Granaten sein. Hubschrauber knattern. Die Demonstranten verstricken sich in klebrigen Papierschlängen.

Bei diesem „Beruhigungsmittel“ hat es aber noch nicht sein Bewenden.

Da gibt es noch eine Pfefferlösung, die den Demonstranten mit Pistolen aus zehn Meter Entfernung ins Gesicht gespritzt wird.

Wer auch diese Spritzkur übersteht, kann dann einfach im „mechanischen Verfahren“ vom übrigen Mob isoliert werden: Die Hubschrauber werfen Netze

aus und fangen die Eigensinnigen ein. Nicht sehr schön, dafür aber um so verlässlicher.

Was dann an Energie noch übriggeblieben ist, kann von den gleichen Hubschraubern aus mittels Juckpulvers zu nichts gemacht werden, und binnen 15 Minuten sind die Kriegsgegner unschädlich gemacht.

Alle diese Mittel sind, wie *Le Monde* (Paris) berichtet, der Präsidentschaftskommission zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung empfohlen worden. Es entzieht sich unserer Kenntnis, welche von ihnen legalisiert sein werden. Mag sein, daß man sich in den USA noch andere ausdenken wird, denn dort sind die Edisöne noch nicht ausgestorben.

Lebendig begraben

Die Mutter des GI John Guinn erhielt eine amtliche Todesnachricht: Ihr 23jähriger Sohn sei in einem Gefecht bei Chu Lai in Südvietnam gefallen. Dann traf in Elizabethton, Staat Tennessee, ein Sarg mit den sterblichen Überresten ein. Als der Sarg geöffnet wurde, stellte man fest, daß der Kopf des Toten verbunden war. Die untröstliche Mutter, Blanche Guinn, legte dem toten Solda-

ten eine Uhr an, die sie ihm zu Weihnachten schenken wollte. Die Todesnachricht mitsamt einer Geldüberweisung von 25 Dollar, der letzten aus Vietnam, ließ sie einrahmen. Der Tote wurde auf dem Friedhof von Elizabethton bestattet.

Blanche Guinn erhielt jedoch weiterhin Briefe von ihrem Sohn aus Südvietnam. Auf Verlangen der Familie wurde der Leichnam des Soldaten exhumiert. Anhand der Fingerabdrücke stellten die Militärbehörden fest, daß es sich nicht um John Guinn, sondern um seinen Kameraden Quinn Tichenor aus Louisville, Kentucky, handelt.

Um den Skandal zu dämpfen, veranlaßte die Militärbehörde auf der Stelle die Abberufung Guinns aus Südvietnam. Beim Wiedersehen in Elizabethton fiel die Mutter in Ohnmacht. Der GI John Guinn jedoch sagte laut *Time*-Magazin über den Aufenthalt der USA-Truppen in Südvietnam folgendes:

„Ich glaube, daß wir dort nichts zu suchen haben, und die meisten Jungs in meiner Einheit sind derselben Meinung.“ Wegen dieser Erklärung oder wegen der makabren Geschichte mit dem lebendig begrabenen Soldaten — kurz, die Militärbehörde schickte John Guinn nicht mehr in die Hölle zurück, sondern zum Garnisonsdienst nach Fort Bragg. Die Überreste von Quinn Tichenor jedoch wurden nach Louisville überführt.

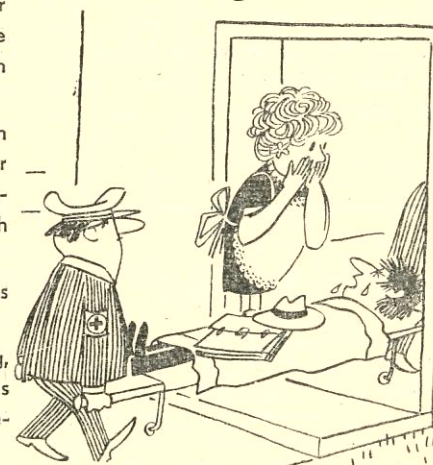
WESTDEUTSCHLAND

Wen vertreten sie?

Keine Woche vergeht, ohne daß eine Bonner Prominenz im Brustton der Überzeugung das Alleinvertretungsansinnen der Bundesrepublik an die große Glocke hängt. Mit einem Hochmut, der den übelsten Traditionen des deutschen Imperialismus entstammt, reflektiert man in Bonn auf diese Alleinvertretung. Daher auch die Weigerung, die DDR und die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen.

Wie sehr die Bonner Regierung sich auch darum bemüht, kann sie natürlich nicht die Deutschen vertreten, die in der DDR, ihrem eigenen Staat, leben. Mehr noch, die Bonner Machthaber mit

Tragisch



„Unser Elektronengehirn war kaputt, da mußten wir den ganzen Tag selber denken.“

Quick, Westdeutschland

ihren erstarrten Dogmen aus der Zeit des kalten Krieges vertreten nicht einmal die Bevölkerungsmehrheit Westdeutschlands. Davon zeugen die Ergebnisse einer Umfrage des Instituts für Meinungsforschung in Allensbach, die Anfang Dezember veröffentlicht wurden: 51 Prozent der befragten Westdeutschen sind dafür, daß Westdeutschland die DDR anerkennt, und 53 Prozent halten die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze für nötig. Somit distanzieren sich die meisten Bundesdeutschen vom Revanchekurs Bonns.

Kein Wunder, daß in Westdeutschland die Aktionen für eine realistischere Politik, für eine Abkehr von den den Frieden in Europa gefährdenden Ansprüchen Bonns mehrten. Ein wichtiges Ereignis war der Bundeskongreß der Jungsozialisten, der Anfang Dezember in Mainz tagte. Die Beschlüsse der Jugendorganisation der SPD waren für die Parteiführung eine unangenehme Überraschung. Entgegen der Haltung der SPD, die ja der „großen Koalition“ angehört, hat der Bundeskongreß verlangt, daß Westdeutschland das Alleinvertretungsansinnen aufgibt und die DDR als gleichberechtigten Partner anerkennt. Der Bundeskongreß hat sich ferner für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ausgesprochen.

LATEINAMERIKA

Eifrige Schüler

Im vorigen Heft schrieben wir über das geheimnisvolle Verschwinden der Fonds der „Allianz für den Fortschritt“ zur Finanzierung der OAS sowie der von Argentinien und Kostarika für die OAS bereitgestellten Riesensummen. *Ovaciones* (Mexiko) läßt durchblicken, daß diese Gelder in den Taschen von Beamten des Rates der Interamerikanischen Union verschwunden sind.

Die Gerüchte darüber waren so hartnäckig, daß von Washington eine Untersuchung in die Wege geleitet wurde. Damit wurde die Firma Price Waterhouse betraut. Die Annahme bestätigte sich, u. zw. so flagrant, daß der jetzige OAS-Generalsekretär José Mora sofort bekanntgab, die dafür verantwortlichen Beamten seien abgesetzt worden. Bei der Finanzrevision der Interamerikanischen Union ergab sich, daß diese nicht

einmal eine Bilanz des schon am 30. Juni abgelaufenen Finanzjahres aufgestellt hatte.

Kein Wunder auch, denn allem Anschein nach waren an den Unterschlagungen nicht nur die ihrer Posten enthobenen Señores José Salinas und Julio Cesar Banzas beteiligt. Es trat z. B. zutage, daß hohe Beamte der OAS sich an dem Spirituosen schmuggel nach Uruguay bereichert hatten.

In Washington ist man höchst gereizt darüber, daß die Interamerikanische Union sich vor aller Welt so bloßgestellt hat. Die Empörung der OAS-Gönner ist aber geheuchelt, denn die OAS-Gewaltigen sind eifrige Schüler und haben den amerikanischen Politikastern alles abgeguckt, darunter auch Korruption, Unterschlagung und Gangstermethoden.

SÜDKOREA

Die gleiche Sippe

Am 13. Dezember ging in Südkorea ein politischer Gerichtsprozeß zu Ende, der selbst für das in Südkorea herrschende Militär- und Polizeiterror-Regime ungewöhnlich ist: Ungefähr die Hälfte der 34 Angeklagten waren nämlich vom südkoreanischen Geheimdienst in einigen westlichen Ländern gekidnappt und gewaltsam nach Südkorea gebracht worden.

Siebzehn der Entführten waren im Juni d. J. in Westdeutschland und Westberlin gefaßt worden. Zu diesem Zweck waren aus Südkorea einige Dutzend Geheimagenten hingeschickt worden. Es liegt auf der Hand, daß eine so große Gruppe von Spionen ohne das Wissen der Bundesbehörden gar nicht hätte einreisen können. Als aber die westliche

Presse Alarm schlug, distanzierte man sich in Bonn prompt von den Aktionen des südkoreanischen Geheimdienstes und legte sogar in Südkorea Protest ein.

Dort versprach man, die Entführten zurückzuschicken. Von den 17 Personen wurden jedoch nur vier retourniert und elf auf die Anklagebank im Kreisgericht von Südkorea gesetzt.

Im Schnellverfahren wurden zwei Koreaner, darunter der Physiker Kyoo Mung Chung, der an der Frankfurter Universität tätig gewesen war, zum Tode und der weltbekannte Komponist Isang Yun, der in Westberlin lebte, sowie drei andere Angeklagte zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Allen wird Spionage zugunsten der Koreanischen Volksdemokratischen Republik zur Last gelegt. Die westdeutsche Presse schreibt jedoch, daß diese Anschuldigung absurd ist. Die einzige „Schuld“ der Angeklagten bestand nur darin, daß einige von ihnen in der Hauptstadt der DDR waren und sich offen gegen das Südkoreanische Marionettenregime ausgesprochen haben.

Wie reagierte die Bonner Regierung, die seinerzeit die Abberufung von drei in die Entführung verwickelten Beamten der südkoreanischen Botschaft in Bonn gefordert hatte, auf das Südkoreanische Urteil? Sie äußerte nur ihr „Bedauern“ und die „Hoffnung“, daß das Todesurteil nicht vollstreckt würde, womit sie zu verstehen gab, daß für sie der Fall erledigt sei.

Das war zu erwarten, denn die Bundesrepublik und Südkorea sind ja gute Freunde und Verbündete, besonders wenn es gilt, gegen die Kräfte der Demokratie und des Fortschritts vorzugehen.

Leserbriefe

FESTE FREUNDSCHAFT

Am 6. Dezember führte sich zum 50. Male die Ausrufung der Unabhängigkeit Finnlands; aus diesem Anlaß möchte ich hervorheben, wie sehr wir uns über die guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern freuen. Unsere Beziehungen zu Finnland sind das Muster einer Zusammenarbeit der Staaten mit unterschiedlichem sozialem System.

Fünfzig Jahre Unabhängigkeit... Die

sowjetischen Menschen gratulieren dem arbeitsamen finnischen Volk zu diesem Datum von ganzem Herzen und wünschen ihm aufrichtig neue Erfolge in seiner Entwicklung auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet.

Wir wünschen dem Jubilar natürlich auch den gleichen ewigen Frieden und nicht weniger Glück, als es im finnischen Epos „Kalevala“ beschrieben wird.

W. Kabakow
Lipezk, UdSSR

BEGEGNUNGEN IN ÜBERSEE

Das beste Gesamtbild vom New-Yorker Zentrum, von Manhattan, bekommt man von der Aussichtsfäche des 102geschossigen Empire State Building. Es wurde gegen Mitte der 30er Jahre gebaut und ist noch jetzt das höchste der Stadt. Die Aussicht ringsum ändert sich allerdings schnell.

ANTIWELTEN

Nach der Uptown, der oberen Stadt, hin wird der Horizont von Wolkenkratzern verdeckt, die in den letzten Jahren aufgeführt worden sind. Man möchte kaum glauben, daß das alles von Menschenhand geschaffen ist. Von Stahl- oder Kupferreifen umgürtet und mit rauchfarbenem Glas getäfelt, glitzern diese Häuserriesen an der Sonne, und in ihnen spiegeln sich die Nebenhäuser und der Himmel mit seinen Wolken. Zwischen den Kolossen ziehen sich schnurgerade Straßen in die Ferne, in denen die verschiedenfarbigen Bauklötzchen der Kraftwagen hin- und herflitzen. Auf der anderen Seite, nach der Downtown, der unteren Stadt, hin, ganz an der Spitze von Manhattan, die sich wie ein Bügeleisen auf den Atlantik vorschiebt, fallen ebenfalls glitzernde neue Wolkenkratzer ins Auge.

In den Neubauvierteln von New York wirken die Riesenbauten keineswegs niederdrückend wie auf der alten Wall Street, deren Namen gleichbedeutend mit dem Dollarimperium ist. Steht man, sagen wir, Ecke Park Avenue und einer der 50er Straßen, so hat man nach allen Seiten hin eine weite Aussicht. Dieser Effekt wird durch die Stufenform der Wolkenkratzer erzielt. Vom Gehsteig aus sieht man nur die 15—20 Stockwerke hohe erste Stufe. Weiter oben tritt das Haus gewissermaßen zurück und läßt den Himmel frei.

Die neuen Wolkenkratzer haben strenge Linien, sie sind geschmackvoll und originell ausgestaltet. In den verglasten Vorhallen wachsen manchmal ganze Haine von Apfelsinen- oder Magnolienbäumen, Palmen und Zierpflanzen. Winzige Grotten, Wasserfälle und Springbrunnen, die abends verschiedenfarbig angeleuchtet werden; ultramoderne Möbel, dicke Teppiche — das alles soll den Eindruck der Erlesenheit und des Reichtums erwecken. In der Tat, das New-Yorker Zentrum mit seinen strahlenden Schaufenstern und Lichtspielhäusern, mit dem fieberhaft

Valentin BERESHKOW

pulsierenden Leben, der tags und nachts flimmernden Lichtreklame und dem zur Schau gestellten Luxus des modernen Amerikas muß Eindruck machen.

Wirkt aber diese Orgie des Reichtums heute noch herausfordernder als früher, so erregen die Elendsviertel New Yorks noch mehr Entsetzen. Einmal, als ich in die Columbia University fuhr, stieg ich aus Versehen in einen falschen U-Bahnzug und bei der 116. Straße, wohin ich mußte, viel weiter östlich als die Universität wieder aus. Ich mußte ein großes Stück durch das Negergetto zu Fuß zurücklegen und war erschüttert. Kaum zu glauben, daß das auch New York ist und nur etwa 10 Minuten Fahrt von der glänzenden Fünften Avenue entfernt liegt. Ramponierte, einförmige Häuser aus rußigem rotem Backstein, rostige, verbogene Gitter der Feuerleitern, trübe Fenster mit ausgeschlagenen Scheiben, unglaublich schmutzige Gehsteige und holprige Fahrdämme.

Man braucht übrigens durchaus nicht die U-Bahn oder irgendein anderes Verkehrsmittel zu benutzen, um New Yorks Antiwelt zu erreichen. Man kann auch einfach die Fünfte hinuntergehen, um buchstäblich nach einigen Häuserblocks ins Reich der Armut zu geraten. Die Luxusviertel sind nur ein paar prächtige Inseln in dem grauen Meer der Riesenstadt. In den verwahrlosten Häusern wohnen nicht bloß Neger und Portorikaner, sondern auch die Nachkommen von Einwanderern aus Europa, die über das Weltmeer kamen, weil sie am Ufer der Hudsonbai das gelobte Land zu finden glaubten.

Was im heutigen New York noch auffällt, das sind die vielen Bettler. Vor einigen Jahren sah man dort Leute, die Bleistifte, Sicherheitsnadeln, Reißzwecken und anderen Kleinkram direkt auf dem Pflaster ausgebreitet hatten. Das war leicht getarnte Bettelei. So ein Mann genierte sich, geradeheraus zu betteln, und gab sich als Kleinhändler aus. Natürlich kaufte ihm niemand etwas ab, aber viele warfen ihm einfach ein paar Münzen zu. Heute sieht man nicht mehr diese angeblichen Kleinhändler, sondern Leute — oft Blinde —, die sich im Zentrum mit ausgestreckter

Hand durch die elegante Passantenmenge der Avenuen und Streets drängen. Die Blinden tragen Tafeln auf der Brust, auf denen steht: „Bin blind“ oder „Danke Sie Gott, daß Sie sehen können“. In der einen Hand halten sie die Leine des Blindenhundes, mit der anderen schütteln sie eine Konservenbüchse, in der ein paar Münzen klirren. Alle Augenblicke stößt man auf einen Krüppel, der auf dem Gehsteig liegt und seinen Arm- oder Beinstumpf zur Schau stellt. Es gibt noch eine Art von Bettlern: verhältnismäßig gut gekleidete Leute, die einen höflich ansprechen:

„Lieber Herr, ich habe seit zwei Tagen nichts gegessen. Könnten Sie mir nicht 10 Cent für eine Tasse Kaffee geben?“

Im reichsten Land der kapitalistischen Welt ist man von diesem Elend besonders erschüttert. Es verträgt sich nicht mit der weitverbreiteten Vorstellung von den materiellen Möglichkeiten, die Amerika bietet, noch auch mit dem vielgepriesenen hohen Lebensstandard der Amerikaner.

Der Magistrat hat überall große Schilder mit der Aufschrift ausgehängt: „Haltet New York rein!“ Vergebens. Die städtischen Angestellten selbst geben zu, daß New York noch nie so schmutzig war wie jetzt. Die Stadt hat zu wenig Straßenreiniger und Straßenreinigungswagen und -vorrichtungen. Warum? Kein Geld da. Selbst auf den Straßen der Luxusviertel liegen leere Konservendosen, Päckchen von Milch und Obstsaft, Zigarettenstummel, Lumpen und Zeitungsfetzen herum.

DIE SCHLEICHENDE INFLATION

Anfang November brachte die Zeitschrift *Time* eine graphische Darstellung der steigenden Lebenshaltungskosten in den USA. Sie zeigt, daß eine städtische Familie aus vier Personen im Jahre 1959 „bei mäßigen Verhältnissen“ 6000 Dollar jährlich ausgab, 1966 aber schon 9000 Dollar brauchte.

Übrigens läßt sich die Erscheinung, die man drüben eine schleichende Inflation nennt, leicht auch ohne Statistik feststellen. Noch vor einigen Jahren konnte man in einer Gaststätte für 2 Dollar anständig essen. Heute geht es unter 4 oder 5 Dollar nicht ab. Auch Eintrittskarten im Kino kosten fast doppelt soviel, 2 bis 3 Dollar. Für eine Fahrkarte auf der U-Bahn oder im Autobus muß man in einer Richtung 20 Cent zahlen. Einfaches Haarschneiden kostet einen Dollar. Die indirekten Steuern auf jeden Einkauf sind gestiegen. Kurz: Alles wird teurer. Auch der amerikanische Service, der so oft gelobt wird, ist wesentlich schlechter geworden. Man muß lange warten, bis einer der Verkäufer oder Kellner bemerkt, und wenn jemand seine Unzufrieden-

heit äußert, bekommt er die grobe Antwort:

„Ich hab' nur zwei Hände!“

Besonders verteuert haben sich die Mieten. In New York betragen sie für eine Zweizimmerwohnung mindestens 300 Dollar monatlich. In den Slums sind sie noch teurer. Das erklärt sich damit, daß die Bewohner, besonders die Neger, Portorikaner und anderen „Farbigen“, so gut wie keine Möglichkeit haben, selbst wenn sie Geld besitzen, in ein anderes Viertel umzuziehen.

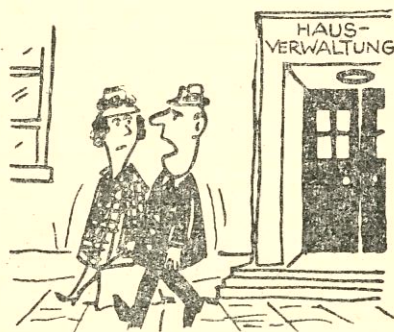
Einmal habe ich mir eine Fernsehdiskussion angehört und -gesehen. Es handelte sich darum, daß die Hausbesitzer in modernen Vierteln keine Wohnungen an Neger vermieten wollen. Ein Sprecher der Stadt verurteilte das und erklärte, daß laut New-Yorker Verfassung alle Einwohner, unabhängig von ihrer Hautfarbe, gleich sind. Da kam aus dem Saal ein Zwischenruf, auf der Bildwand erschien eine ältere Weiße und sagte:

„Vor kurzem bin ich in einen Neubau auf der Dritten Avenue gegangen und habe den Hausverwalter gefragt, ob Wohnungen zu vermieten sind. Er sagte ja. Da erklärte ich ihm, daß nicht ich, sondern eine bekannte Negerfamilie mieten wolle, worauf er antwortete, daß keine Wohnungen frei seien. ‚Sie haben doch eben das Gegenteil gesagt‘, wandte ich ein, aber er behauptete, ohne mit der Wimper zu zucken, ich hätte ihn falsch verstanden. So sieht das aus.“

IM REICH DER HIPPIES

New York hat eine neue Sehenswürdigkeit, die Hippies. Diese jungen Menschen treiben sich gern in dem Bezirk Greenwich Village in der Downtown

In der „freien Welt“



„Siehst du, wir zahlen dieselbe Miete wie zuvor, nur nicht alle zwei Wochen, sondern jede Woche.“

Eccles, Morning Star, London

herum, der etwas dem Pariser Montmartre ähnelt. Die Jungen und Mädels sind von Hause fortgegangen, faulenzen und schlagen sich irgendwie mit Gelegenheitsarbeit durch. Sie weigern sich hartnäckig, eine geregelte Arbeit anzunehmen. Daher wohl ihr Spitzname — viele glauben, das Wort Hippy komme von einem amerikanischen Slangwort, das etwa Sorglosigkeit bedeutet.

Die Kleidung der Hippies ist phantastisch: Lederjacken, Schafpelze mit dem Fell nach außen, hohe Soldatenstiefel, ja sogar alte deutsche Stahlhelme. Die Hippies tragen das Haar lang, so daß man zuweilen Junge und Mädchen nicht unterscheiden kann. Im warmen New-Yorker Herbst liegen sie stundenlang in den Anlagen auf dem Rasen oder manchmal auch auf dem Gehsteig und stieren Löcher in die Luft. Einer klimpert auf einem Banjo oder auf einer Gitarre, ein anderer summt etwas vor sich hin.

Über diese jungen Menschen erzählt man sich alles mögliche. So wird behauptet, daß die Hippies bis ins Mark verdorben seien. Andere betrachten sie als Opfer von Rauschgiften, wieder andere meinen, daß sie zur Unterwelt gehören. Dabei finden sich unter den Hunderttausenden von Hippies ganz verschiedene Leute. In ihrer Welt kommen auch Raubüberfälle und geheimnisvolle Morde, Ausbrüche einer sinnlosen Grausamkeit und Perversitäten vor. Manche, besonders jene Spielart der Hippies, die als Verkehrsmittel nur Krafträder anerkennen, bilden ganze Banden, ziehen durchs Land und terrorisieren Siedlungen und kleine Städte.

Im großen und ganzen aber scheint die Bewegung der Hippies Ausdruck einer Art von Protest der Jugend gegen die amerikanische Wirklichkeit, gegen die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems und die grauenhaften sozialen Kontraste der USA zu sein. Es ist wohl der Drang, sich aufzulehnen, der viele Jungen und Mädchen, auch solche aus reichen Häusern, dazu veranlaßt, auf irdische Güter zu verzichten und ein Vagabundenleben zu führen. Einzelne Hippygruppen geben eigene Nachrichtenblätter heraus. Jetzt ist eine Bühnentruppe der Hippies geplant. Viele Amerikaner sind der Meinung, daß die Bewegung schließlich doch etwas für sich hat.

„In Rußland hat es vor der Revolution wohl etwas Ähnliches gegeben“, sagte mir ein namhafter amerikanischer Soziologe. „Junge Leute aus reichen Familien verließen aus Protest ihr Vaterhaus. Sie wollten kein Wohlleben führen, während Millionen ihrer Landsleute in erschreckendem Elend dahinvegetierten. Manche dieser Leute wurden bei Ihnen Nihilisten genannt. Andere haben den Weg zur Revolution und zu den sozialistischen Ideen gefunden.“

den. Was jetzt in den USA vorgeht, ist etwas Ähnliches. Es besteht aber auch ein Unterschied: Die jungen Amerikaner haben kein positives Programm. Sie lehnen alles ab und sehen keinen Ausweg aus der Lage, in der sich das Land befindet. Sie protestieren gegen die herrschende Ungerechtigkeit und gegen den Krieg, sie weigern sich, im Heer zu dienen. Instinktiv hassen sie das Wohlleben der begüterten Klassen. Und vergessen wir nicht: Viele von ihnen nehmen sehr aktiv an den Antikriegskundgebungen teil.“

POLITISCHE DISKUSSIONEN

Ziemlich weit verbreitet ist die Meinung, daß das Gros der Amerikaner apolitisch sei. Wer das sagt, hat die Dinge schon immer zu einfach gesehen, und heute ist die Behauptung noch weiter von der Wahrheit entfernt. Wo ich in den USA auch war, überall wuchs sich das Gespräch schließlich zu einer politischen Diskussion aus. Zur stärkeren politischen Aktivität der Amerikaner hat vielfach der Vietnamkrieg beigetragen.

Er übt auf die ganze Atmosphäre in den USA sehr starken Einfluß aus. McNamaras Rücktritt ist ein Zeichen dafür, wie ernst die Gegensätze selbst im herrschenden Lager sind. Die meisten Amerikaner bringen alles Mißgeschick im Land mit diesem Krieg in Zusammenhang. Wenn man auf die furchtbaren Slums zu sprechen kommt, die sich in der Nachbarschaft übermäßig luxuriöser Viertel befinden, oder auf die Notstandsgebiete, die die USA trotz ihres Reichtums nicht aus ihrer Notlage erlösen können, oder aber auf die verschmutzten Städte und die himmelschreiende soziale Ungleichheit, so bekommt man gewöhnlich zu hören, daß an allem der Vietnamkrieg schuld sei.

Ich hatte keinen einzigen Gesprächspartner, auch unter Leuten, die sich mit internationalen Angelegenheiten befassen, der den Krieg der USA in Vietnam nicht irgendwie verurteilt hätte. Manche sprechen offen darüber und bekennen sich zu ihrem Standpunkt durch Teilnahme an Massenkundgebungen gegen den Krieg. Andere, nämlich solche, die fürchten, als „unverantwortliche Elemente“ verschrien zu werden, äußern sich mit allerlei Vorbehalten. Auch das läßt auf das heutige politische Klima in den USA schließen. Fragt man einen „verantwortlichen“ Amerikaner, wie er zur Vietnamfrage steht, so antwortet er mit der Gegenfrage:

„Wollen Sie sich etwa, wenn Sie schreiben, auf mich berufen?“

Wenn ich ihm versichert habe, daß ich ihn nicht erwähnen werde, dann sagt er gewöhnlich, daß er mit der Vietnampolitik der Regierung nicht ein-

verstanden ist. Diese Antwort ist heute in den USA schon stereotyp. Ein amerikanischer Forscher, dessen Fach die internationalen Beziehungen sind, sagte mir:

„Wir sind da in eine furchterliche Geschichte hineingeraten. Der grausame Krieg gegen ein kleines asiatisches Volk, den wir mit modernsten Vernichtungsmitteln führen, bringt die USA in der ganzen Welt in Verruf. Jeder Amerikaner, der sich darüber Gedanken macht, was vorgeht, muß sich schämen, daß sich sein Land auf so eine schmutzige Sache eingelassen hat.“

Der schändliche Krieg in Vietnam wirkt sich auch auf den Wahlkampf aus, der in den USA anläuft. Bis zu den neuen Präsidentenwahlen ist es kaum ein Jahr hin, und die ersten Wahlkämpfe haben schon begonnen. Dabei ist noch immer nicht klar, wen die Republikaner gegen Johnson aufstellen werden.

Auch über die Chancen des Präsidenten auf eine Wiederwahl ist man sich nicht einig. Manche glauben, Johnson werde sich durch eine Geste zur Regelung der Vietnamfrage halten können, weil sie ihm Stimmen einbringen würde. Andere wieder sagen, vom jetzigen Präsidenten sei nichts Greifbares zu erwarten; selbst wenn er einen „friedliebenden“ Schritt täte, wäre das wahrscheinlich nur ein Wahlmanöver. Solche Leute prophezeien Johnson eine Niederlage und verurteilen ihn entschieden dafür, daß er seine Wahlversprechungen von 1964 nicht gehalten hat.

Ein leitender Angestellter der Zeitschrift Newsweek sagte mir folgendes:

„Voriges Mal habe ich für Johnson gestimmt, und überhaupt war unsere Familie schon immer für die Demokratische Partei. Wenn der republikanische Kandidat aber fest verspricht, dem Krieg ein Ende zu machen, dann wähle ich republikanisch und bin überzeugt, daß es viele andere Amerikaner, die früher demokratisch wählten, auch so machen werden.“

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Republikaner eine reale Chance haben werden. Um sie zu haben, müssen sie aber einen Kandidaten aufstellen, der den Wählern ein konkretes Programm für eine friedliche Bereinigung der Vietnamfrage zu bieten hat. Das ist jetzt die Hauptsache.

Die Unzufriedenheit mit der heutigen Politik des Weißen Hauses zeigt sich in ganz verschiedener Form. Sie kommt bei Fernsehdiskussionen, in Zeitungen und Zeitschriften zum Durchbruch. Meinungsforschungen ergeben, daß das Ansehen Präsident Johnsons abnimmt. Nach Angaben des Gallup-Instituts wird Johnsons Vietnampolitik jetzt von etwa 57 Prozent der befragten Amerikaner verurteilt.

GEDENKEN AN JOHN KENNEDY

Der Washingtoner Arlington-Friedhof gehört zweifellos zu den größten Sehenswürdigkeiten der Bundeshauptstadt. Er liegt auf einem großen hügeligen Gelände, über das in allen Richtungen ausgezeichnete Autostraßen führen, und am Sonntag gehen die Washingtoner dort gern spazieren. Man kommt mit Familie, läßt den Wagen am Chausseerand stehen, spaziert unter den großen Eichen, sieht der Ablösung der Wache am Grab des Unbekannten Soldaten zu und erfreut sich an der Aussicht auf die Stadt.

Unweit des Grabes des Unbekannten Soldaten ist Präsident John Kennedy beigesetzt. In eine schlichte Granitplatte sind sein Name und sein Geburts- und Todesdatum eingemeißelt. Etwas weiter ab erhebt sich ein kleines granitnes Amphitheater, an dessen senkrechtem Rand die Worte des ermordeten Präsidenten darüber zu lesen sind, wie wichtig der Frieden für den Fortschritt der USA und der ganzen Menschheit ist.

Das Grab liegt so, daß sich, wenn man eine Gerade davon zur Kuppel des Kapitols zieht, auf dieser Linie das Lincoln-Mausoleum und das Denkmal des ersten Präsidenten der USA, Washingtons, befinden. So hat sich John Kennedy nach seinem tragischen Tod unter die großen Präsidenten Amerikas eingereiht.

Steht man hier, auf dem grünen Hügel des Arlington-Friedhofes, und sieht, wie Menschen in ehrfürchtigem Schweigen an John Kennedys Grab vorbeiziehen, so empfindet man deutlich, daß sein Name heute in den USA fast Legende ist.

In den Schaufenstern vieler New-Yorker und Washingtoner Buchhandlungen sind Bilder des toten Präsidenten und seiner Familie ausgestellt. Über John Kennedy spricht man voll Wärme und Sympathie. Für viele Amerikaner ist Kennedy das Symbol jenes anderen Amerikas, das sie erträumen. Dieses Gefühl gilt auch seiner Familie. Obwohl jetzt im Weißen Haus eine andere „erste Lady Amerikas“ — die Gattin Präsident Johnsons — residiert, sieht man dort doch viele Bilder von Jacqueline, der Witwe John Kennedys. Man muß gesehen haben, wie aufgeregt die Amerikaner waren, als im vergangenen Herbst das Gerücht aufkam, daß Jacqueline den ehemaligen englischen Botschafter in Washington Ormsby Gore, den jetzigen Lord Harlech, heirate. Jacquelines Privatsekretär und der Lord selbst beeilten sich, das zu widerrufen, um die Verehrer John Kennedys zu beruhigen.

Kein Amerikaner wagt es wohl, sich auszumalen, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn der verhängnisvolle Schuß in Dallas nicht gefallen wäre. Aber viele meinen, daß die Politik der

USA dann anders aussähe, daß Präsident Kennedy wahrscheinlich nicht zugelassen hätte, daß das Land so tief in den schmutzigen Krieg gegen das vietnamesische Volk verstrickt wird, und daß die internationale Lage nicht so gespannt wäre.

DIE AMERIKANER UND WIR

Zum ersten Male war ich 1944, also noch während des Krieges, in den USA. Danach hat es mich jedesmal interessiert festzustellen, wie sich das Verhalten der Amerikaner zu unserem Land und unserem Volk mit der Zeit ändert. 1944 waren die Sowjetunion und die USA Verbündete im Krieg gegen einen gemeinsamen Feind. Beide gehörten zur antifaschistischen Koalition, und unsere Staatsscheffe hatten ständig Kontakt miteinander. Auch in anderen Bereichen entwickelte sich eine Zusammenarbeit. Aber auch damals hatten die Amerikaner in ihrer Masse die unglaublichen Vorstellungen von der Sowjetunion, nicht ohne Dazutun der sowjetfeindlichen Propaganda, die sich in den 20er und 30er Jahren gehörig angestrengt hatte. Auf Plakaten aus der Kriegszeit, die ich 1944 auf den Straßen amerikanischer Städte sah, waren sowjetische Menschen als bärtige Mushiks in wehenden roten Hemden und Schaffstiefeln mit Querspalten dargestellt. So ein Kerl hieb mit einem Riesenknüppel auf die Nazis ein.

Als ich gegen Mitte der 50er Jahre in den USA war, herrschte dort die Atmosphäre des kalten Krieges. Zur Zeit des McCarthyismus wurden dem amerikanischen Volk wüste Vorstellungen von der Sowjetunion eingeblut. In reaktionären Zeitungen und Zeitschriften stellte man den sowjetischen Menschen nie anders denn als Räuber mit einem Dolch zwischen den Zähnen dar, und in den USA gingen viele Gerüchte über die angebliche Rückständigkeit der Sowjetunion und ihre Unfähigkeit um, in Wissenschaft und Wirtschaft Fortschritte zu machen.

Jetzt ist das völlig anders. In Amerika kennt jeder die großartigen Leistungen der Sowjetunion vor allem in der Entwicklung der Atomenergie, der Raketentechnik und der Raumforschung. Jeder ist sich darüber klar, daß diese Leistungen auf der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik, auf der Meisterschaft der sowjetischen Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter beruhen. Jetzt käme keiner mehr auf den Gedanken, den sowjetischen Menschen als bärtigen Mushik mit dem Knüppel darzustellen. Die sowjetfeindliche Propaganda ist in den letzten Jahren raffiniert geworden. Sie leugnet die Leistungen der Sowjetunion nicht, behauptet aber, das alles sei die Frucht einer Zwangsarbeit, die sowjetischen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen täten ihre Arbeit nur gezwungenermaßen,

Deshalb sind in den USA noch heute vielerlei widersinnige Vorstellungen über die sowjetische Lebensweise verbreitet.

Indessen stößt man allenthalben auf Interesse für alles, was in unserem Lande vorgeht. Das zeigte sich besonders im vergangenen Herbst im Zusammenhang mit dem denkwürdigen 50jährigen Jubiläum der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

In den Buchhandlungen waren Unmengen von Büchern über die Sowjetunion ausgestellt, darunter auch ziemlich viele gegen uns, Bücher mit allerlei Verleumdungen. Aber schon die Tatsache, daß sich jeder Buchhändler ein gutes Geschäft davon verspricht, an auffallendster Stelle Schriften auszustellen, die so oder anders ein sowjetisches Thema haben, ist aufschlußreich genug.

Die Amerikaner wollen wissen, was bei uns in den 50 Jahren geschafft worden ist und wie das Sowjetvolk solche Erfolge erzielt hat. Nicht umsonst haben sich deshalb viele „solide“ Periodika veranlaßt gesehen, Aufsatzfolgen zu bringen oder zum Jubiläum der Sowjetmacht gar in Sonderausgaben zu erscheinen.

Es versteht sich wohl von selbst, daß diese bürgerlichen und im Grunde reaktionären Periodika die Lage in unserem Land keineswegs von einem freundschaftlichen Standpunkt aus schildern. Manche Ausgaben wimmeln von allerlei Gerüchten, Klatschereien und zweifelhaften Witzen oder puren Flausen. Und doch bietet man den Lesern mit dieser unter amerikanischen Verhältnissen unerlässlichen „Würze“ eine vielleicht nie dagewesene Gelegenheit, viele Tatsachen über verschiedene Lebensbereiche des Sowjetvolkes kennenzulernen. Unter anderem enthalten die Artikel viel Wahres und Anerkennendes über die sowjetische Raumfahrtwissenschaft und -technik, über das Gesundheits- und Bildungswesen, über Architektur, Sport und Ballett, über die Möglichkeiten, die die Oktoberrevolution den sowjetischen Frauen geboten hat, ganz besonders in den früher so rückständigen Randgebieten des zaristischen Rußlands. Die Illustrierten enthalten ansprechende Fotos, auf denen die Amerikaner lebensfrohe, wißbegierige sowjetische Menschen sehen, die die

Freude freier Arbeit kennengelernt haben. Das alles zeigt dem amerikanischen Leser eine ihm bisher unbekannte Welt und gibt ihm Aufschluß über die sowjetische Lebensweise, von der er eine sehr vage, wenn nicht sogar falsche Vorstellung hatte.

Der bekannte amerikanische Kommentator Drew Pearson schrieb am 7. November in der *New York Post*, die sowjetfeindliche Propaganda, die in den USA jahrzehntelang getrieben wurde, habe in gewissen Kreisen Amerikas Argwohn gegen alles Sowjetische geweckt. Pearson fährt fort: „Dieser Argwohn ist so lange genährt worden und sitzt so tief, daß, als ich vorigen Monat in den beiden Dakotas war, manche Leute Mißtrauen zu Artikeln in der *New York Times*, im *Life* und *Look* äußerten, in denen die sowjetischen Leistungen aus den 50 Jahren zusammengefaßt waren. Sie glaubten, das sei sowjetische Propaganda.“

In New York habe ich mich mit vielen Amerikanern und auch mit Vertretern einiger zur UNO gehörender Staaten unterhalten, die freundschaftlich zu uns stehen und das Leben im Sowjetland besser kennenlernen wollen. Bemerkenswert ist, daß alle ihren Eindruck von den Artikeln über die Sowjetunion, die im vergangenen Herbst in der „soliden“ amerikanischen Presse erschienen, etwa folgendermaßen geschildert haben:

Die Versuche gewisser Autoren, die Lage in der Sowjetunion falsch darzu-

stellen und Mißtrauen gegen sie zu wecken, müßten natürlich entschieden abgelehnt werden. So etwas sei man allerdings gewöhnt. Daß aber jetzt neben allerlei Ungereimtheiten Artikel erschienen, die eine Menge Tatsachen enthielten, von denen in so vielgelesenen amerikanischen Publikationen bisher keine Rede war, sei anerkennenswert. Aus diesen Artikeln hätten sie selbst viel Wissenswertes über das Leben der Sowjetvölker erfahren. Das trage vielleicht entgegen dem Willen der Herausgeber dazu bei, daß die Leser in den USA die sowjetische Wirklichkeit jetzt besser verstünden.

Sehr gern werden in den USA Bücher gelesen, die in fortschrittlichen Verlagsanstalten erscheinen. Ich meine u. a. die eben erst in New York erschienene Neuauflage der „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ von John Reed. Das Buch ist ein Nachdruck der amerikanischen Erstausgabe von März 1919. Der Band enthält ein Vorwort an den Leser, das Lenin Ende 1919 schrieb und das erstmalig in einer amerikanischen Ausgabe von 1922 erschien. Der Verlag International Publishers hat ein Buch von William Pomeroy mit dem Titel „Ein halbes Jahrhundert Sozialismus. Sowjetisches Leben in den 60er Jahren“ herausgebracht. Dieses und einige andere Bücher haben großen Erkenntniswert, sie klären den Leser über den Weg auf, den das Sowjetvolk zurückgelegt hat, über die heutige Lage in der Sowjetunion und über ihre Politik.

In den ersten Jahren der Sowjetmacht goß die reaktionäre amerikanische Presse eine wahre Sturzflut von Lügen und Verleumdungen über den jungen sozialistischen Staat aus. Die Zeitschrift *The New Republic* spottete im November 1919 über diese anrüchliche Methode, sie schrieb: „Ist unser Argument gegen die Bolschewiken denn so schwach, daß es mit Lügen gestützt werden muß?“

Seitdem ist fast ein halbes Jahrhundert vergangen, aber leider muß man das heute noch von gewissen Sachverständigen für Antisowjetismus sagen.

Wie wir jedoch sehen, haben diese Herrschaften einen immer schwereren Stand, je mehr welterschütternde Erfolge das Sowjetland und die anderen sozialistischen Staaten erzielen.

Tunis, sonst eine helle, saubere Stadt, über der wie dünne Kerzen Minarette aufragen, besteht in seinen Randvierteln aus staubigen Straßen, die der Regen aufweicht und die von dicht nebeneinander gebauten elenden Häusern gesäumt sind.

Das sind die sogenannten Goubivilles, Viertel unlängst seßhaft gewordener Nomaden. In ihnen wohnen Leute aus verschiedenen Landesgebieten, die keinen Grund und Boden hatten und vor der Not in die Stadt geflohen sind, weil sie hofften, irgendeine Arbeit zu finden. Zum großen Teil sind das Bauern aus der Landesmitte und dem Süden.

Die Regierung tut nicht wenig dafür, die schwere Hinterlassenschaft des Kolonialismus auszumerzen. Doch die schwierigen Wirtschaftsprobleme machen sich in Tunesien allenthalben fühlbar, sowohl im grünen Norden, wo zwischen Hügeln mit Weizen bestellte Ebenen liegen, als auch auf den Agrumenplantagen, ja sogar in dem gedeihenden Sfax, einer Stadt der Olivenhaine und Ölmühlen, wo die einheimischen Bourgeois noch unter der Kolonialherrschaft reich wurden und wo sie sich jetzt Luxusvillen in pseudoarabischem Stil bauen.

Dort aber kann man sich die Schwierigkeiten, die der Süden durchmacht, überhaupt nicht vorstellen. Die tunesischen Zeitungen schreiben andauernd über sie. Von den Bewohnern des Südens spricht man mit besonderer Hochachtung. Im Süden haben die berühmten Fellaga gegen die Kolonialisten gekämpft. Und doch ist das eins der ärmsten Gebiete Tunesiens. Es hat am schwersten unter der Kolonialherrschaft gelitten.

Nach Süden

Wir — sowjetische Studenten — fahren mit Kollegen von der Universität Tunis nach den Südgebieten des Landes.

Menschenleere Landschaften von einer düsteren Schönheit ziehen an uns vorbei. Endlose steinige Ebenen wechseln mit grauen Sandstrecken oder unwirtlichen, flachen Salzsumpfen ab. Nur hier und da sieht man eine kleine Herde oder eine einsame Lehmhütte.

Die Menschenleere ist aber trügerisch. Es heißt, daß die Gegend sogar überbevölkert sei, da hier viele keine Existenz finden könnten. Während der letzten 30 Jahre hat sich die Bevölkerung mehr als verdoppelt. Die Ernteerträge sind jedoch genau wie an der Jahrhundertwende oder sogar noch geringer.

Einst sah es da anders aus, dehnten sich Felder und Olivenhaine, gab es große Städte. Hier sind manche der Ansicht, daß die Araber, „wüste Barbaren“, die im 7. Jahrhundert das Gebiet eroberten, die uralte Ackerbauzivilisation vernichtet hätten und an der Verödung schuld seien. Forscher haben

IM SÜDEN TUNESIENS

Maria WIDJASSOWA

jedoch nachgewiesen, daß die großen Bewässerungsanlagen und Wasserbehälter, die in der tunesischen Steppe überall anzutreffen sind, nicht nur aus der Zeit der Römer und der Byzantiner stammen, sondern auch aus der ersten Zeit der arabischen Eroberung, die bis zum 11. Jahrhundert gerechnet wird, bis zum Zerfall des Zeiridenstaates, der dort bestand, wo das heutige Tunesien liegt. Zum Abschluß kam sein Zerfall durch die Invasion der Nomadenstämme Beni Hilal. Die Bevölkerung floh, und in den tunesischen Steppen lebten von nun an wieder Nomaden. Der Sand verschüttete die Wasserreservoirs; die Mauern der römischen Tempel und der byzantinischen Basiliken wurden auseinandergenommen und ihre Steine zum Bau primitiver Hütten benutzt.

Die Beduinen führten ein rauhes, karges Leben. Sie hatten das Allernotwendigste bis Ende des 19. Jahrhunderts, als Tunesien französisches Protektorat wurde. Die europäischen Kolonialherren interessierten sich nicht für die dünnen Gebiete im Süden und in der Landesmitte. Sie rissen die fruchtbaren Landstriche im Norden an sich, was für die Bewohner der südlichen Steppen tragische Folgen hatte.

Vorher pflügten die Beduinen zur Erntezeit nach Norden zu gehen und für ein Zehntel des Ertrags auf den Feldern zu arbeiten. Sie brachten ihre Herden mit, die in den dünnen Steppen keine Nahrung mehr fanden, und ließen sie auf der Brache weiden. Schon zu Anfang dieses Jahrhunderts verschwanden die Viehweiden im Norden fast ganz, und die massenhafte Einführung von Landmaschinen auf den Anwesen der französischen Kolonisten machte Saisonarbeit überflüssig.

Nun hatten die Nomaden kein Getreide mehr. In trockenen Jahren fiel das Vieh. Im Jahre 1960 sank der Viehbestand im Norden der Steppenzonen von anderthalb Millionen auf 750 000. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung verlor alles, was sie hatte.

Wir fuhren fast den ganzen Tag durch Steppe. Ein einziges Mal trafen wir ein paar müde Leute, die beladene Lastesel und ein kleines weißes Kamel führten. Die Männer hatten graue, im Wind flatternde knöchellange Hemden an. Die Frauen waren selbst in ihrer alten, abge-

wetzten Kleidung sehr schön. In der Steppe tragen sie keinen Schleier. Die dunkelroten Kleider ähneln denen der Zigeunerinnen. An der Brust werden die Kleider von einer hausgemachten Silberspange zusammengehalten. Die Frauen tragen unwahrscheinlich große Ohrringe.

Das ist ein wortkarger Menschen-schlag. Er mag die lauten Touristen nicht, die aus den Autobussen steigen, um „echte Beduinen“ zu knipsen.

Mit uns aber haben sie gesprochen, und wir haben erfahren, daß sie in einem Dörfchen wohnen und Viehzüchter sind. Die Männer sind zum Teil in der Steppe mit den Herden unterwegs. Andere sind auf Arbeit in die Stadt gegangen. In den letzten Jahren hat die Not die Dörfler gezwungen, auch Getreide anzubauen, aber der dürre Boden trägt wenig, nur zwei Dezitonnen je Hektar.

In der Gabès-Oase

Zwischen den Steppen und der Sahara, die fast die Hälfte Tunesiens einnimmt, liegt als Streifen am Meer die große Gabès-Oase.

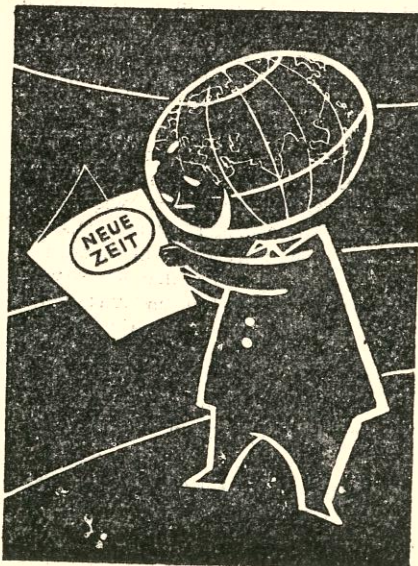
Im Zentrum ist das eine ziemlich unansehnliche Stadt aus ebenerdigen Häusern. Das halbe Hundert Besitzer altmodischer Kutschen mit museumsreifen Laternen lebt von den vielen Touristen, die herkommen, um einen Abend in dem von einheimischen Reichen gebauten Hotel zu verbringen und sich unter Palmen auf Fotos verewigen zu lassen. Der Kutscher sitzt auf hohem Bock, und das Pferd trabt gemächlich die gerade Straße entlang, die durch den Palmenwald gelegt ist.

Unter dem Fächerdach der Palmen bilden die Obstbäume gewissermaßen noch eine Etage. Ganz unten sind Gemüsebeete und manchmal winzige Weizenfelder. Da das Meer sehr nahe ist, gedeihen dort keine guten Dattelsorten. Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Oase ist der Anbau von Gemüse und Tabak.

Die kleinen „Besitzungen“ sind von sauberen Zäunen aus trockenem Gras abgegrenzt, das unserem Riedgras ähnelt. Die Einkünfte der Bauern sind verschwindend gering, denn 96,3 Prozent von ihnen haben nicht einmal einen Hektar Land. Ein Viertel der Oase gehört einem Häuflein von Grundbesitzern, die, wie man uns erzählte, zum großen Teil „abwesend“ sind. Sie sind Städter, Kaufleute oder Beamte, deren Grund und Boden von Teilpächtern — den Khamès — bestellt wird.

Djerid, die Datteloase

In Tunesien werden Datteln hauptsächlich in der großen Djerid-Oase gepflanzt. Dort wachsen rund anderthalb Millionen Dattelpalmen. Eigentlich ist



Djerid der Sammelname für mehrere Oasen der tunesischen Sahara (Nefta, Tozeur und El-Oudiane), die rund 40 000 Bewohner haben.

Außer den üblichen Dattelsorten, die von alters her die wichtigste Nahrung der Bewohner des Südens bilden, werden hier auch die zarten, glasigen Deglat-en-nour-Datteln (Lichtfinger) geerntet, die in Europa gefragt und ein wichtiger Exportartikel sind.

Nach den unfreundlichen, augenlosen Häusern, die man überall im Süden sieht, überrascht das Zentrum der Djerid-Oase, die Stadt Tozeur, durch ihre Schönheit.

Das ist eine uralte Stadt. Einst rühmte sich Djerid seines Reichtums. Hier kamen aus dem Inneren Afrikas durch die Sahara Karawanen an. Die Oase war ein Umschlagsplatz im Handel zwischen der Wüste und dem Küstengebiet. Besonders einträglich war der Handel mit schwarzen Sklaven aus dem Sudan. Viele Gewerbe entstanden und lieferten ihre Erzeugnisse an die Nomadenstämme.

Im 19. Jahrhundert verschwanden die Karawanenstraßen, und die europäische Konkurrenz bewirkte, daß die Gewerbe eingingen. Von ihnen zeugen nur noch Straßennamen wie Schmiede-, Zisleur- und Weberstraße. Selbst den einheimischen Handel rissen die unternehmenden Kaufleute von Sfax an sich. Die rasch wachsende Bevölkerung hatte bald keine anderen Existenzmittel mehr als die Dattelpalmen.

Die Stadt geriet in Verfall. Die Obergeschosse der alten Häuser, die nunmehr überflüssig waren, wurden eingestürzt. In den einst so belebten Geschäftsvierteln, wo sich eine bunt zusammengewürfelte Menge drängte, sieht man nur noch ein paar fast leere winzige Läden. In einem solchen Laden saß ein älterer Mann, ein hohes Fes mit Troddel auf dem Kopf, vor einem Tintenfaß. Das war ein Schreiber, heute in Tunesien schon eine Seltenheit.

Einst wurden in Tozeur hervorragende Wollstoffe in großen Mengen angefertigt. Nomaden aus dem Süden kauften sie für Goldstaub. Das ist eins der wenigen Gewerbe, die es heute in der Stadt noch gibt.

Wir traten in einen Laden, in dem Jallabiyahs — weite weiße Gewänder aus Wolle mit Seidenbeimischung — ausgebreitet lagen. Der Inhaber erzählte uns, daß der leichte, feine Stoff von Frauen gewebt wird. Um ein solches Gewand anzufertigen, müssen sie 20 Tage am Handwebstuhl sitzen, verdienen aber wenig: Der Stoff kostet 4 Dinar und das Gewand nur 6 Dinar (1 Dinar = 1,73 Rubel). Die Jallabiyahs werden aber nicht gern gekauft, denn die Leute, besonders die jungen, kleiden sich lieber europäisch.

Die Oase um die Stadt, die wir am anderen Morgen aufsuchten, sieht in

vieler Hinsicht noch genau so aus, wie sie in mittelalterlichen Büchern beschrieben ist. Immer noch befinden sich neben den Plantagen der Feudalherren, denen Tausende von Palmen gehören, winzige Anwesen, jedes mit etwa einem Dutzend Palmen. Ein Drittel der Tozeur-Oase gehört 60 Familien. Überall sieht man die hageren Gestalten der Khamès, die Tag und Nacht auf fremdem Boden arbeiten. Ihr Gerät besteht wie in alten Zeiten aus Spaten, Spitzhacke und den eigenen Händen.

Als schmaler, murmelnder Bach, als Seguia, fließt Wasser auf die Parzellen. Es ist hier der größte Reichtum. Wasser ist Ware, es wird vererbt und geraubt. Wir hörten, daß es 10 000 Methoden gibt, Wasser zu stehlen. Beispielsweise kann man ein Loch in die Holzrinne bohren, so daß es reichlicher auf eine seitlich liegende Parzelle fließt. Übrigens kann man das einfach auch dadurch erreichen, daß man an einer Gabelung des Baches einen Zweig ins Wasser wirft.

Die Wasserverteilung wird nach uralten Gesetzen gehandhabt, die noch auf den Beginn unserer Zeitrechnung zurückgehen. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich die Feudalherren die Quellen angeeignet. Heute wird manchen Palmenhainen einige Stunden täglich Wasser zugeleitet, andere bekommen nur wenig oder gar keins. Eine Untersuchung von 1962 hat ergeben, daß 83 Prozent der Fläche von Djerid unzulänglich bewässert sind. Andererseits hat eine einzige Familie in Tozeur den siebenten Teil des vorhandenen Wassers an sich gebracht.

Wir waren auch im alten Teil der Oase, der Steingärten genannt wird. Einst war er durch Steinmauern geteilt. Hier kamen wir mit einem dunkelhäutigen älteren Mann in abgetragener Jallabiyah ins Gespräch. Er war ein Khamès und bearbeitete 350 Palmen. Er hat aber 30 Arbeitgeber, denen die Palmen gehören. In Djerid ist es etwas Alltägliches, daß ein winziges Stückchen Erde oder gar eine einzige Palme mehrere Besitzer hat. Die Hälfte aller Familien hat überhaupt keinen Grundbesitz. Der Mann erzählte uns, daß im vorigen Jahr die Witterungsverhältnisse für die Palmen besonders günstig waren und daß er zusammen mit seinem Sohn, der eine andere Anpflanzung bearbeitet, 95 Dinar verdient hat. In schlechten Jahren verdient er viel weniger.

Aber die Khamès sind noch nicht die ärmsten Leute in der Oase. Etwa ein Viertel ihrer Bevölkerung hat weder Grund und Boden noch Arbeit. Manchmal haben diese Leute, was sich so Glück nennt: Ein Khamès schafft seine Arbeit nicht und nimmt sich einen Gehilfen, einen Khamessi, dem er bis zu zwei Fünfteln seines Ertrags abgibt,

oder einen Tagelöhner, einen Saoueb, der am nächsten Tag schon wieder nichts zu beißen und zu brechen hat.

In Djerid trägt eine Palme nur 20 Kilo Datteln im Jahr. Auf einer bei Tozeur gelegenen Pflanzung aber, wo modern gewirtschaftet wird, macht der Ertrag 50 Kilogramm aus.

Früher gehörte die Pflanzung einem französischen Kolonisten. Heute wird sie von der halbstaatlichen Gesellschaft STIL bewirtschaftet. Hier stehen auf dem Hektar nicht 300 Palmen wie in Djerid, sondern nur 196. Sonst wird auf der Pflanzung nichts angebaut. Die starken, hohen Bäume stehen in Reih und Glied auf grünem Rasen. Kleine Besitzer können sich so etwas nicht leisten, sie müssen außerdem Obstbäume und Gemüse pflanzen, die den Palmen den Saft wegnehmen, aber einen nicht unwesentlichen Einnahmeposten darstellen.

Die Wirtschaftsprobleme von Djerid könnten dadurch gelöst werden, daß man moderne Pflanzungen anlegt, die Bäume in größeren Abständen pflanzt, den Boden düngt usw. Die Regierung weiß das. Sachverständige haben Projekte für die Gründung von Oasengenossenschaften eingereicht.

Die Pläne sind gut, in Tunesien werden aber Genossenschaften gegründet, ohne daß man zugleich eine Bodenreform vornimmt. In der Genossenschaft hängt das Einkommen des Bauern sowohl von seiner Leistung als auch von der Größe der eingebrachten Parzelle ab. Die Projekte für die Gründung von Genossenschaften stoßen bei den Grundbesitzern auf Widerstand, die gewöhnt sind, unumschränkt über den Grund und Boden zu verfügen. Andererseits sind die vielen Kleinbesitzer ein Problem. Was soll aus dem Besitzer einer Viertelpalme werden, wenn diese ausgerodet wird? Und wie wird sich das Geschick des Khamès gestalten?

Ein guter Kenner der Probleme des Südens, Prof. Habib Attia von der Universität Tunis, ist der Ansicht, daß nur eine radikale Änderung der halbfeudalen Wirtschaftsstruktur die Oase voranbringen könnte. Wir hatten den Eindruck, daß das für ganz Südtunesien zutrifft.

Das Endziel unserer Reise nach dem Süden war das Djebel-Gebirge, das sich tief in der Sahara erhebt. Das Dörfchen Djebel und die Stadt Matmata sind als einzige im Land von Berbern bewohnt. Die Berber, die von jeher im Süden Tunesiens leben, gingen, als im 11. Jahrhundert Nomadenstämme in das Gebiet eindringen, ins Gebirge. Kunstreiche Gärtner, haben sie an den Berghängen Terrassen angelegt, die das Wasser sammeln, und sind dageblieben. Ihre Wohnstätten sind eine Insel in der Wüste.

Die Gegend ist für ihre Wohnhöhlen bekannt, die in den weichen Lehmbo den gegraben sind. Sie stammen keineswegs aus vorhistorischer Zeit, manche sind erst im vorigen Jahrhundert gebaut worden, und einige sind noch heute bewohnt. Rings um das Erdloch, das den Eingang bildet, ist aus Steinen eine Art Mauer gezogen. Zuerst gelangt man in einen brunnenähnlichen Hof, von dem einige Höhlenräume abgehen. Sie dienen als Schlafzimmer, Speisekammern, Remisen für landwirtschaftliche Geräte

usw. Der saubere, ungedielte Boden ist mit Matten belegt, und das Mobiliar besteht wie anderswo auch aus Betten, Tischen usw.

Eine andere Sehenswürdigkeit der Umgegend von Djebel sind die sogenannten Gsour, kleine, mehrgeschossige Städtchen aus Lehmbauten, die wie Bienenwaben aussehen. In ihnen sind gleich große Räume, und alle Türen gehen nach einer Seite hinaus. Die Gsour sind unbewohnt, sie sind Speicher, die früher von den Nomaden be-

nutzt wurden. Wenn sie mit ihren Herden auf Wanderschaft gingen, ließen sie in so einem festungsähnlichen Dörfchen ihre Lebensmittelvorräte sowie die Greise und Kinder zurück, die die Vorräte zu bewachen hatten.

Hinter Matmata nahm unsere Karawane, bestehend aus zwei schweren Autobussen und mehreren PKWs, ihren Weg nach Nordwesten, zur Küste. Durch die Wüste fegte ein eisiger Wind und warf Staub an die Fenster. Unsere Fahrt nach dem Süden war zu Ende.

BÜCHERSCHAU

LUDWIG MÜLLER. Die NPD. Eine Auseinandersetzung mit dem Neonazismus in der Bundesrepublik.

W. Wenzel-Verlag, Duisburg, 1967.

KPD jedes Jahr mindestens 10 000 politische Verfahren anhängig gemacht.

Viele inner- und außerhalb der Bundesrepublik wollen sich damit trösten, daß der zunehmende Zulauf der NPD, ihre Wahlerfolge unbeträchtlich oder nur „lokal“ seien. Müller erinnert jedoch daran, daß die NSDAP 1923, also fünf Jahre vor dem Machtantritt, bei den Reichstagswahlen nur 2 Prozent der Stimmen erhielt. Deshalb sind die 2,1 Prozent, die die NPD bei den letzten Bundestagswahlen für sich buchen konnte, sowie ihre „lokalen“ Erfolge in sechs Bundesländern gar nicht so harmlos.

Es sei nicht richtig, die Partei Adolph von Thaddens nur als „Restsammlung Ewig-Gestriger“ zu sehen, heißt es in der Broschüre. Viele, allzu viele junge Leute scharen sich um diese Partei. Diese Menschen sind heute und nicht im „dritten Reich“ aufgewachsen und sind ein Produkt der heutigen sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Man darf ferner nicht vergessen, daß 20 Prozent der NPD-Mitglieder zum Kader oder zur Reserve der Bundeswehr gehören. Dabei handelt es sich zumeist um Berufssoldaten, um Ausbilder und Truppenführer, denen die Erziehung junger Menschen „ausgeliefert ist“.

Die NPD-Führer preisen demagogisch ihre Partei als eine Organisation, die angeblich Erbführer weder der Nazis noch der Bonner Parteien sein will. Sie mimen sogar Opposition zur Bonner Regierung: „Unser Volk hat diese Führung nicht verdient! Wir wollen sie nicht mehr!“ Diese Phrasendrescherei soll aber nur die Arbeitsteilung zwischen den Parteien der Großen Koalition und den Neonazis tarnen. Die Existenz der NPD befähigt Kiesingers Partei dazu,

Der Schatten des Hakenkreuzes

W. ZAPANOW

Auf dem Umschlag der vorliegenden Broschüre fügen sich die Buchstaben NPD zu einem Hakenkreuz. Der Autor der Broschüre, die den Neonazismus von heute anprangert, Ludwig Müller, macht kein Hehl daraus, daß er Kommunist ist. In den zwanziger Jahren standen die deutschen Kommunisten in den ersten Reihen gegen den anmarschierenden Faschismus. In der Zeit der Hitlerdiktatur kämpften sie in der Illegalität. Gegenwärtig, da die Nachtreter der Nazis mit dem Segen der Bonner Behörden die politische Bühne betreten, rufen die westdeutschen Kommunisten, aus ihren geschichtlichen Erfahrungen heraus, zum Kampf gegen die neue Gefahr auf.

Der Autor erklärt, warum er die Broschüre geschrieben hat: „... weil wir das alles schon einmal erlebten. Damals fing es genauso an. Mit einem kleinen radikalen Haufen. Mit einer Regierungspolitik, die nach links ausholte und nach rechts streichelte.“ (S. 5.) Anhand unumstößlicher Tatsachen deckt Ludwig Müller die geistige Verwandtschaft der NPD mit der NSDAP auf und demaskiert die Neofaschisten vom Rhein.

„Wir fordern Land und Boden zur Ernährung unseres Volkes und zur Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses“, hieß es im Programm der NSDAP. Hier, was Wilhelm Pleyer, Vorstandsmitglied der NPD, predigt: „Es wird eine Zeit kommen, wo man das katastrophal überfüllte, seines Wirtschaftswunders ledige Westdeutschland verlassen wird, um Raum zum Leben zu finden.“ (S. 15.) Die Führer der NPD erklären: „Deutschland hat Anspruch auf die Gebiete, in denen das deutsche Volk seit Jahrhunderten gewachsen ist.“

Das ist nicht das einzige, in dem sich die beiden gleichen. Sowohl Strauß als auch von Thadden spekulieren auf die nationalistischen Stimmungen und scheuen auch keine Kritik an Washington. Beide sind gegen den Atomsperrvertrag und für Aufwertung der Bundeswehr.

Kein Wunder daher, daß die Bundesbehörden „nach links ausholen und nach rechts streicheln“. Seit der Gründung der Bundesrepublik bis Ende 1966 wurden nur 19 neonazistische Publikationen beschlagnahmt bzw. verboten und nur gegen 5 neonazistische Verfasser Verfahren angestrengt. Dafür werden Vertretern der Linken nach dem Verbot der

sich als „Zentrum“ auszugeben und unter dieser Maske den reaktionären, nationalistischen Kurs zu betreiben.

Aber auch die Neonazis tarnen sich. Ein Ideologe der NPD, der inzwischen verstorbene Otto Heß, dozierte seinen Gesinnungskumpanen: „Nur, wenn wir uns zunächst auf das Wesentliche beschränken, werden wir auf schmalen Raum jene Stoßkraft entfalten, die uns den Einbruch und schließlich den Durchbruch gewährleistet.“ (S. 46.) Was die Pläne auf längere Sicht betrifft, meinen

die Neonazi-Führer: „Das Programm zeigen wir euch, wenn wir dran sind.“ (S. 46.)

In ihrer Erklärung an die Bundesregierung sowie an die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs vom 8. Dezember 1967 hat die Sowjetregierung eine ernste Warnung wegen des Umsichgreifens der neonazistischen Gefahr in der Bundesrepublik ergehen lassen. Sie macht darauf aufmerksam, daß „die Außen- wie die Innenpolitik der Bundesregierung die Zunahme der Kräfte

des Nazismus und Militarismus nicht nur nicht verhindert, sondern sogar fördert“. Die Sowjetregierung erachtet es für dringend, energische Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, daß auf dem Boden der Bundesrepublik der deutsche Militarismus und Nazismus restauriert oder reorganisiert wird.

Ludwig Müllers Broschüre ist den demokratischen Kräften Westdeutschlands behilflich, sich der ganzen Gefahr des Neofaschismus, die ihrem Lande droht, bewußt zu werden.

Dezember 1967

11.—12. Auf Einladung des ZK der KPdSU und der Sowjetregierung weilt eine Partei- und Regierungsdelegation der DDR (Chefdelegierter: Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED, Vorsitzender des Staatsrates) zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion.

11. Qahtan as-Shaabi, Präsident der Volksrepublik Südjemen, erläßt Verordnungen über die Beschlagnahme aller Ländereien und Immobilien sowie aller Bankguthaben, die während der Kolonialherrschaft den Sultanen und Machthabern gehört haben.

12. Das israelische Ministerkabinet verübt eine neuerliche Provokation, da es in dem während der Juni-Aggression gegen die arabischen Länder eroberten jordanischen Teil von Jerusalem tagt.

● Der Rat der Arabischen Liga nimmt die Volksrepublik Südjemen in die Liga auf, die somit 14 Mitglieder zählt.

13. König Konstantin von Griechenland versucht, gegen das Regime der Militärjunta aufzutreten. Der Versuch mißglückt, die Junta setzt den König ab und ernennt General Zoiakakis zum Vizekönig, der in dieser Eigenschaft den Obersten Popadopoulos zum Ministerpräsidenten ernennt.

● Die 22. UNO-Vollversammlung beschließt eine Resolution über Südafrika, in der die Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung scharf verurteilt und ein Aufruf an alle Staaten der Welt enthalten ist, die Resolutionen des Sicherheitsrates über Wirtschaftssanktionen gegen die Südafrikanische Republik strikt zu befolgen.

● Die uruguayische Regierung löst die Sozialistische Partei und linke Gruppierungen auf, weil sie angeblich das bestehende Regime stürzen wollten. Die



Zeitungen *Epoca* und *El Sol* werden verboten.

● Auf Initiative der CGT und der Französischen Demokratischen Arbeitskonföderation führen über 2 Millionen französische Arbeiter einen 24stündigen Streik durch.

13.—14. In Brüssel tagt der NATO-Rat.

13.—19. Die Fortschrittskräfte der Welt halten eine Woche der Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die USA-Aggression ab.

14. Die UNO-Vollversammlung nimmt die Volksrepublik Südjemen als das 123. Mitglied in die UNO auf.

● In New York beantragen die Vertreter der UdSSR, Polens, der CSSR, Bulgariens, der USA, Englands und einiger anderer Länder, die 22. UNO-Vollversammlung für März 1968 wieder anzusetzen und die Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen zu erörtern.

● In den USA wird das Antikriegs-Komitee „Kraft der Frauen“ gegründet. In einem Aufruf des Komitees heißt es, daß die amerikanischen Frauen, die 51 Prozent der Wahlberechtigten ausmachen, „die Herstellung des Friedens in Vietnam erreichen können und müssen“.

● Die Italienische Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit äußert sich für ein Bündnis mit den Kommunisten bei den Senatswahlen, die im kommenden Frühjahr stattfinden sollen.

● Nach Angaben der USA-Presse zählen die USA gegenwärtig 175,9 Millionen Weiße, 22 Millionen Neger und 2,1 Millionen andere nichtweiße Einwohner.

14.—15. In Moskau weilt auf Einladung des ZK der KPdSU und der Sowjetregierung eine vom Generalsekretär des ZK der KP Rumäniens und Vorsitzenden des Staatsrates, Nicolae Ceausescu, geführte Partei- und Regierungsdelegation der Sozialistischen Republik Rumänien zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch.

15. Der Stabschef der algerischen Armee Tahar Zbiri unternimmt einen Putschversuch, der nach der Einkesselung der Meuterer bei El Affroun-Mouzaiville scheitert.

● Die dänische Regierung Krag fällt, nachdem das Parlament den Gesetzentwurf der Regierung über die Blockierung der Teuerungszulage abgelehnt hat. Otto Krag erklärt, den König um die Ausschreibung neuer Wahlen ersuchen zu wollen.

16. Die UNO-Vollversammlung beschließt eine Resolution über Südwestafrika, in der die Regierung der Südafrikanischen Republik aufgefordert wird, ihre Militär- und Polizeieinheiten aus Südwestafrika zurückzunehmen; der Sicherheitsrat wird ersucht, wirksame Maßnahmen zu treffen, damit die UNO ihre Pflicht gegenüber Südwestafrika erfüllen kann.

17. Eine Gruppe von Offizieren verübt in Dahomey einen Staatsstreich, stürzt die Regierung Soglo und ergreift die Macht.

18. Der französische Außenminister Couve de Murville erklärt auf einer Konferenz der EWG-Außenminister in Brüssel, England habe seine Wirtschaft noch nicht so weit wiederhergestellt, um in die EWG aufgenommen zu werden.

Inhaltsverzeichnis

NEUE ZEIT

Jahrgang 1967 (Nr. Nr. 1 — 52)

Redaktion: Moskau K-6,

Maly Putinkowski

pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEWA

Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkow, N. Sluzker

Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow, M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski

BEITRÄGE ZUM 50. JAHRESTAG DES OKTOBER

Das Jubiläumsjahr (Leitartikel) . . .	1
A. WORONOW, P. JEFIMOW — Wo der revolutionäre Sturm auf- kam	2
50 Jahre von weltgeschichtlicher Bedeutung (Leitartikel) . . .	3
Dyson CARTER — Jahre, die die Welt veränderten	4
Einmütige Zustimmung (Leitartikel) Pjotr KAPIZA — Lenin geht in den Smolny	5
Intourist-Routen zum Jubiläum . . .	5
L. JAKOWLEW — Für die Macht der Sowjets	6
J. BELIK — Die Wirtschaft der UdSSR im neuen Planjahr . . .	6
W. SERGEJEW — Die Zusammenar- beit mit den Entwicklungsländern heute	7
J. WOROBJOW — Eine Fahrt in den Sozialismus	7
I. RADWOLINA — Sowjetische Me- ridiane	8
OBSERVATOR — Von der Taiga zum britischen Meer	9
I. ANDRONOW — Wie der Osten erwachte (Dokumentarbericht)	9, 10, 14
Die Frauen des Sowjetlandes (Leitartikel)	10
Ein wenig Statistik	10
Willi STOPH — Die Große Okto- berrevolution und das deutsche Volk (Interview)	11
Erhebender Rück- und Ausblick (Leitartikel)	12
I. ALUF — Zum 50. Jahrestag der Februarrevolution	12
Lenin-Orden für „Iswestija“ . . .	12
Lew LJUBIMOW — Im anderen La- ger	12, 13
L. LEONTJEW — Februar und Oktober	13
Wahlen zu den Sowjets	14
M. ROSCHAL — Petrograd im April 1917	15
Kurt TIEDKE — Wie in der DDR die 50-Jahr-Feier der Oktoberrevolu- tion begangen wird	15
Akademienmitglied J. SHUKOW — Marxistische Historiker über die Bedeutung der Oktoberrevolu- tion	16
OBSERVATOR — Lenin und unsere Außenpolitik	17
Georges COGNIOT — Lenin und die kommunistischen Parteien des Westens	17
G. HANKIN — Nach sechzig Jahren (Aus der Redaktionspost) . . .	17
James ALDRIDGE — Die Diplomatie der neuen Welt	18
N. SERGEJEW — Bahnbrecher Alexander WERTH — Das Sowjet- volk in Krieg und Frieden . . .	18
OBSERVATOR — Die Traditionen der Sowjetpresse	19
S. BALBEKOW — Wie der Stahl ge- härtet wurde	19

G. SOROKIN — Eine Wirtschafts- bilanz des sozialistischen Welt- systems	20
W. LWOW — Aufstieg	21
Der Kongreß der sowjetischen Schriftsteller (Leitartikel) . . .	22
Josip BROZ-TITO — Aus den Erin- nerungen an die Revolution in Rußland	22
Dolores IBÁRRURI — Der Oktober und Spanien	23
L. LAGIN — Was Wells in Rußland sah	23
J. GORODEZKI — Der erste so- wjetische Präsident	24
A. MICHAJLOW — Der große Aufbruch	25
V. BAKAJEW über die Entwick- lung der sowjetischen Handels- flotte (Interview)	25
D. LEWONEWSKI — 900 Tage Schlacht um Leningrad	26
J. JOFFE — Halbe Wahrheiten machen keine Wahrheit	26
50 heroische Jahre (Leitartikel) . .	27
A. LEONIDOW — Stärker als die Metterniche	28
Worin unsere Stärke besteht (Lei- artikel)	29
Čestmír AMORT — Die Oktoberre- volution und die europäische Lage	29, 30
Prof. Dr. J. LIEBERMANN — Zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft	29
Die sowjetische Wirtschaft im ersten Halbjahr 1967	30
Das Jugendtreffen in Leningrad (Kommentar)	31
Prof. Holland ROBERTS — Wie ein Amerikaner das Sowjetland sieht A. RAKITIN — Einer der ersten (Aus der Frühzeit der Sowjet- diplomatie)	31
N. BARYSCHNIKOW — Die soziali- stische Industrialisierung (Aus der Geschichte der Sowjetwirt- schaft)	32
J. RUBININ — Die Sowjetrepublik und die Ostvölker (Aus der Frühzeit der Sowjetdiplomatie) Prof. G. TUNKIN — Neue Grund- sätze des Völkerrechts	33
Herbert MOCHALSKI — Die Okto- berrevolution und Deutschland B. RAISKI — Die Roten und die Weißen (Dokumentarbericht) . .	34
I. ANDRONOW — Mitstreiter Ata- türks	35
Andrzej WRÓBLEWSKI — Genera- tionen reichen sich die Hand . .	36
John BOVINGDON — Sowjetische Menschen	37
A. ISBACH — Schulter an Schulter Lebenswichtig für alle (Leitartikel) Eine Epoche in Reportagen . . .	38
P. GOLUBKOW — Der Weg der sowjetischen Bauernschaft . . .	39
Dimitr GEORGIJEW — Die Salve der „Aurora“	40
Erhebender Ausblick (Leitartikel) .	41
Von der Warte des Mamai-Hügels (Kommentar)	42

Zdeněk FIERLINGER — Die Tafeln eines Heldenvolkes	43
50 Jahre Sowjetland in Zahlen . . .	43, 44
Dem Fest entgegen (Leitartikel) . .	44
A. WORONOW — Alle Völker, alle Länder	44
L. ARNAUTOW — Die Entdeckung einer Welt	44
Lew GINSBURG — Linker Marsch Akademienmitglied I. MAISKI — Ein Diplomat der Leninschen Schule Radoslav SELUCKY — Zu neuem Leben erweckt	44
Moskau im Zahlenspiegel	44
Die humanste aller Revolutionen (Leitartikel)	45
Alexandra KOLLONTAI — Alle Macht den Sowjets!	45
A. AMWROSSOW — Die sowjeti- sche Arbeiterklasse	45
A. LEONIDOW — Gedanken an der Karte der Welt	45
N. FEDORENKO — Im antiimperiali- stischen Friedenskampfe	45
F. BURLAZKI — Die Kommunisten Urteile und Erkenntnisse	45
J. DRABKINA — Lenin gestern, heute, immerdar	45
Die Sowjetunion in Zahlen	45
Martiros SARIAN — Der Mensch ist allmächtig	45
D. OBRESCHKOW, K. BATKOW — Die Sensation im Sensationellen Dyson CARTER — Wie mir ein Honorar verloren ging	45
Das Werk der großen Revolution (Leitartikel)	46—47
Das Sowjetland feiert sein Jubi- läum	46—47
B. RAISKI — Einheit und Solidari- tät	46—47
Victor PERLO — Der Oktober und die kapitalistische Welt	46—47
Martti LARNI — Zwei Jubiläen Internationale Konferenz in Mos- kau	46—47
I. DUDINSKI — Von der Warte des 50. Jahrestages	46—47
A. WEDISTSCHEW — Die Erfolge der sozialistischen Nationen . .	49
Die Internationale wissenschaftliche Konferenz in Moskau	50
Der Oktober und der internationale revolutionäre Prozeß (Aus den Referaten Boris Ponomarew, Dolores Ibárruri und Gus Halls auf der internationalen wissen- schaftlichen Konferenz in Mos- kau)	50
Rückblick auf das Jahr (Leitartikel) W. KOWAL — Das Jubiläum der Sowjetunion	52
OBSERVATOR — Die Diplomatie der neuen Welt	52

DIE POLITIK DER SOWJETUNION UND ALLGEMEINE FRAGEN DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Das Jubiläumsjahr (Leitartikel) . . .	1
Moskau und Ankara (Kommentar) .	1
W. SAGLADIN — Die Politik der Sowjetunion und die heutige Welt	1

Nr.		Nr.
1	Indira GANDHIS — Neujahrsglückwunsch	23
1	Dolores IBARRURI — Interview	23
1	Urho KEKKONEN über die europäische Sicherheit	24
1	L. STEPANOW — Ein unruhiges Jahr in der dritten Welt	24
2	Solidarität dreier Kontinente (Leitartikel)	24
2	OBSERVATOR — Eine Verzweiflungspolitik	24
4	Europa auf neuem Weg (Kommentar)	24
5	Einmütige Zustimmung (Leitartikel)	25
5	B. RAISKI — Italien, die Sowjetunion und Europa	25
5	Die „Neue Zeit“ und ihre Leser	25
6	Die sowjetisch-italienischen Verhandlungen (Kommentar)	25
6	A. PIN — 30 Millionen Aktivisten	25
7	Die Begegnung in London (Kommentar)	26
8	Ein Beitrag zum Friedenswerk (Kommentar)	26
8	Prof. G. TUNKIN — Vom Standpunkt des Völkerrechts	26
8	I. KIULJOWSKI — Neue Vorgänge auf dem Balkan	26
8	W. ROSEN — Frei erfunden: Eine sowjetische Mata Hari	27
9	Adresse an U Thant (Aus der Redaktionspost)	27
10	G. TODORTSCHEW — Futurologie	27
11	Es geht um die europäische Sicherheit (Kommentar)	28
11	Die Sowjetunion und Äthiopien (Kommentar)	28
12	Erhebender Rück- und Ausblick (Leitartikel)	28
12	Luftmarschall W. SUDEZ — Die Sowjetunion und Bulgarien	29
12	Der „Figaro“ und seine Falschmeldung	29
13	Neue Schritte zur Stabilisierung in Europa (Kommentar)	29
13	Traditionen, die gepflegt werden (Kommentar)	30
13	M. KAUFMAN — Vietnam und Nürnberg	30
15	Prof. Dr. W. JEMELJANOW — Kriegssatom contra Friedensatom	30
15	A. GRIGORIANZ — Westeuropa: Humphreys Mission	31
15	Zdeněk FIERLINGER — Neues über die Politik Churchills	31
16	Für beide Partner von Nutzen (Kommentar)	31
17	OBSERVATOR — Lenin und unsere Außenpolitik	31
17	Generalmajor B. TEPLINSKI — Die amerikanische „Präsenz“ und die Sicherheit Europas	32
18	Fest des Friedens und der Arbeit (Leitartikel)	32
19	Für ein friedliches Europa (Leitartikel)	32
20	Ewiges Feuer (Leitartikel)	33
20	OBSERVATOR — Stoßrichtung Demokratie	33
21	Einfache Beschlüsse (Leitartikel)	33
21	Der sowjetisch-bulgarische Vertrag (Kommentar)	34
22	Ein positives Programm (Kommentar)	34
22	Akademienmitglied I. MAISKI — „Der Diplomat“	34
23	OBSERVATOR — Die Lage im Nahen Osten	35
	O. NAKROPIN — Die Krise einer Idee	
	L. SEDIN — England: Die Ursache des Mißerfolgs	
	Die Aggression gegen die arabische Welt (Leitartikel)	
	Die Probe der Zeit (Kommentar)	
	Warnung an Provokateure (Kommentar)	
	N. FEDORENKO — UNO muß endlich Aggression definieren	
	Eracio ZEPEDA — Die immer mit uns sind	
	Freunde und Feinde der Araber (Leitartikel)	
	Prof. Dr. I. BLISTSCHENKO — Ein wichtiges Moment der europäischen Sicherheit	
	Unverbrüchliche Freundschaft (Kommentar)	
	Frieden und Gerechtigkeit müssen wiederhergestellt werden (Leitartikel)	
	N. FEDORENKO — Die Tücke des Aggressors	
	G. S. — Eine Initiative von Parlamentariern	
	OBSERVATOR — Der Kampf geht weiter	
	Darauf kommt es an (Kommentar)	
	Für ganz Europa (Kommentar)	
	L. BESYMENSKI — Der Mittelmeerknoten	
	Worin unsere Stärke besteht (Leitartikel)	
	Eine offene Frage (Kommentar)	
	Die sozialistischen Länder und die arabische Welt (Kommentar)	
	P. PIMENOW — Die sowjetische Hilfe an Vietnam	
	Prof. G. TUNKIN — Neue Grundsätze des Völkerrechts	
	Eine allseitige Zusammenarbeit (Leitartikel)	
	W. ROSEN — Querschüsse gegen den Fremdenverkehr	
	Meinungen zum europäischen Sicherheitsproblem (Antworten von Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten europäischer Länder auf eine Umfrage der Redaktion)	
	Die sowjetischen Anträge in der UNO (Kommentar)	
	Der Atem der Epoche (Aus der Rede A. A. Gromykos in der Vollversammlung der UNO)	
	Die Sowjetunion hilft Vietnam (Kommentar)	
	I. ANDRONOW — Ankara näher als zuvor	
	Erwärmung im Schwarzmeerraum (Kommentar)	
	A. MASAJEW — Freunde in der Not	
	Unsere Nachbarn im Süden (Leitartikel)	
	Akademienmitglied I. MAISKI — Ein Diplomat der Leninschen Schule	
	N. FEDORENKO — Im antiimperialistischen Friedenskampfe	
	D. WOLSKI — Die USA-Expansion und Peking	
	V. BERESHKOW — Das Treffen in Teheran	
	Zum Jubiläum unseres Nachbarn im Norden (Kommentar)	

Nr.		Nr.
51	Verantwortlich sind alle (Kommentar)	51
51	F. B. — JIV-Preisträger	51
52	Rückblick auf das Jahr (Leitartikel)	52
52	OBSERVATOR — Die Diplomatie der neuen Welt	52
	Notizen	
5	Interview mit drei Ministerpräsidenten	5
17	Einbeziehung in den Krieg	17
23	Sie schöpfen den Rahm ab	23
24	Falsch kalkuliert	24
29	Ein Friedensmeer	29
	FRIEDENSKAMPF, ABRÜSTUNG UND DIE ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN	
1	N. FEDORENKO — Die 21. Vollversammlung	1
3	N. FEDORENKO — Rhodesien vor den Vereinten Nationen	3
6	Friedlicher Kosmos (Kommentar)	6
8	V. LUKJANOW — Genf: Vor einer neuen Runde	8
9	I. JAKOWLEW, G. SADOROSCHNY — Die neuen Charten der Menschenrechte	9
10	Beschlüsse des Weltfriedensrates	10
15	Weltweite Forderungen (Kommentar)	15
16	Den Angriff auf die UNO-Charta abwehren! (Leitartikel)	16
16	N. FEDORENKO — Für objektive Berichterstattung	16
17	Eine Sondertagung der UNO-Vollversammlung (Kommentar)	17
19	Lenin-Friedenspreise 1966	19
20	Prof. G. TUNKIN — Ist die UNO-Charta veraltet?	20
22	V. SIDENKO — UNO: das Geschick Südwesafrikas	22
24	N. FEDORENKO — UNO muß endlich Aggression definieren	24
25	Juri PILAR — Die Menschheit vergißt nicht	25
26	Frieden und Gerechtigkeit müssen wiederhergestellt werden	26
26	N. FEDORENKO — Die Tücke des Aggressors	26
28	Darauf kommt es an (Kommentar)	28
29	Eine offene Frage (Kommentar)	29
32	N. FEDORENKO — Zwischenbilanz der Sondertagung	32
32	M. KOTOW — Denkt an Hiroshima! Keine Weitergabe von Kernwaffen! (Kommentar)	32
36	Prof. W. JEMELJANOW — Die Pugwash-Bewegung, Sinn und Bedeutung	36
39	Die Pflicht der UNO (Leitartikel)	39
40	Die sowjetischen Anträge in der UNO (Kommentar)	40
42	V. BERESHKOW — Kontroversen in der Vollversammlung	42
43	V. BERESHKOW — Schlüsselprobleme	43
49	D. WOLSKI — Diplomatische Niederlage des Aggressors	49
52	B. RAISKI — In der UNO: Eine Niederlage der Aggressoren	52
	IDEOLOGISCHE UND SOZIALE PROBLEME	
1	Art SHIELDS — Reise nach den Appalachen	1
2	J. SCHULJUKIN — In einem Pariser Vorort	2

Nr.		Nr.
3	N. GAUSNER — Verschwindet das Proletariat?	3
4	A. BORISSOW, L. WINOGRADOW — Arbeit und Kapital 1966	4
5	A. GRIGORIANZ — Katzenjammer am Rhein	5
5	G. KUSNEZOW — Differenzen in den USA-Gewerkschaften	5
7	E. ROSENTAL — Kapitalismus und Persönlichkeit	7
7	J. SCHULJUKIN — Warnruf der Gewerkschaften	7
8	Eusebio CIMORRA — Schläge der Arbeiterklasse gegen das Francoregime	8
8	G. KUSNEZOW — Konflikt in der amerikanischen Gewerkschaftsführung	8
9	Aris ACCORNERO — Stürmische Jahre	9
10	J. DRABKINA — Unsere Clara	10
11	J. CHMELNIZKAJA — Bonner Wirtschaftstheorie und -praxis	11
13	OBSERVATOR — Die Bürde des Menschen	13
13	W. OSEROW — Die Haltung der kanadischen Gewerkschaften	13
14	J. BORKO — Kleuropäische Sozialpolitik	14
18	Fest des Friedens und der Arbeit (Leitartikel)	18
18	Ein Tag aus dem Leben der kapitalistischen Gesellschaft	18
18	N. MAR — Ein Häftling der Festung Peniche	18
20	M. KRUGLOW — Spanien: Der frische Wind des 1. Mai	20
21	Art SHIELDS — Der Krieg gegen die Armen	21
21	M. POPOW — Das Haus in der Dóssa-Allee	21
22	P. JEFIMOW — Frankreich: Die Arbeiter und die Sondervollmachten	22
22	Prof. J. CHMELNIZKAJA — Marxistenkonferenz in Westdeutschland	22
22	J. KOBO — Die Flucht aus der San-Carlos-Festung	22
23	J. KORSCHUNOWA — Der Kindertag	23
24	G. DILIGENSKI — Die Arbeiter und die Kultur	24
25	Ein flammender Tribun des Kommunismus	25
26	J. SCHULJUKIN — Der Kongreß von Nanterre	26
27	Mario MELLONI — „Ritter der Arbeit“	27
32	G. MENDELEWITSCH — Ergebnis einer Nachforschung (Aus der Redaktionspost)	32
34	OBSERVATOR — Stärke und Schwächen der lateinamerikanischen Arbeiterklasse	34
35	A. GRIGORIANZ — H.-C. Paulsens Rezept	35
35	Alvo FONTANI — Die Tragödie der italienischen Auswanderer	35
35	V. KITTOROW — Ein Treffen junger Wissenschaftler	35
37	Vor 100 Jahren erschien „Das Kapital“ (Leitartikel)	37
37	S. DALIN — Strukturwandlungen im Kapitalismus	37
39	J. COBO — Der Kongreß von Caracas	39

Nr.		Nr.
40	F. BURLAZKI — Der Marxismus und seine Kritiker	40
43	L. STEPANOW — Geographische und politische Breitengrade	43
43	P. PIMENOW — Wir verstehen uns	43
45	A. AMWROSSOW — Die sowjetische Arbeiterklasse	45
45	F. BURLAZKI — Die Kommunisten	45
46—47	B. RAISKI — Einheit und Solidarität	46—47
46—47	Victor PERLO — Der Oktober und die kapitalistische Welt	46—47
46—47	Internationale Konferenz in Moskau	46—47
49	Einheit! (Leitartikel)	49
49	A. GRIGORIANZ — Gewitterfront	49
50	Die Internationale wissenschaftliche Konferenz in Moskau	50
50	Der Oktober und der internationale revolutionäre Prozeß (Aus den Referaten Boris Ponomarews, Dolores Ibárruris und Gus Halls auf der Internationalen wissenschaftlichen Konferenz in Moskau)	50
50	F. HAVLÍČEK — Wie wir an die ideologischen Probleme herangehen	50
50	E. ROSENTAL — Kapitalismus und Moral	50
52	A. BUTENKO — Gesetzmäßigkeiten und Modelle des Sozialismus	52
52	A. BYCHOWSKI — Die große Show im Hotel „Americana“	52
52	Prof. J. PEWSNER — Eine Bilanz des Kapitalismus	52
	PROBLEME UNSERES PLANETEN	
3	Prof. Dr. Lew SCHABAD — Wo steht die Menschheit im Kampf gegen den Krebs?	3
7	Prof. W. JEMELJANOW — Die Luft, die wir atmen	7
46—47	J. COBO — „Demographische Explosion“ in Lateinamerika	46—47
46—47	Erdbevölkerung und Ernährung (Aufschlußreiche Zahlen)	46—47
	KOSMOS	
2	A. GURSTEIN — Neue Namen auf der Mondkarte	2
6	Friedlicher Kosmos (Kommentar)	6
18	Zum Andenken an den Kosmonauten Wladimir Komarow	18
41	Sputnik 1 (Kommentar)	41
44	A. GURSTEIN — Zu den Planeten des Sonnensystems	44
	NATO	
17	Generalmajor B. TEPLINSKI — Die amerikanische „Präsenz“ und die Sicherheit Europas	17
23	O. NAKROPIN — Die Krise einer Idee	23
35	V. TSCHERNJAWSKI — Bundeswehr-Drill in der NATO	35
43	Generalmajor B. TEPLINSKI — Herbstorgien im NATO-Hauptquartier	43
52	A. ANTONOW — Unbelehrbar und unverbesserlich	52

Nr.		Nr.
	Notizen	
11	Kalter Winter	11
20	Mundtot gemacht	20
28	Noch ein Nazi	28
50	Ein Erdbebenreifen	50
	DIE GESCHICHTE DES ZWEITEN WELTKRIEGES	
14	L. GINSBURG — Schriftsteller Nr. 277082	14
15	Zdeněk FIERLINGER — Neues über die Politik Churchills	15
19	Marschall I. KONEW — Im Gedenken an den Siegestag	19
19	Alexander WERTH — Das Sowjetvolk in Krieg und Frieden	19
20	Ewiges Feuer (Leitartikel)	20
20	Armee general Ludvik SVOBODA — Die Sowjetunion und das Schicksal der Tschechoslowakei	20
20	W. ROSEN — Stangl, Henker von Treblinka	20
23	Simon WIESENTAL — Ein ungelöstes Geheimnis des Dritten Reiches	23
24	Libuše BARTLOVÁ — Wo Menschen leben	24
25	Juri PILAR — Die Menschheit vergißt nicht	25
26	D. LEWONEWSKI — 900 Tage Schlacht um Leningrad	26
27	J. NIEMCZYŃSKI — Wie General Sikorski ums Leben kam	27
34	Luftmarschall W. SUDEZ — Die Operation im Raum Iaşi-Kischinew	34
43	Von der Warte des Mamai-Hügels (Kommentar)	43
48, 49, 50	V. BERESHKOW — Das Treffen in Teheran	48, 49, 50
26	Ein Mörder wird in Schutz genommen [Notiz]	26
	DIE NATIONALE BEFREIUNGSBEWEGUNG UND DER ZUSAMMENBRUCH DES KOLONIALSYSTEMS	
2	Solidarität dreier Kontinente (Leitartikel)	2
2	G. GAIBOW — Das Los der Kleinen Antillen	2
6	M. K. — Afrika auf der Suche (Bericht von einer Diskussion)	6
7	M. KREMENJOW — Afrika: Beschlüsse des Befreiungskomitees	7
9	D. WOLSKI — Die Vorhut der dritten Welt	9
11	Aden in Aufruhr (Kommentar)	11
13	OBSERVATOR — Die Bürde des Menschen	13
21	Afro-asiatische Solidarität	21
27	M. KRUGLOW — Südarabien: Der Aufstand in Aden	27
33	M. KREMENJOW — Die Tagung von Kampala	33
35	J. TABROW — Die „Transformation“ des britischen Imperialismus	35
42	L. SKURATOW — Südarabien: Die Stunde naht	42
46—47	M. GEORGIJEW — Der arabische Knoten	46—47
49	W. DAWYDOW — Die Befreiung Adens	49

	Nr.
WIRTSCHAFT UND WELTHANDEL	
H. S. — Industriepreisreform in der DDR	2
J. MENSCHINSKI — Die kapitalistische Wirtschaft 1966	2
W. ROSEN — Die Tätigkeit der sowjetischen Handelskammer	2
W. SERGEJEV — Die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern heute	7
J. BORKO — Der „Fünfjahrplan“ der EWG	9
A. KASPIN — Sowjetisch-kubanischer Handel	9
W. ROSEN — Leipziger Frühjahrsmesse	10
V. SIDENKO — Der Petroleumkrieg in Nigeria	11
A. MILEJKOWSKI — Zur Dynamik der modernen kapitalistischen Produktion	12
V. SPANDARIAN — Unser Handel mit dem Iran	13
R. LAPOW — Ein Gaunerparadies	16
J. SCHWEDKOW — Neuer Dollarvorstoß nach Europa	19
G. SOROKIN — Eine Wirtschaftsbilanz des sozialistischen Welt-systems	20
J. CHESIN — „Kleineuropa“ und England	21
A. SUTULIN — Wie ist die Kennedy-Runde ausgefallen?	22
A. KASPIN — Zucker von Kuba	22
V. RUTGAISER — Neues in der Wirtschaft sozialistischer Länder Europas	23
W. R. — 22 Länder in Sokolniki	23
B. RATSCHKOW — Die Imperialisten und das Öl im Nahen Osten	24
J. SCHISCHKOW — „Kleineuropa“ nach dem Treffen in Rom	24
Luigi CROSTI über den sowjetisch-italienischen Handel (Interview)	25
G. DRAMBIANZ — Der Ölboykott	26
M. NESTEROW über die 2. sowjetisch-japanische Wirtschaftskonferenz	27
J. STEPANOW — Sowjetisch-jugoslawische Zusammenarbeit	27
W. R. — Fruchtbarer Zusammenarbeit	29
J. COBO — Venezuela und sein Öl	30
Prof. N. LJUBIMOW — Neues in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Länder	32
Minister PATOLITSCHEW über den sowjetisch-französischen Handel	32
W. ROSEN — Kleide dich gut!	34
G. WLASSOW — Umstellung im Hause Rothschild	35
S. DALIN — Strukturwandlungen im Kapitalismus	37
Ranko PETKOVIC — Die Belgrader Konferenz	38
W. ROSEN — Querschüsse gegen den Fremdenverkehr	38
A. SUTULIN — David und Goliath	39
W. ROSEN — Wie die Mode gemacht wird	39
W. KURJEROW — Mini-Flaute in den USA	40
S. IWASCHKEWITSCH — Dollarfrontstellung gegen Europa	42
L. STEPANOW — Geographische und politische Breitengrade	43

	Nr.
I. DUDINSKI — Von der Warte des 50. Jahrestages	47
L. SEDIN — Pfundabwertung oder Abwertung der Politik	48
A. SUTULIN — Der Sterlingraum	48
S. IWASCHKEWITSCH — Das neue Stadium der Währungsfrage	49
B. S. — Valutakurse und Abwertung	49
O. TIMASCHKOWA — Vom Standpunkt Skandinaviens	50
T. BELOUS — Neues von den Weltmonopolen	50
J. SCHISCHKOW — Englands Hindernissen	51
Prof. Dr. V. SORIN — An den Fronten des Handelskrieges	52
Prof. J. PEWSNER — Eine Bilanz des Kapitalismus	52
Notizen	
Eine gefährliche Spanne	27
Die Dollaroffensive	47
MONTREALER WELTAUSSTELLUNG	
M. NESTEROW — EXPO 67	14
Eröffnung der EXPO 67	19
A. MÜLLERSEPP — Sowjetstand in Montreal	21
V. BERESHKOW — Die Erde der Menschen	34
V. BERESHKOW — Labyrinth und Labyrinth	35
KULTUR	
N. OTTEN — Die andere Weltkarte	4
S. MIRSKI — Zur kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Ungarn	8
B. RJURIKOW — Auf der Afro-Asiatischen Schriftstellerkonferenz	17
A. TSCHLENOW — Griechenland, von Valias Semertzidis gesehen	21
Akademienmitglied I. MAISKI — „Der Diplomat“	22
W. ROSEN — In 127 Sprachen	27
W. ROSEN — 18 000 Bücher	28
S. JUTKEWITSCH — 400 Festival-filme in Moskau	31
N. SINOWJEW — Kampffeld Leinwand	32
Akademienmitglied V. WINOGRADOW — Weltorganisation der Russisch-Lehrer (Interview)	40
Akademienmitglied I. MAISKI — Die erste Botschafterin	42
A. TSCHLENOW — Goyas Tradition	51
LÄNDER UND KONTINENTE	
AFRIKA	
J. BOTSCHKARJOW — Wichtige Wandlungen in Kongo	2
N. FEDORENKO — Rhodesien vor den Vereinten Nationen	3
W. JORDANSKI — Der Sturz einer Monarchie	3
A. PIN — Schatten über dem Äquator (Antworten auf Leserfragen)	3
M. KREMNIJOW — Togo: Ein Umsturz	4
J. RUBINSKI — Neue Horizonte eines alten Landes	5
Notizen	
In der Klemme	1
Der Tod der Gräfin	4
Störenfriede	6
Spießgesellen	10
Antikommunistische Zwerge	11
Dollareskalation	12
Tshombe verurteilt	13
Ein nazistisches Mekka	16
Spiegelfechtere	18

	Nr.
M. K. — Afrika auf der Suche (Bericht von einer Diskussion)	6
J. BOTSCHKARJOW — Nachruf für die Union miniere	7
M. KREMNIJOW — Afrika: Beschlüsse des Befreiungskomitees	7
A. DOLGOW — Tansania: Die Deklaration von Arusha	8
M. SENOWITSCH — Schwere Zeiten Lesotho	9
M. KRUGLOW — Ein altes Land des jungen Afrikas	10
Die Sowjetunion und Äthiopien (Kommentar)	11
W. KATIN — In Marokko	11
V. SIDENKO — Der Petroleumkrieg in Nigeria	11
B. POLJAKOW — Die Hügel Sambias	11
V. SIDENKO — Die „Französische“ Somaliküste	13
V. SIDENKO — Sierra Leone: Der Militärputsch	14
A. BUTLIZKI — Streit in Pretoria	14
M. KREMNIJOW — Afrika: Fünfergipfel	16
V. SIDENKO — UNO: Das Geschick Südwafrikas	22
L. SKURATOW — Afrika: Die Katzenbach-Tournee	23
V. SIDENKO — Eine Chronik des nigerianischen Dramas	24
W. JORDANSKI — Die Machtkrise in Ghana	25
L. ENTIN — Im innersten Afrika	27
J. BOTSCHKARJOW — Vom kongoleischen Kupfer (Brief an die Redaktion)	29
Kamerun (Ein Überblick)	29
W. KATIN — Land der Kontraste	30
B. PILJAZKIN — Wie Tshombe in die Falle ging	31
A. DOLGOW — Jenseits des Sambias	32
M. KREMNIJOW — Die Tagung von Kampala	33
J. KONOWALOW — Somalia am Scheideweg	33
J. RUBINSKI — Auf Kap Verde	35
W. KATIN — Düsenmaschinen über Karawanen	36
V. SIDENKO — Wo sich Afrikas Straßen kreuzen	38
V. SIDENKO — Afrikagipfel	39
V. SIDENKO — Von Twa, Tutsi und Hutu	40
V. IWANOW — Am Roten Meer	41
V. SIDENKO — Der Ausgang des „Unternehmens Biafra“	43
A. DOLGOW — Die rhodesische Sackgasse	50
V. SIDENKO — Burundi: Land und Leute	51
V. LAPTEW — Biafra — eine kängesische Krankheit	52
M. WIDJASSOWA — Im Süden Tunesiens	52
Notizen	
In der Klemme	1
Der Tod der Gräfin	4
Störenfriede	6
Spießgesellen	10
Antikommunistische Zwerge	11
Dollareskalation	12
Tshombe verurteilt	13
Ein nazistisches Mekka	16
Spiegelfechtere	18

	Nr.
Verkehrt	21
Einleuchtend	29
Unverrichteter Dinge	30
Mangelndes Anstandsgefühl	32
Die Türen bleiben geschlossen	36
Ölrausch	37
Wieder Erdöl	38
Blinde Kuh	39
Rassistensabbat	41
Eine tote Ente	42
Alte Liebe rostet nicht	44
Verhandlungen im Polizeirevier	46—47
Sonderbar	48
Beredtes Schweigen	48
AUSTRALIEN	
A. BELSKAJA — Australien: Schmutzige Politik	32
Notizen	
Entrechtete	25
Für Gerechtigkeit	38
BULGARIEN	
Luftmarschall W. SUDEZ — Die Sowjetunion und Bulgarien	12
S. MIRSKI — Bulgarien: Landwirte fassen Beschlüsse	15
I. TROFIMOWA — Bulgarien: Ein Kongreß des Volksbunds der Landwirte	19
Der sowjetisch-bulgarische Vertrag (Kommentar)	21
Ein flammender Tribun des Kommunismus	25
I. TROFIMOWA — Bulgarien in der Welt von heute	37
Dimitr GEORGIJEV — Die Salve der „Aurora“	42
I. TROFIMOWA — Schönes Bulgarien	43
I. TROFIMOWA — Bulgarische Maßstäbe	44
I. TROFIMOWA — Annäherung von Stadt und Land in Theorie und Praxis	48
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	
A. GRIGORIANZ — Katzenjammer am Rhein	5
L. ILJIN — Kiesinger in Paris	5
Gefährliche Tendenzen (Kommentar)	6
A. BLANK — Adolf II. und seine Paladine	6
G. ALEXANDROW — 1969 nicht mehr weit	7
W. R. — Bonn und die Atomsperr	7
OBSERVATOR — Die „Ostpolitik“ Westdeutschlands	8
Prof. G. TUNKIN — Vom Standpunkt des Völkerrechts	8
Ota KRAUS — Die Auschwitz-Prozesse	9
V. BERESHKOW — Bonn: Verdächtige Befürchtungen	10
J. CHMELNIZKAJA — Bonner Wirtschaftstheorie und -praxis	11
A. PETRINA — Haben Sie nicht achtzig Milliarden frei?	12
Leon SZULCZYNSKI — Franz-Josefs Rippe	12
O. W. — Thronprätendenten	12
A. PETRINA — Wie ist's mit dem Napalm, ihr Herren Theologen?	13

	Nr.
J. RUKAWISCHNIKOW — Westdeutschland: Bauern protestieren	14
L. GINSBURG — Schriftsteller Nr. 277082	14
Ein Graubuch (Kommentar)	15
Prof. Dr. W. JEMELJANOW — Kriegssatom contra Friedensatom	15
A. GALKIN — Der westdeutsche Neonazismus	15
L. BESYMENSKI — BRD: Die Stunde der Wahrheit	15
A. LEONIDOW — Krupp-Imperium passé	17
Ariadna und Pjotr TUR — Diskussion in Schwabing	17
V. BERESHKOW — Gäste vom Rhein	19
L. BESYMENSKI — Er wollte der Zeit Einhalt gebieten	19
W. ROSEN — Zeitungssterben in Westdeutschland	19
Prof. J. CHMELNIZKAJA — Marxistenkonferenz in Westdeutschland	22
A. GRIGORIANZ — Eine westdeutsche Variante des Unternehmens Prometheus	24
A. JEFREMOW — Stimmungen jenseits der Elbe	26
K. KARAGESIAN — Antwort aus Bonn	26
W. ROSEN — Majestätsbeleidigung OBSERVATOR — Was hinter der Antisowjethetze in Westdeutschland steckt	30
B. ORLOW — Selbsttor	31
L. BESYMENSKI — Ein unbequemer Mann	31
L. B. — Keine innere Angelegenheit der Bundesrepublik	32
O. NAKROPIN — Die „militärische Diskussion“ in Bonn	32
V. TSCHERNJAWSKI — Bundeswehr-Drill in der NATO	35
A. GRIGORIANZ — H.-C. Paulsens Rezept	35
Herbert MOCHALSKI — Die Oktoberrevolution und Deutschland	36
V. TSCHERNJAWSKI — Anatomie des Revanchismus	37
V. WINOGRADOW — Westdeutsches Kapital in Österreich	38
A. SUTULIN — David und Goliath	39
V. TSCHERNJAWSKI — Der Prüfstein	40
L. BESYMENSKI — Eine Anatomie der großen Koalition	41
L. BESYMENSKI — Was endlich einmal ausgesprochen werden muß	42
L. BESYMENSKI — Eröffnungen für DM 2. —	46—47
A. GRIGORIANZ — Gewitterfront	49
Verantwortlich sind alle (Kommentar)	51
L. BESYMENSKI — Auch am Rhein kann das passieren	51
Prof. W. TSCHCHIKWADSE — Das Bergedorfer Gespräch	52
Notizen	
Vertriebene Gäste	1
Bonner Eskalation	1
Schwere Sorgen	2
Münchner Disneyland	3

	Nr.
Was aus einer Anfrage geworden ist	3
Die „schwarze Hand“	4
Neonazis in der Bundeswehr	4
Präventivattacke	6
Bonner „Hilfe“	6
Ohne Umschweife	6
Die Bedingung	7
Zwei Orden	10
Das Schicksal eines Films	12
An ihren Preisen sollt ihr sie erkennen	13
Richter oder Anstifter?	13
Die Lehre hat nichts gefruchtet	14
Thielen contra Thadden	14
„Gewerbsmäßige Unzucht“	15
Konto 1312	16
Wo liegt Lwow?	17
Ungleiche Chancen	18
Sie haben nichts zu antworten	19
Die Göttinger Erklärung	20
Komplizen	22
Wahlverwandtschaft	23
Nazis im Vormarsch	24
Wer ist der nächste?	25
Ihre Schlußfolgerungen	26
Ein bodenloses Faß	26
Bergen-Belsen mahnt	28
Eine Sensation, die keine ist	30
Eine Polizeijachse	31
Nicht nur Straßenbahnen werden geklaut	33
Ein unerreichbarer Mörder	33
Ein Geschenk für die Monopole	34
Eine Diplomarbeit	36
Was bleibt ihnen übrig?	36
Tummelplatz der Ustaši	37
Ein unerschwinglicher Luxus	39
Menschen und Affen	41
Herzlichen Glückwunsch!	41
Hitlers „Neffen“	43
Ein ungebetener Gast	46—47
Hinter verschlossenen Türen	48
Der Reiseonkel	50
Polizisten und Diebe	51
Wen vertreten sie?	52
BURMA	
A. MALOW — Bei birmanischen Arbeitern	19
I. ANDRONOW — Ausschreitungen der Mao-Truppler in Burma	28
A. STSCHETINKIN — Zum Gedenken an Aung San	30
A. STSCHETINKIN — Die Partei des burmanischen Sozialistischen Programms (Antworten auf Leserfragen)	46—47
CEYLON	
B. RJABOW — Moskau-Colombo	8
W. SERGEJEV — Über die Industrialisierung Ceylons (Interview)	16
CHINA	
Die Pekinger Provokateure (Kommentar)	6
Pekings Schmach (Kommentar)	7
Die Weltpresse über Pekings Abenteuerium	8
A. TER-GRIGORIAN — Chinas Tragödie	10

Nr.		Nr.	
A. TSCHERECHANOW — Die Sowjetunion und die chinesische Revolution	11	A. ANTONOW — Finnland: Ein neuer Wahlblock	27
China in amerikanischer Sicht (Presseschau)	11	Der Standpunkt der nordischen Länder (Kommentar)	36
Der „Economist“ über die Lage in den chinesischen Provinzen	13	V. BERESHKOW — Abwegige Behauptungen eines finnischen Bankiers	38
H. C. d'ENCAUSSE — Das Nationalitätenproblem in China	15	Präsident Urho KEKKONEN über internationale Fragen (Interview)	42
R. Palme DUTT — Wohin geht China?	20, 21, 23, 24	Martti LARNI — Zwei Jubiläen	46
I. ANDRONOW — Hinter dem Rücken des kämpfenden Vietnam	26	M. GUSSATINSKI — Unser Nachbar Suomi	48
„Economist“ über die Lage in China	27	A. ANTONOW — Wie das unabhängige Finnland entstand (Dokumentarbericht)	49
I. ANDRONOW — Ausschreitungen der Mao-Truppler in Burma	28	Zum Jubiläum unseres Nachbarn im Norden (Kommentar)	51
W. SHUKOW — Geheimnisse des chinesischen Handels (Presseschau)	28	Sie lassen sich kaufen (Notiz)	44
J. KOSSJUKOW — Chinas Wirtschaft unter den Schlägen der „Kulturrevolution“	31	FRANKREICH	
A. DYMOW — Die Vorgänge in Wuhan	33	J. SCHULJUKIN — In einem Pariser Vorort	2
I. O. — Was hinter den Pekinger Provokationen steckt	34	Die Haltung Frankreichs (Zur Neujahrsbotschaft Präsident de Gaulles)	3
I. TROFIMOWA — Mao-Truppler mit Gewehren	36	J. SCHULJUKIN — Warnruf der Gewerkschaften	7
Die Provinzen und Autonomen Bezirke Chinas (Übersicht)	37, 38, 39	B. WESNIN — Frankreich: Wahlsorgen	8
A. TER-GRIGORIAN — Zu einigen Anfragen nach den Vorgängen in China	42	S. SYKOW — Auf lange Sicht	10
D. WOLSKI — Die USA-Expansion und Peking	47	B. WESNIN — Polarisierung der Kräfte	12
J. KOSSJUKOW — Make-up in Kanton	51	J. SCHULJUKIN — Von Lyon nach St. Nazaire	16
Der alte Tschiang rührt sich (Notiz)	40	P. JEFIMOW — Frankreich: Die Arbeiter und die Sondervollmachten	22
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK		J. SCHULJUKIN — Der Kongreß von Nanterre	26
H. S. — Industriepreisreform in der DDR (Wirtschaftsnotizen)	2	Für ganz Europa (Kommentar)	28
W. ROSEN — Leipziger Frühjahrsmesse	10	W. R. — Fruchtbare Zusammenarbeit (Wirtschaftsnotizen)	29
Willi STOPH — Die Große Oktoberrevolution und das deutsche Volk (Interview)	11	Minister PATOLITSCHEW über den sowjetisch-französischen Handel	32
Kurt TIEDKE — Wie in der DDR die 50-Jahr-Feier der Oktoberrevolution begangen wird	15	L. WIDJASSOWA — Die atlantischen Ränke gegen Frankreich	34
OBSERVATOR — Bedeutung und Rolle der DDR	16	A. GORBATSCHOW — De Gaulle in Polen	38
L. BESYMENSKI — Zu neuen Ufern Unverbrüchliche Freundschaft (Kommentar)	18	W. ROSEN — Wie die Mode gemacht wird	39
K. KARAGESIAN — Antwort aus Bonn	26	P. JEFIMOW — Linksruck	40
V. RUTGAISER — DDR-Wirtschaft auf neuen Bahnen	27	P. J. — Frankreich: Nach dem zweiten Wahlgang	41
A. GRIGORIAN — Die Wahlen in der DDR	28	B. RAISKI — Paris im November	51
V. TSCHERNJAWSKI — Der Prüfstein	40	Notizen	
L. ISTJAGIN — Die DDR und Europa	41	Parfümgeschäfte	10
Lew GINSEBURG — Linker Marsch	44	Scheiden tut weh	13
M. ROLNIKAITE — Die dritte Bekanntschaft	48	Benachteiligung	21
FINNLAND		Zu teuer	24
Eine Rede Urho Kekkonens	4	Fusion auf amerikanisch	38
D. JERSCHOW — Die Koalition wirkt	5	Eine Partei sanft entschlafen	42
Präsident Kekkonen über die Rolle der Kommunisten	9	GIBRALTAR	
		W. KATIN — Bei den Säulen des Herakles	50
		Notizen	
		Die Blockade	17
		Der Streit dauert an	38

Nr.		Nr.
GRIECHENLAND		
A. GREKOS — Regierungswechsel in Griechenland	1	
A. GREKOS — Griechenland: Nach Machiavelli	15	
N. BELOW — Zu den Vorgängen in Griechenland	18	
N. BELOW — Griechenland: Eine gefährliche Wendung	19	
OBSERVATOR — Stoßrichtung Demokratie	20	
A. TSCHLENOW — Griechenland, von Valias Semertzidis gesehen	21	
A. WORONOW — Nach dem Staatsstreich in Griechenland	23	
Es spricht Manolis Glezos	24	
Georgoulas BEIKOS — Die Diktatur der Obersten	25	
A. WORONOW — Papadopoulos und Prometheus	28	
Kostas KOTSIAS — Die Kulturschaffenden und die Offensive des Neofaschismus	29	
„Times“ über die Verfolgungen in Griechenland (Aus der Auslandspresse)	30	
Georgoulas BEIKOS — Die „schwarzen Obersten“ an der Macht	32	
„Große Politik“ (Kommentar)	35	
O. NAKROPIN — Juntaterror ohne Ende	37	
Kostas KOLYANNIS — Das griechische Volk wird siegen	38	
Mikis Theodorakis freikämpfen!	38	
V. TSCHERNJAWSKI — Griechenland: Der dritte Strippingzieher	46—47	
V. TSCHERNJAWSKI — Hintergründe des Königsputsches	52	
Notizen		
Noch eine Einzelheit	36	
Ein Ablenkungsmanöver	44	
GROSSBRITANNIEN		
L. MAXIMOW — Am falschen Ende angepackt	2	
B. ISAKOW — Gentlemen und Gauner oder die Geschichte einer Fälschung	2	
L. SEDIN — England: Krise auf Stottern	4	
Konni ZILLIACUS — Eine friste Bilanz	5	
Die Begegnung in London (Kommentar)	7	
John WILLIAMSON — Das Marx-Haus	7	
Ein Beitrag zum Friedenswerk (Kommentar)	8	
J. CHESSIN — „Kleineuropa“ und England	21	
L. SEDIN — England: Die Ursache des Mißerfolgs	23	
Alexander WERTH — Ein Nachruf für Konni Zilliacy	29	
J. TABROW — Die „Transformation“ des britischen Imperialismus	35	
L. SEDIN — Ein verwunschener Kreis	38	
A. PIN — In Glasgow	42	
P. PIMENOW — Wir verstehen uns	43	
Sam RUSSELL — Um Mitternacht beginnt keine Revolution	43	
A. BELSKAJA — Keine Personenfrage	44	
L. SEDIN — Pfundabwertung oder Abwertung der Politik	48	

Nr.		Nr.
S. IWASCHKEWITSCH — Das neue Stadium der Währungskrise	49	
J. SCHISCHKOW — Englands Hindernissen	51	
Notizen		
Hunde und Gentlemen	4	
Töpfer und Labourpartei	7	
Nervenkrieg	11	
Arme Kinder	15	
Arabienpolitik	20	
Das sechste Opfer	22	
Kotau vor Rassisten	22	
„Nur ein wenig Geduld“	31	
Ein gefährlicher Schritt	35	
Ketzerisches	38	
Goldaffäre	39	
An die falsche Adresse	41	
Wer ist schuld?	44	
Eine Schande	46—47	
Der Fall Chalfont	46—47	
Kurs auf die Arbeitslosigkeit	46—47	
Ein unruhliches Ende	48	
Vereinigtes Königreich?	49	
Sie rauben Hirne	50	
Ein Minister in Versuchung	50	
HOLLAND		
M. WIESSING — Holland: Politischer Querschnitt	25	
Notizen		
Eine Abmachung mit den Rassen?	2	
Absolution	8	
Gemeinsame Sprache	20	
Ein ungebetener Gast	46—47	
HONGKONG		
W. PERWENZEW — Glanz und Elend Hongkongs	12	
INDIEN		
Indira GANDHIS Neujahrsglückwunsch	1	
Krishna Menons Austritt aus der Kongreßpartei	2	
L. STEPANOW — Die Taschkenter Erklärung in Aktion	3	
A. REGININ — Die indische Kongreßpartei vor den Wahlen	5	
J. GOTLOBER, J. STYKANOW — Ein Block der indischen Reaktion	7	
N. PASTUCHOW — Die Wahlen in Indien	10	
A. USWATOW — Indira Gandhis neues Kabinett	13	
Für beide Partner von Nutzen (Kommentar)	16	
A. REGININ — Indien: Präsidentschaftswahlen	20	
A. KUZENKOW — 20 Jahre unabhängiges Indien	33	
J. GOTLOBER, J. STYKANOW — Indien: Eine politische Momentaufnahme	48	
J. GOTLOBER, J. STYKANOW — Politische Spannungen in Indien	49	
Notizen		
Mammon	8	
Und wieder die CIA	26	
Die Fachkräfte vom Friedenskorps	33	

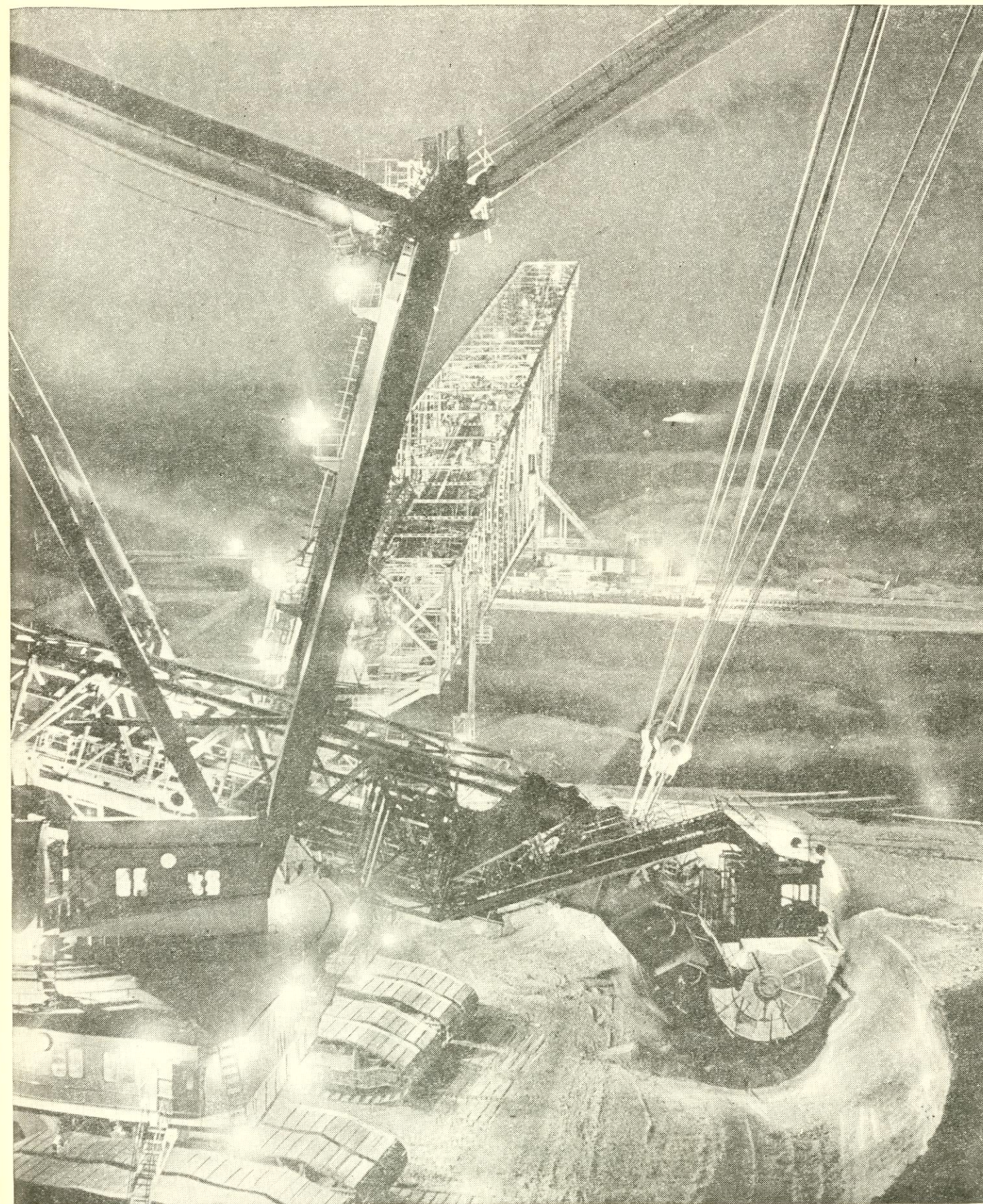
Nr.		Nr.
INDONESIEN		
S. SAWTSCHENKOW, B. SMIRNOW — Die Lage in Indonesien	4, 6	
I. ANTONOW — Das Problem Sukarno	10	
A. USWATOW — Ist das Problem Sukarno gelöst?	12	
I. ANTONOW — Nach Sukarnos Ausschaltung	17	
A. JURJEV — Die Parteien Indonesiens	31	
M. D. — Der Terror in Indonesien	36	
I. ANTONOW — Indonesien: Druck der Ultras	44	
Notizen		
Comeback der Monopole	8	
Gefährlicher Flirt	49	
IRAN		
I. OWODOW — Hilfe für den Nachbarn	9	
V. SPANDARIAN — Unser Handel mit dem Iran	13	
A. PIN — Iran im Jahre 1346	26	
IRLAND		
L. S. — Bauerndemonstrationen in Irland	5	
ISRAEL		
W. LAWROW — Die Hintergründe der Aggression Israels	27	
W. LAWROW — Die Annexionspläne Israels	29	
V. TSCHERNOW — Der Geheimkrieg gegen die arabischen Länder	33	
J. TYSSOWSKI — Die Situation in Israel	37	
Notizen		
Komplimente	30	
Ein Ehrenpilger	46—47	
ITALIEN		
B. RAISKI — Italien, die Sowjetunion und Europa	5	
Die sowjetisch-italienischen Verhandlungen (Kommentar)	6	
Z. KIN — Italien und seine Literatur	8	
Aris ACCORNERO — Stürmische Jahre	9	
S. DOROFJEV — In Gramscis Heimat	23	
Mario MELLONI — „Ritter der Arbeit“	27	
Alvo FONTANI — Die Tragödie der italienischen Auswanderer	35	
S. DOROFJEV — Die politische Situation in Italien	50	
Notizen		
Aus verkehrten Gründen	22	
Ein Interview, das nicht erschienen ist	24	

Nr.		Nr.
Ein unanfechtbares Urteil	31	
Personalunion	32	
JAPAN		
D. PETROW — Warum das japanische Parlament aufgelöst wurde	3	
D. PETROW — Die Wahlen in Japan	6	
Mao-Krawalle in Tokio	14	
J. FADEITSCHEW — Auf den japanischen Inseln	22	
M. NESTEROW über die 2. sowjetisch-japanische Wirtschaftskonferenz	27	
Minister Tokeo MIKI über das japanisch-sowjetische Verhältnis	31	
D. PETROW — Frischer Wind in der japanischen Politik?	43	
D. PETROW — Tokio und Washington	48	
Notizen		
Eine Kriegsindustrie	6	
Zwei Haltungen	7	
Schlechtwetter	8	
Mao-Gardler und Außenhandel	32	
Sie kennen keine Hemmungen	33	
JUGOSLAWIEN		
N. SERGEJEW, I. TROFIMOWA — Menschen und Probleme	1, 4	
J. STEPANOW — Sowjetisch-jugoslawische Zusammenarbeit (Wirtschaftsnotizen)	27	
Zum Moskauer Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten (Kommentar)	29	
N. SERGEJEW, I. TROFIMOWA — Jugoslawien: Ziel — stabilere Wirtschaft	49	
J. OSSIPOW — Neubelgrad	51	
Der Fall Michajlov (Notiz)	19	
KAMBODSCHA		
J. JUCHANANOW — Reise nach Kamputsch	11	
A. USWATOW — Kambodscha: Provokationen von zwei Seiten	41	
A. USWATOW — Neuer Druck auf Kambodscha	50	
Notizen		
Verschiedene Nachbarn	27	
Der Zweck der Provokationen	37	
KANADA		
G. Sh. — Der Juniorpartner lehnt sich auf	6	
W. OSEROW — Die Haltung der kanadischen Gewerkschaften	13	
E. MARTINSON — Wem Kanada Zuflucht gewährt	48	
Notizen		
Stürmische Debatte	8	
Die zweite Runde	8	
Blinder Alarm	44	

Nr.		Nr.
	KOREA	
20	TE TSCHUNG AK — Südkorea: Wieder Pak Tschong Hui	
27	Schluß mit der USA-Okkupation Südkoreas!	
34	N. SCHIMMEL — In Korea	
	Notizen	
25	Vorspiegelung	
30	Wessen Werk?	
52	Die gleiche Sippe	
	KUBA	
1	W. KOROTKOW — Kuba bei der Arbeit	
9	A. KASPIN — Sowjetisch-kubanischer Handel (Wirtschaftsnotizen)	
22	A. KASPIN — Zucker von Kuba (Wirtschaftsnotizen)	
29	Brief eines jungen Kubaners (Aus der Redaktionspost)	
30	P. ORLOW — Die kubanische Marschallaise	
44	J. COBO — Ernesto Guevaras Leben und Tod	
	Notizen	
3	Noch eine Bresche	
35	Ist das Eis geborsten?	
	LAOS	
4	J. JURZEW — Neue Spannungen in Laos	
18	J. JURZEW — Laos klagt an	
	LATEINAMERIKA	
2	G. GAIBOW — Das Los der Kleinen Antillen	
3	J. GWOSDEW — Panamerikanismus und Tricontinentale	
4	Verfolgungen in Venezuela (Kommentar)	
5	N. TSCHIGIR — Der Einspruch des chilenischen Senats	
6	J. COBO — Eine Heilige Allianz für die westliche Hemisphäre	
6	V. STOLBOW — Rubén Dario	
7	I. BOKOW — Brasilien: Die neue Verfassung	
10	J. COBO — Eine Niederlage der Yankee-Diplomatie	
13	Die kolumbianischen Ultras greifen an (Kommentar)	
15	J. GWOSDEW — Gemeinsamer Markt für Lateinamerika	
16	J. COBO — Chile: Das Volk hat gesprochen	
16	Alfredo Stroessners Geiseln	
17	M. BUTRIN — Punta del Este: Leerlauf	
20	J. COBO — Die Vorgänge in Bolivien	
22	J. COBO — Die Flucht aus der San-Carlos-Festung	
23	J. COBO — Lateinamerika: Hochbetrieb beim Militärklüngel	
24	Eraclio ZEPEDA — Die immer mit uns sind	
27	J. COBO — Bolivien: Einmischung des Pentagon	
	MALAYSIA	
22	V. SPANDARIAN — Kaufschuck, Zinn und Ananas	
37	W. KASSIS — In den Dschungeln von Sarawak	
	MALTA	
3	S. KULIK — Malta heute	
	MARTINIQUE	
28	A. ILJIN — Auf Martinique	
	MONGOLISCHE VOLKSREPUBLIK	
2	Jerzy PUTRAMENT — Unsere mongolischen Freunde	
33	A. TER-GRIGORIAN — Die Farben der Mongolei	
48	Die neue Mongolei (Kommentar)	
	NAHER UND MITTLERER OSTEN	
1	R. ANDREASSIAN — Erdölkrise	
1	M. KREMNIOW — Zur Knebelung der Opposition	
6	P. DEMTSCHENKO — Wo einst die Phönizier lebten	
8	M. KREMNIOW — Arabischer Osten: Treffen in Kairo	
10	W. NAKARJAKOW — Afghanistan heute	
10	M. KREMNIOW — Jordanien: Eine weitere Verschärfung	
11	Aden in Aufruhr (Kommentar)	
12	G. DRAMBIANZ — Der König und die Araber	
16	D. WOLSKI — Der arabische Osten in Aufbruch	
18	D. WOLSKI — Am Rande der arabischen Welt	
20	D. WOLSKI — Eintritt in das 20. Jahrhundert	
21	B. RJURIKOW — Allen Winden offen	
22	D. WOLSKI — Unruhiger Frühling	
23	OBSERVATOR — Die Lage im Nahen Osten	
23	Die Seestreitkräfte der USA und Englands	
23	Die Streitkräfte der Nahostländer	
24	Die Aggression gegen die arabische Welt (Leitartikel)	
24	B. RATSCHKOW — Die Imperialisten und das Öl im Nahen Osten	
24	Die Probe der Zeit (Kommentar)	
25	Freunde und Feinde der Araber (Leitartikel)	
25	J. BOTSCHKARJOW — Die Aggressoren und ihre Hintermänner	
25	Sanktionen gegen die Anstifter	
25	M. K. Die palästinensischen Flüchtlinge	
26	Frieden und Gerechtigkeit müssen wiederhergestellt werden (Leitartikel)	
26	N. FEDORENKO — Die Tücke des Aggressors	
26	G. DRAMBIANZ — Der Ölboykott	
26	J. PRIMAKOW — Kairo in der schweren Stunde	
26	Arabische Solidarität	
27	OBSERVATOR — Der Kampf geht weiter	
	LUXEMBURG	
24	Armeeversteigerung (Notiz)	

Nr.		Nr.	
MALAYSIA			
V. SPANDARIAN — Kaufschuck, Zinn und Ananas	22	W. LAWROW — Die Hintergründe der Aggression Israels	27
W. KASSIS — In den Dschungeln von Sarawak	37	M. KRUGLOW — Südarabien: Der Aufstand in Aden	27
MALTA			
S. KULIK — Malta heute	3	Darauf kommt es an (Kommentar)	28
MARTINIQUE			
A. ILJIN — Auf Martinique	28	G. MIRSKI — Die Aggression Israels und die arabische Einheit	28
MONGOLISCHE VOLKSREPUBLIK			
Jerzy PUTRAMENT — Unsere mongolischen Freunde	2	Die von Israel besetzten Gebiete	28
A. TER-GRIGORIAN — Die Farben der Mongolei	33	L. BESYMENSKI — Der Mittelmeerknoten	28
Die neue Mongolei (Kommentar)	48	L. MEDWEDKO — Die Situation in Damaskus	28
NAHER UND MITTLERER OSTEN			
R. ANDREASSIAN — Erdölkrise	1	Eine offene Frage (Kommentar)	29
M. KREMNIOW — Zur Knebelung der Opposition	1	W. LAWROW — Die Annexionspläne Israels	29
P. DEMTSCHENKO — Wo einst die Phönizier lebten	6	Die sozialistischen Länder und die arabische Welt (Kommentar)	30
M. KREMNIOW — Arabischer Osten: Treffen in Kairo	8	F. SEJFUL-MULJUKOW — Irak in diesen Tagen	30
W. NAKARJAKOW — Afghanistan heute	10	V. KUDRJAWZEW — Die Tragödie am Jordan	31
M. KREMNIOW — Jordanien: Eine weitere Verschärfung	10	N. FEDORENKO — Zwischenbilanz der Sondertagung	32
Aden in Aufruhr (Kommentar)	11	V. KUDRJAWZEW — An der Linie der Feueereinstellung	32
G. DRAMBIANZ — Der König und die Araber	12	OBSERVATOR — Die Konferenz in Khartum	33
D. WOLSKI — Der arabische Osten in Aufbruch	16	V. TSCHERNOW — Der Geheimkrieg gegen die arabischen Länder	33
D. WOLSKI — Am Rande der arabischen Welt	18	M. KREMNIOW — Was in den von Israel annektierten Gebieten vorgeht	34
D. WOLSKI — Eintritt in das 20. Jahrhundert	20	Das Abkommen in Bagdad (Kommentar)	35
B. RJURIKOW — Allen Winden offen	21	M. KRUGLOW — Arabische Länder: Schwierige Probleme	37
D. WOLSKI — Unruhiger Frühling	22	Ranko PETKOVIĆ — Die Belgrader Konferenz	38
OBSERVATOR — Die Lage im Nahen Osten	23	I. BELJAJEW, J. PRIMAKOW — Die Lage in der arabischen Welt	39
Die Seestreitkräfte der USA und Englands	23	V. KUDRJAWZEW — Die Lichter von Beirut	41
Die Streitkräfte der Nahostländer	23	L. SKURATOW — Südarabien: Die Stunde naht	42
Die Aggression gegen die arabische Welt (Leitartikel)	24	P. DEMTSCHENKO — Nahost: Neue Komplikationen	44
B. RATSCHKOW — Die Imperialisten und das Öl im Nahen Osten	24	G. MIRSKI — Stunde der Wahrheit im arabischen Osten	46—47
Die Probe der Zeit (Kommentar)	24	M. GEORGIJEV — Der arabische Knoten	46—47
Freunde und Feinde der Araber (Leitartikel)	25	D. WOLSKI — Diplomatische Niederlage des Aggressors	49
J. BOTSCHKARJOW — Die Aggressoren und ihre Hintermänner	25	W. DAWYDOW — Die Befreiung Adens	49
Sanktionen gegen die Anstifter	25	B. ISAKOW — Die Agonie der Imamsreaktion in Jemen	51
M. K. Die palästinensischen Flüchtlinge	25	Notizen	
Frieden und Gerechtigkeit müssen wiederhergestellt werden (Leitartikel)	26	Kapitulation der Ölmagnaten	11
N. FEDORENKO — Die Tücke des Aggressors	26	Ein gordischer Knoten	14
G. DRAMBIANZ — Der Ölboykott	26	Mißachtung der UNO	16
J. PRIMAKOW — Kairo in der schweren Stunde	26	Abgeblitzt	21
Arabische Solidarität	26	Ratschläge	25
OBSERVATOR — Der Kampf geht weiter	27	Unternehmen „Verwandte“	28
		Fremde Angelegenheiten	33
NEUSEELAND			
		Fragwürdige Hilfe (Notiz)	32
ÖSTERREICH			
		Erwin ZUCKER-SCHILLING — Österreich: Führungswechsel in der SPÖ	

Nr.		Nr.		Nr.	
	L. LAGIN — Der Polyanalysator des Bruce D. Irving (Eine phantasti- sche Geschichte)	35			
	Arthur HOPPE — Ehrliche Wahlen I. GAMZA — Miniröcke und Politik Dyson CARTER — Wie mir ein Ho- norar verlorenging	36 41 45			
BIOGRAPHISCHES					
	AHIDJO Ahmadou (Kamerun)	29			
	ALARCON de QUESADA Ricardo (Kuba)	8			
	AI BADRI Abdelcader (Libyen)	38			
	BAKUSH Abdul Hamid (Libyen)	48			
	BANSAR Shambalyn (Mongolei)	15			
	BARROW Errol (Barbados)	2			
	BONVIN Roger (Schweiz)	2			
	BUBIRIZA Pascal (Burundi)	31			
	CHAU SEN COCSAL (Kambodscha)	35			
	Da COSTA e SILVA Artur (Brasilien)	15			
	CSATORDAY Károly (Ungarn)	8			
	CURTIS JOSEPH Peter Ayo (Nigeria)	25			
	DEMIREL Suleiman (Türkei)	39			
	DIACONESCU Gheorghe (Rumänien)	15			
	EGAL Mohammed Haji Ibrahim (Somalia)	33			
	EL-EINI Mohsen Ahmed (Jemen)	46—47			
	ETEMADI Nour Ahmad (Afghanistan)	49			
	FOCK Jenő (Ungarn)	17			
	GHIOLDI Rodolfo (Argentinien)	4			
	GOLLAN John (Großbritannien)	39			
	GRETSCHKO Andrej (UdSSR)	17			
	GJUROW Stojan (Bulgarien)	21			
	HAILE SELASSIE I. (Äthiopien)	9			
	HALLAMA Jaakko (Finnland)	28			
	HEATH Edward (Großbritannien)	40			
	HERNÁNDEZ Fidel Sánchez (Sal- vador)	34			
	HOVEIDA Amir Abbas (Iran)	31			
	König HUSSEIN I. (Jordanien)	40			
	HUSSAIN Zakir (Indien)	20			
	JABBAR KHAN Abdul (Pakistan)	36			
	JAKUBOWSKI Iwan (UdSSR)	29			
	De JONG Petrus (Holland)	19			
	KÁLLAI Gyula (Ungarn)	17			
	KARAME Rachid (Libanon)	3			
	KATSUMATA Seiichi (Japan)	37			
	KEITA Fadiala (Guinea)	19			
	KIM TSCHUN WON (KVDR)	5			
	KLAUS Josef (Österreich)	11			
	KLUSÁK Milan (Tschechoslowakei)	26			
	KREISKY Bruno (Österreich)	9			
	KURUBO George (Nigeria)	46—47			
	LARAKI Ahmed (Marokko)	16			
	LEKIĆ Danilo (Jugoslawien)	10			
	LOSONCZI Pal (Ungarn)	17			
	Erzbischof MAKARIOS (Zypern)	51			
	MÁLEK Ivan (Tschechoslowakei)	26			
	MANESCU Corneliu (Rumänien)	40			
	MARAMIS Max (Indonesien)	30			
	MARSHALL Thurgood (USA)	37			
	MARTIN PEREZ Miguel (Kuba)	5			
	MERSHA Belay (Äthiopien)	11			
	MICOMBERO Michel (Burundi)	6			
	MIKI Takeo (Japan)	31			
	Uld MINNEYA Ahmed (Mauretanien)	49			
	MINOBE Ryokichi (Japan)	18			
	MKWAWA Adam Sapi (Tansania)	37			
	Al MUTAWA Faysal Al Saleh (Ku- weit)	35			
	NGUYEN THO CHAN (DRV)	12			
	NIEMÖLLER Martin (BRD)	7			
	Al PACHACHI Adnan (Irak)	18			
	PHURISSARA Norodom (Kam- bodscha)	24			
	PELAEZ Raúl García (Kuba)	48			
	PIRZADA Syed Sharifuddin (Pakistan)	21			
	POMPIDOU Georges (Frankreich)	28			
	POPOVIĆ Milentije (Jugoslawien)	25			
	RABEMANANJARA Jacques (Re- publik Madagaskar)	43			
	RIAD Mahmoud (VAR)	38			
	Al-SALLAL Ali Abdullah (Jemen)	19			
	SBIHI Abdelhadi (Marokko)	30			
	As-SHAABI Qahtan (Volksrepublik Südjemen)	51			
	SHARMARKEH Abdirashid Ali (So- malia)	32			
	SHEARER Hugh (Jamaika)	23			
	SON SANN (Kambodscha)	20			
	ŠPILJAK Mika (Jugoslawien)	25			
	TABOR Hans (Dänemark)	41			
	Al-TALHOUNI Bahjat (Jordanien)	50			
	TARABANOW Milko (Bulgarien)	7			
	THOMPSON Llewellyn (USA)	6			
	THORPE Jeremy (Großbritannien)	40			
	TONČIĆ-SORINY Lujo (Österreich)	13			
	TUCKER Harrison Emmanuel (Sierra Leone)	19			
	VIROLAINEN Johannes (Finnland)	37			
	YAHYA Taher (Irak)	30			
	YAMAMOTO Koichi (Japan)	37			
	ZAHEDI Ardeshir (Iran)	3			
	ZAPATA VELLA Carlos (Mexiko)	14			
UNSER KLEINES LEXIKON					
	Das Pentagon	1			
	Der Drang nach Osten	1			
	Plebiszit	3			
	Die Last des weißen Mannes	3			
	Genozid	6			
DOKUMENTE UND BEILAGEN					
	Über die Vorbereitung zum 50. Jahrestag der Großen Sozialisti- schen Oktoberrevolution. Be- schluß des ZK der KPdSU vom 4. Januar 1967	3			
	Vertrag über die der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums ein- schließlich des Mondes und anderer Himmelskörper zugrun- de liegenden Prinzipien	6			
	Über die antisowjetische Politik Mao Tse-tungs und seiner Grup- pe (Aus der „Prawda“ vom 16. Februar 1967)	9			
	Erklärung der Nationalen Befrei- ungsfront Südvietnams	12			
	Beschlüsse der 8. Ratstagung der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität	12			
	Memorandum der Regierung der UdSSR über die „UNO-Opera- tionen zur Erhaltung von Frieden und Sicherheit in der Welt“	16			
	Beschlüsse der 3. Afro-Asiatischen Schriftstellerkonferenz	17			
	Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Kar- lovy Vary, 24. — 26. April 1967	20			
	50 Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution. Thesen des Zentralkomitees der KPdSU	28			
	Brief an UNO-Generalsekretär U Thant	35			
	Das politische Programm der Natio- nalen Befreiungsfront Südvietnams	39			
ATLAS DER „NEUEN ZEIT“					
	Italien	4			
	Demokratische Volksrepublik Algerien	7			
	Indien	10			
	Haschemitisches Königreich Jorda- nien	12			
	Volksrepublik China	16			
	Jemenitische Arabische Republik	20			
	Naher Osten	24			
	Naher Osten (Auf der Kartenschema ist das Territorium angegeben, das die israelischen Truppen im Zuge ihrer am 5. Juni 1967 be- gonnenen Aggression okkupiert haben)	27			
	Syrische Arabische Republik	27			
	Finnland	29			
	Demokratische Republik Kongo	30			
	Vietnam	37			
	Volksrepublik China	38			
	Aden	41			
	Mongolische Volksrepublik	48			
	Die „Neue Zeit“ brachte in diesem Jahr etwa 200 Leserbriefe				



Gebiet Dnepropetrowsk. Abbau von Manganerz